

MATURAARBEIT

SCHWEIZER SCHULE SANTIAGO



# VERGLEICH SPRACHLICHER MITTEL VON RECHTSPOPULISTEN IN DEUTSCHLAND UND DER SCHWEIZ

EIN VERGLEICH DER STILMITTEL VON RECHTSPOPULISTEN IN DEUTSCHLAND UND DER SCHWEIZ IN BEZUG AUF  
DAS THEMA MIGRATION

Schüler: Mauro Patricio Schärer

Betreuende Lehrperson: Florian Rüegg

Abgabedatum: 23.05.2023

Fach: Weltgeschichte

## DANKSAGUNG

Auch wenn es in einer Maturaarbeit nicht üblich ist, eine Danksagung zu schreiben, werde ich es trotzdem tun. Ich möchte mich bei allen Menschen bedanken, die mich bei dieser Arbeit unterstützt haben.

Als Erstes will ich meiner betreuenden Lehrperson Florian Rüegg danken. Für seine konstante Unterstützung bei dieser Arbeit. Weiterhin möchte ich mich auch dafür bedanken, dass mir Herr Rüegg mit klaren Antworten immer weitergeholfen hat und mir mehrere Materialien zur Verfügung gestellt hat.

Weiterhin möchte ich mich auch bei meiner Mutter Danielle Schärer bedanken, sie hat mir geholfen, mein Ziel konsequent zu verfolgen. Ausserdem möchte ich mich für ihre Unterstützung und die produktiven Gespräche bedanken.

Und bei meinem Vater möchte ich mich für die Unterstützung bei der Arbeit bedanken, denn er hat mir immer hilfreiche Artikel vorgeschlagen und über die Arbeit mit mir diskutiert.

Bei einem Kollegen Ismael Subercaseaux möchte ich mich ebenfalls für die Unterstützung bedanken, denn er hat die Musik-Playlist geschaffen, die ich während meiner Arbeit gehört habe.

Und bei meinen Grosseltern, die mich motiviert haben und immer erfreut waren über die Arbeit und das Thema zu sprechen.

## ABSTRACT

In ganz Europa steigt die Zahl der rechtspopulistischen Parteien bereits seit Jahren an. Immer mehr Wählerinnen und Wähler sind mit den herkömmlichen Parteien und deren Politik unzufrieden und vergeben ihre Stimme an rechtspopulistische Parteien, die sich als Alternative zu den Altpartien darstellen. Die Migrationswellen in den letzten Jahren tragen in grossem Masse zu diesem Umschwung der Wählerinnen und Wähler bei. Das Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, die Frage zu beantworten, ob es Ähnlichkeiten zwischen den sprachlichen Mitteln von Rechtspopulisten in Deutschland und der Schweiz gibt. Dazu wird folgende Frage gestellt: Bilden sich Ähnlichkeiten bei der Verwendung und dem Inhalt von sprachlichen Mitteln von Rechtspopulisten in Deutschland und der Schweiz in Bezug auf das Thema Migration? Um die Frage zu beantworten, wurde eine qualitative Studie mithilfe der Quellenanalyse durchgeführt. Bei den verwendeten Quellen handelt es sich um Reden und Zeitungsartikel, die von rechtspopulistischen Politikern verfasst oder gehalten wurden. Dabei wurden die sprachlichen Mittel, die in den Textquellen im Zusammenhang mit dem Thema Migration verwendet wurden, analysiert und interpretiert. Die Analyse zeigt, dass es sowohl bei der Form, als auch beim Inhalt der sprachlichen Mittel zwischen den jeweiligen Ländern klare Ähnlichkeiten zwischen Deutschland und der Schweiz gibt.

## INHALTSVERZEICHNIS

1.	EINLEITUNG .....	5
2.	RECHTSPOPULISMUS .....	6
2.1	POPULISMUS .....	6
2.2	DIMENSIONEN DES POPULISMUS .....	6
2.3	DEFINITION VON RECHTSPOPULISMUS .....	7
3.	MIGRATION .....	8
4.	RECHTSPOPULISTISCHE PARTEIEN IN DEUTSCHLAND UND DER SCHWEIZ .....	9
4.1	ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND (AFD) .....	9
4.2	SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI (SVP) .....	10
5.	ANALYSE SPRACHLICHER MITTEL .....	12
5.1	RECHTSPOPULISTEN IN DEUTSCHLAND .....	12
5.1.1	HYPERBELN .....	12
5.1.2	METAPHERN .....	13
5.1.3	RHETORISCHE FRAGEN UND SARKASMUS .....	17
5.2	RECHTSPOPULISTEN IN DER SCHWEIZ .....	21
5.2.1	HYPERBELN .....	21
5.2.2	METAPHERN .....	23
5.2.3	RHETORISCHE FRAGEN UND SARKASMUS .....	26
6.	VERGLEICH .....	32
6.1	HYPERBELN .....	32
6.2	METAPHERN .....	32
6.3	RHETORISCHE FRAGEN UND SARKASMUS .....	33
6.4	NARRATIV .....	34
7.	SCHLUSSFOLGERUNG .....	35
8.	LITERATURVERZEICHNIS .....	37
9.	ANHANG .....	42
10.	AUTHENTIZITÄTSERKLÄRUNG .....	69
11.	QUELLENANGABE .....	70

## 1. EINLEITUNG

Seit einigen Jahren gibt es auf der ganzen Welt und somit auch in Europa eine grosse Welle an rechtsextremen und rechtspopulistischen Bewegungen. Vor allem in Ländern mit grossen sozialen Unterschieden und einem starken Zuwachs an Migranten und Migrantinnen dienen diese Umstände als Katalysator für das Wachstum von extremen politischen Richtungen. Dazu gehören Länder wie Frankreich, Italien, die Schweiz, Österreich und Deutschland. Um die vorgegebene Länge dieser Arbeit nicht zu überschreiten, werden nur sprachliche Mittel von Rechtspopulisten aus Deutschland und der Schweiz verglichen und analysiert. Die jeweils wichtigsten rechtspopulistischen Parteien teilen zwar die politischen Ideen, doch es stellt sich die Frage: Weisen die sprachlichen Mittel von Rechtspopulisten in Deutschland und der Schweiz Ähnlichkeiten in Bezug auf das Thema Migration auf?

Das Ziel dieser Arbeit ist es, die sprachlichen Mittel von Rechtspopulisten in Deutschland und der Schweiz zu vergleichen. Dieser Vergleich erfolgt mithilfe einer qualitativen Quellenanalyse. Als Quellen werden Aussagen ganzer Parteien, aber auch Reden und Zeitungsartikel einzelner Politiker, die den verschiedenen rechtspopulistischen Parteien zuzuordnen sind, verwendet. Dabei soll analysiert werden, ob es in Deutschland und der Schweiz Ähnlichkeiten in der Verwendung sprachlicher Mittel durch Rechtspopulisten gibt. Weiterhin werden die gefundenen sprachlichen Mittel analysiert und interpretiert, um deren Inhalt und Zweck festzustellen. Des Weiteren wird nach möglichen Ähnlichkeit zwischen Inhalt und Zweck des Stilmittels gesucht.

Im ersten Teil der Arbeit werden wichtige Begriffe definiert, die für das weitere Verständnis der Arbeit notwendig sind. Im zweiten Teil werden die deutschen Reden analysiert. Die analysierten sprachlichen Mittel sind Hyperbeln, Metaphern und die rhetorische Frage in Zusammenhang mit dem Sarkasmus. Danach werden dieselben Stilmittel in Textquellen Schweizer Politiker analysiert. Im vierten Teil der Arbeit wird der Vergleich aufgestellt und die gefundenen Ähnlichkeiten vorgestellt. Im letzten Teil der Arbeit wird die Schlussfolgerung präsentiert.

## 2. RECHTSPOPULISMUS

### 2.1 POPULISMUS

Populismus ist laut Speck eine nicht eindeutig definierbare politische Idee. Vielmehr handle es sich um einen Politikstil,<sup>1</sup> der nicht an Links oder Rechts gebunden sei. Die grundlegende Idee hinter dem Populismus, wie schon vom Namen ableitbar, sei es eine volksnahe Politik zu machen. Dazu gehört unter anderem die Forderung nach mehr *direktdemokratischer Mitbestimmung*.<sup>2</sup> Der wohl kontroverseste Punkt sei die *Auseinandersetzung mit etablierten staatlichen Institutionen*.<sup>3</sup> Wobei der Populismus nicht per se negativ sei, jedoch sei «*die radikale Übersteigerung dieser Forderungen*» ein kritischer Diskussionspunkt, der den Populismus problematisch erscheinen lasse. Zu diesen Diskussionspunkten gehörten «*die grundlegende Infragestellung staatlicher Institutionen und gesellschaftlicher Werte sowie die Behauptung, „den einen“ Willen des Volkes zu kennen.*»<sup>4</sup>

### 2.2 DIMENSIONEN DES POPULISMUS

Laut Hartleb würden im Populismus mehrere Dimensionen unterschieden. Dabei beziehe sich nur eine spezifisch auf den Rechtspopulismus, doch auch diejenigen, die nicht eindeutig das rechte Spektrum ansprechen, können auch dem Rechtspopulismus zugeordnet werden.<sup>5</sup>

Die *technische Dimension* meine, dass der Populismus einen Gegensatz zwischen einem einheitlichen Volk und den Institutionen herstelle. Dabei zeige sich eine klare antielitäre Haltung und diese werde mithilfe von Beschwerden ausgedrückt.<sup>6</sup>

Die *inhaltliche Dimension* beziehe sich auf die Suche nach einem Feindbild. Denn Populisten und Populistinnen und vor allem diejenigen des rechten Spektrums, teilten die Welt in ein eindeutiges Freund-Feind-Schema ein. Dieses werde mithilfe eines sogenannten «*Anti-Ismus*» geschaffen. Zu diesen Feinden gehörten zum Beispiel Migranten oder der Islam.<sup>7</sup>

Die *personelle Dimension* zeige sich in Form einer Führungsperson oder Sprecher oder Sprecherin. Dies sei eines der wichtigsten Merkmale des Populismus, dass im Zentrum der Bewegung oder Partei eine Person steht, die es vermag, die Bevölkerung zu mobilisieren und anzusprechen.<sup>8</sup>

Die *vertikale Dimension* meint die eindeutige Abgrenzung gegenüber der politischen Klasse. Damit sind staatliche Institutionen und Altparteien gemeint. Diese Abgrenzung wird durch eine Stimmung im Volk, welche die Grenze zwischen den Klassen verstärkt, bekräftigt.<sup>9</sup>

Die *horizontale Dimension* sei die Einzige, die ausschliesslich auf den Rechtspopulismus zuträfe. Damit sei die Abgrenzung gegenüber aller unerwünschten Bevölkerungsgruppen wie zum Beispiel Migranten, Fremden allgemein und Kriminellen gemeint.<sup>10</sup>

## 2.3 DEFINITION VON RECHTSPOPULISMUS

Der Rechtspopulismus ist, ebenso wie der Populismus, nicht klar definiert; doch die grundlegenden Ideen werden von den wichtigsten Vertretern und Parteien jedes Landes geteilt. Im Rahmen dieser Arbeit wird dem Begriff eine klare Darlegung der politischen Ideen und Richtung gegeben und somit begrenzt. Damit diese Ideen mit der Mehrheit der Definitionen übereinstimmen, werden die am meisten genannten Auffassungen verwendet. Zu diesen gehören die vorher genannten Dimensionen.

Die Idee, bei der fast alle Rechtspopulisten übereinstimmen, sei, dass die Gesellschaft in zwei Gruppen unterteilt werde. Die grössere bestehe aus dem sogenannten *reinen Volk* und die andere aus der korrupten Elite. Mit der Bezeichnung *korrupte Elite* würden vor allem staatliche Institutionen gemeint.<sup>11</sup> Eine wichtige Rolle spiele auch, dass das Zielpublikum die sogenannten *einfachen Leute* ist.<sup>12</sup>

### 3. MIGRATION

Im Rahmen dieser Arbeit wird die Definition für Migration des *Bundesamt[es] für Migration und Flüchtlinge* (BAMF) verwendet. Laut dem *BAMF* «*versteht man [unter Migration] im Allgemeinen die vorübergehende oder dauerhafte Veränderung des Lebensmittelpunkts bzw. Wohnort von Menschen.*»<sup>13</sup> Unter diese Definition fallen zwei Kategorien. Die erste Kategorie ist die *Binnenmigration* und die zweite ist die *internationale Migration*. Unter *Binnenmigration* versteht man Migrationsbewegungen, die innerhalb eines Landes oder einer bestimmten geografischen Region stattfinden.<sup>14</sup> Währenddessen gehören zur *internationalen Migration* Wohnortwechsel, die über Staatsgrenzen hinweg stattfinden.<sup>15</sup> Für diese Arbeit wird nur die internationale Migration berücksichtigt und für die darauffolgende Analyse der Reden verwendet.

Es finden sich zahlreiche Gründe für Migration vor, doch dem *BAMF* zufolge sind in vielen Fällen folgende Migrationsarten am häufigsten vertreten: Erwerbsmigration, Bildungsmigration und humanitäre Migration.<sup>16</sup>

Unter *Erwerbsmigranten* und *Erwerbsmigrantinnen* werden Menschen gezählt, deren Ziel der Erhalt einer Aufenthaltsbewilligung sei, mit der Absicht eine Arbeitsbewilligung im neuen Land zu erhalten.<sup>17</sup>

Als *Bildungsmigration* werde die Migration mit dem Ziel des Erwerbs einer schulischen, akademischen oder beruflichen Qualifikation bezeichnet.<sup>18</sup>

Als *humanitäre* Migranten und Migrantinnen würden Menschen bezeichnet, die aufgrund eines Krieges oder einer sonstigen Krise aus ihrem Land flüchten müssen und in einem anderen Land Hilfe suchen.<sup>19</sup>

Diese zuvor genannten Migrationsgründe umfassen nicht alle vorhandenen Gründe, da sich diese Arbeit auf Länder des deutschsprachigen Raumes bezieht, werden jedoch nur die am

häufigsten genannten Gründe die auch auf Deutschland und die Schweiz zutreffen, berücksichtigt.

## 4. RECHTSPOPULISTISCHE PARTEIEN IN DEUTSCHLAND UND DER SCHWEIZ

### 4.1 ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND (AFD)

Die *AfD* ist eine 2013 gegründete rechtspopulistische Partei. Ihre Ideologie zeigt Ähnlichkeit mit anderen europäischen rechtspopulistischen Parteien, wie zum Beispiel dem französischen *Rassemblement National* (RN) oder der österreichischen *Freiheitliche[n] Partei Österreichs* (FPÖ).

Die zwei wichtigsten Themen für die *AfD* sind die EU-Skepsis und die Migrationspolitik. Auch wenn der Ursprung der *AfD* die EU-Skepsis ist, findet sich diese auch heute noch immer im Parteiprogramm, doch die Migrationspolitik ist in den Vordergrund gerückt. Trotzdem fordern Mitglieder der *AfD* teilweise den Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union, während die Parteiführung lediglich einen Rückbau der *Europäischen Union* (EU)<sup>1 20</sup> im Sinne der ursprünglichen Idee einer Wirtschaftsgemeinschaft fordert.<sup>21</sup>

Die 2010 ausbrechende Finanzmarktkrise und die damit verursachte Krise der Europäischen Währungsunion waren die Auslöser für die Gründung der *AfD*. Denn, wie die *EU* und ihre Mitgliedstaaten diese Krise bewältigt haben, war für die Gründungsmitglieder der *AfD* grundsätzlich falsch.<sup>22</sup> Aufgrund der Wirtschaftskrise stand Griechenland kurz vor dem Staatsbankrott.<sup>23</sup> Es benötigte finanzielle Unterstützung und diese wurde durch Deutschland ermöglicht, sie erfolgte mithilfe von Krediten. Obwohl die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel (*CDU*) 2010 vor dem Bundestag versichert hatte, dass es zu keinem Rettungspaket für Griechenland kommen würde, stimmte sie mehrere Stunden später einem solchen auf dem *EU*-Gipfel zu.<sup>24</sup> Dies veranlasste 2013 mehrere langjährige *CDU*-Mitglieder dazu, durch die Gründung einer Partei ihrer Unzufriedenheit Ausdruck zu verleihen. Die grosse Mehrheit der

---

<sup>1</sup> «Die Europäische Union (abgekürzt: EU) ist ein Zusammenschluss von europäischen Staaten, die gemeinsame politische Ziele verfolgen.» Das Ziel der Europäischen Union ist, den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Wohlstand in Europa zu sichern.

Gründungsmitglieder waren ehemalige *CDU*-Mitglieder, wie zum Beispiel Dr. Alexander Gauland, Dr. Frauke Petry, Bernd Lucke und Konrad Adam.<sup>25</sup> Infolge der Finanzkrise äusserte die *AfD* anfangs nur Kritik an der *Eurozone*, breitete diese Skepsis jedoch bald auf die gesamte *EU* aus.<sup>26</sup>

Die umstrittene Migrationspolitik der *AfD* wird von der Partei selbst für das öffentliche Bild der *AfD* verwendet. Die *AfD* sieht zum Beispiel in der Ausbreitung des Islams und der wachsenden Zahl von Muslimen «*eine große Gefahr für unseren Staat [Deutschland], unsere Gesellschaft und unsere Werteordnung.*»<sup>27</sup> Sie will durch konkrete Massnahmen diese Gefahr bannen, dazu gehören ein Kopftuchverbot oder restriktive Bestimmungen für den Bau von Moscheen. Weiterhin will die *AfD* nicht nur die *Ausbreitung* des Islams in Deutschland stoppen, vielmehr will sie den gesamten Flüchtlingsstrom nach Europa versiegen lassen. Dazu gehören Ideen wie «*die 1949 im Grundgesetz verankerten individuellen Schutz- und Asylgarantien "nicht aufrecht [zu erhalten]"*»<sup>28</sup> und auch die *Genfer Flüchtlingskonvention*<sup>2 29</sup> neu verhandeln. Ausserdem setzt sich die *AfD* für die sofortige Schliessung der deutschen Grenzen ein, dies mit dem Ziel, «*[...] die unregelte Massenimmigration in unser Land und seine Sozialsysteme durch überwiegend beruflich unqualifizierte Asylbewerber sofort zu beenden*»<sup>30</sup> Darüber hinaus soll sich die europäische Zusammenarbeit nur noch auf die Sicherung der europäischen Aussengrenze konzentrieren. Auch für eine Ausschaffung der straffällig gewordenen ausländischen Staatsbürger setzt sich die *AfD* ein.<sup>31</sup>

All diese Massnahmen verfolgen ein bestimmtes Ziel, eine *Null-Zuwanderung* nach Deutschland zu erreichen. Falls diese nicht eingehalten werden können, soll eine Belastungsgrenze definiert werden und ab dem Erreichen dieser Zahl sollen keine Flüchtlinge und Asylbewerber mehr aufgenommen werden.<sup>32</sup>

## 4.2 SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI (SVP)

---

<sup>2</sup> Die *Genfer Flüchtlingskonvention* bildet die Grundlage des internationalen Rechts zum Schutz für Flüchtlinge.

Die aktuelle *SVP* wurde durch den Zusammenschluss mehrerer Parteien gegründet. Ihren Anfang nahm die *SVP* 1936, in diesem Jahr wurde die *Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei* (*BGB*) gegründet. Darauf schlossen sich 1971 die demokratischen Parteien der Kantone Graubünden und Glarus der *BGB* an und die Partei erhielt ihren aktuellen Namen.<sup>33</sup> Die *SVP* verfolgt ähnliche Ziele und Ideen wie die *AfD*, wobei die EU-Skepsis im Gegensatz zur *AfD* immer noch das wichtigste Thema der *SVP* bildet. Doch auch die Migrationspolitik spielt für die *SVP* laut ihrem Parteiprogramm eine wichtige Rolle.<sup>34</sup>

Anfangs blieb die *SVP* ihrer Vorgängerin treu und verfolgte Ziele, die sowohl für Bauern und Bäuerinnen als auch die restliche Bevölkerung von zentraler Bedeutung waren. Dies änderte sich mit dem 1992 abgehaltenen Referendum über den Beitritt zum *Europäischen Wirtschaftsraum* (*EWR*).<sup>35</sup> Nachdem dieses auch dank der Überzeugungsarbeit durch die *SVP* abgelehnt wurde, übernahm intern der Zürcher rechtspopulistische Parteiflügel unter Christoph Blocher die Führung der Partei. Seither spricht sich die *SVP* gegen jegliche aussenpolitische Öffnung gegenüber der *EU* aus.<sup>36</sup> Dies zeigt sich zum Beispiel anhand folgender Aussagen, die im Parteiprogramm unter dem Dokument *Freiheitsbund* festgehalten sind: «*Wir wollen eine freie Schweiz. Wir wollen keinen Unterwerfungsvertrag mit der EU und keine Anerkennung fremder Richter, damit die Schweizerinnen und Schweizer weiterhin selber bestimmen können, was sie wollen und was sie nicht wollen.*»<sup>37</sup>

Seither verfolgt die *SVP* auch eine harte Haltung in der Asyl- und Ausländerpolitik der Schweiz. Sie setzt sich gezielt gegen eine für sie *masslose Zuwanderung in* die Schweiz ein und ist ebenso gegen eine *10-Millionen-Schweiz*<sup>4 38</sup>, denn die *SVP* fordert in ihrem Wahlversprechen 2019 eine *schöne und intakte Heimat*.<sup>39</sup> Zu dieser *schönen* Heimat gehört auch die Sicherheit, denn die *SVP* erklärt in ihrem Wahlversprechen, dass sie sich für die Ausschaffung krimineller Ausländer einsetzen werde.

---

<sup>3</sup> Der *EWR* ist ein Abkommen, das zwischen der *EU* und den *European Free Trade Association*-Staaten (*EFTA*) ausgehandelt wurde, zu den letzteren gehört die Schweiz. Es sollte den Handel zwischen der *EU* und den *EFTA*-Staaten vereinfachen und die Teilnahme der *EFTA*-Staaten am Europäischen Binnenmarkt ermöglichen. 1992 wurde in der Schweiz über ein Referendum abgestimmt, welches mit einer knappen Mehrheit abgelehnt wurde.

<sup>4</sup> Momentan zählt die Schweiz ungefähr 8.7 Millionen Einwohner. Mit dem Ausdruck *10-Millionen Schweiz* will die *SVP* veranschaulichen, dass die Einwohnerzahl der Schweiz durch die Migration enorm steigen würde.

Um diese Versprechen und Ideen einzuhalten und zu verfolgen, lanciert die SVP immer wieder Initiativen. 2010 wurde die von ihr lancierte Initiative *Ausschaffung straffällig gewordener Ausländer* und im Jahr 2014 diejenige zur *Masseneinwanderung* vom Schweizer Stimmvolk angenommen.<sup>40</sup>

## 5. ANALYSE SPRACHLICHER MITTEL

### 5.1 RECHTSPOPULISTEN IN DEUTSCHLAND

#### 5.1.1 HYPERBELN

Einen wichtigen Bestandteil der Reden deutscher Rechtspopulisten bilden Hyperbeln. Unter einer Hyperbel versteht man die rhetorische Figur der Übertreibung. Sie dient dazu, eine Aussage zu verdeutlichen und hervorzuheben.<sup>41</sup> Im politischen Diskurs der *AfD* werden diese meist negativ verwendet, um Begriffe und Themen abzuwerten und die negativen Auswirkungen zu unterstreichen.

Im Zusammenhang mit dem Thema Migration verwenden Redner und Rednerinnen der *AfD* oft und provokative Hyperbeln. Dazu gehören zum Beispiel die Übertreibung des Ausmasses, der Reichweite oder der Wichtigkeit eines Problems. Dies geschieht zum Beispiel in Zusammenhang mit der Anzahl der Migranten und Migrantinnen, die nach Deutschland kommen. Diese Kritik an der Migration gehört einerseits zur *inhaltlichen Dimension*, andererseits zur *horizontalen Dimension* (vergl. Kap. 2.2). Zahlreiche Beispiele finden sich in den Reden Bernd Baumanns vor dem Bundestag:

«Kurz zuvor wurden in Lörrach Mieter aus ihren Wohnungen geworfen [...] bald weitere Fälle geben aufgrund der ungebremsten Masseneinwanderung.»<sup>42</sup>

In diesem Zitat finden sich gleich zwei Hyperbeln, da die Mieter zwar zum Auszug aus ihren Wohnungen gezwungen wurden, sie jedoch nicht wortwörtlich aus der Wohnung

hinausgeworfen wurden. Weiterhin schlussfolgert Herr Baumann, dass es durch die steigende Anzahl an Migranten und Migrantinnen in Deutschland zu weiteren Fällen dieser Art kommen werde.<sup>43</sup>

«Statt den gigantischen Migrationsdruck durch eine kluge Politik einzudämmen [...]»<sup>44</sup>

«[Sie haben] [G]enau das Gegenteil von dem gemacht, was sie jetzt fordern. Sie haben Millionen aus Orient und Afrika unkontrolliert hereingelassen.»<sup>45</sup>

Mit diesen beiden Äusserungen verfolgt der Abgeordnete Bernd Baumann zwei Ziele. Er schürt die Angst vor der Anzahl an Migranten und Migrantinnen und kritisiert die Politik der damals regierenden Union. Dabei versteht man in Deutschland unter der *Union* den Verbund zwischen der *Christlich Demokratische[n] Union Deutschlands* (CDU) und der *Christliche-Sozialen Union in Bayern* (CSU). Er veranschaulicht die Anzahl an Migranten und Migrantinnen, die in Deutschland einen Asylantrag gestellt haben. Ebenfalls kritisiert und übertreibt er die Folgen der Politik der damals regierenden *CDU/CSU*. Das Ziel der *AfD*, mithilfe sprachlicher Mittel gleichzeitig die Migration allgemein und die Migrationspolitik der *CDU/CSU* im Besonderen zu kritisieren, wird im Verlauf dieser Arbeit noch mehrmals aufgegriffen. Diese Kritik an einer anderen Partei gehört sowohl zur *inhaltlichen* als auch zur *vertikalen Dimension* (vergl. Kap. 2.2).

### 5.1.2 METAPHERN

Ein weiteres rhetorisches Stilmittel, welches oft in den Reden verwendet wird, ist die Metapher. Darunter versteht man einen bildhaften Ausdruck mit einer übertragenen Bedeutung.<sup>46</sup> Wobei das eigentlich gemeinte Wort durch ein anderes ersetzt wird, das eine sachliche oder gedankliche Ähnlichkeit aufweist.<sup>47</sup> Wie auch die Hyperbel wird die Metapher von Rednern und Rednerinnen der *AfD* mehrheitlich für die Abwertung der Migrationspolitik der *CDU/CSU* oder die der aktuellen<sup>5</sup> regierenden Koalition aus *SPD*, *FDP* und *Bündnis 90/Die*

---

<sup>5</sup> (Stand 2023)

Grünen verwendet. So zum Beispiel vom Abgeordneten Dr. Gottfried Curio bei einer Rede im Deutschen Bundestag.

«[...] *[O]b man nun über die Klippe hinausrast wie die Ampel oder das wie die Union mit angezogener Handbremse tut: Man zerschellt unten. [...] Mit der Ampel mit Volldampf in den Abgrund, Zerstörung Deutschlands 2025, mit der Union bis 2029 [...].*»<sup>48</sup>

Der Abgeordnete bezieht sich hiermit auf die aktuelle Migrationspolitik der jeweiligen Koalitionen oder Parteien. Er argumentiert, dass mit der Migrationspolitik der Ampelkoalition oder der *CDU/CSU* Deutschland früher oder später in den sogenannten Abgrund fallen werde. Mit dem Abgrund meint Herr Curio, das «[...] *Verschwinden Deutschlands im Globalismus der forcierten Völkerwanderung [ ...].*»<sup>49</sup>

Mit der *forcierten Völkerwanderung* bezieht sich der Redner auf die Theorie des *Grosse[n] Austausch[s]*. Diese Verschwörungstheorie geht auf Renaud Camus zurück, einen französischen Autor. Für Camus und die Verfechter dieser Theorie besteht kein Zweifel daran, dass es einen Plan gibt, die europäische Bevölkerung durch Zuwanderer aus Afrika und dem Nahen Osten zu ersetzen.<sup>50</sup> Das Ziel dieses Planes sei das Verschmelzen der verschiedenen Ethnien und Kulturen. Dies würde schlussendlich zu einer entwurzelten Masse an Individuen führen, wessen Ziel die Bereicherung der globalen Profit- und Kapitalinteressen vorwärtszutreiben ist.<sup>51</sup>

Die *AfD* greift nicht nur die deutsche Regierung und die Parteien der Bundesrepublik an, sondern kritisiert auch die europäische Migrationspolitik und vor allem die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache *Frontex*. So zum Beispiel Herr Gottfried Curio in einer Rede während einer Debatte über den Antrag *Solidarität mit europäischen Partnern*:

«*Wo die Grenzen löchrig sind wie Schweizer Käse, will Deutschland noch den Käse wegnehmen und nur die Löcher übrig lassen. Polen will die Löcher stopfen.*»<sup>52</sup>

Bei dieser Rede wirbt Herr Curio um mehr Unterstützung Polens seitens Deutschlands und kritisiert die Massnahmen Deutschlands bei der Abwehr illegaler Migranten und Migrantinnen. Seiner Ansicht nach ist Polen das einzige Land in der *EU*, dass seine Pflicht bei der Abwehr

illegaler Migranten und Migrantinnen erfüllt. Denn seiner Meinung nach ist die Abwehr illegaler Migranten und Migrantinnen eine Staatspflicht und Deutschland verletze diese konstant.<sup>53</sup> Er lobt an Polen, dass es die Einreise illegaler Migranten und Migrantinnen nach Deutschland und den Rest der *EU* verhindert und somit seiner Meinung nach als einziges Land seine Pflicht erfülle und gleichzeitig Deutschland verteidige.

*«Die Bürger und vor allem die Polizeibeamten sind es leid, ständig für Ihr Politikversagen den Kopf hinhalten zu müssen»<sup>54</sup>*

In dieser Rede thematisiert Herr Hess die Gewaltexzesse in Stuttgart, die kurz bevor er seine Rede hielt, stattgefunden hatten. Dabei geht er auf die Ursachen für diese Gewaltexzesse und den Hintergrund der Menschen ein, die daraufhin festgenommen wurden.

Er argumentiert, dass dies kein Event der Partyszene gewesen sei und die Politiker und die Regierung nicht im Stande seien, den Kern des Problems anzusprechen.<sup>55</sup> Für Herrn Hess ist es klar, dass die Ursache für diese Krawalle einen politischen Hintergrund haben. Denn ihm zufolge hätten 22 der 37 festgenommen einen Migrationshintergrund.<sup>56</sup> Weiterhin seien auf den Tatvideos Rufe wie *Allahu akbar* und *Fuck the system* zu hören, es besteht kein Zweifel für Martin Hess, dass sich Islamisten und Linksextremisten zusammengeschlossen hätten. Dies führe Herr Hess zufolge zu einer versuchten Destabilisierung des Rechtsstaats durch Islamisten und Linksextremisten.<sup>57</sup>

Es folgt schliesslich auf die vorgelegten Argumente und Aussagen die vorher erwähnte Metapher. Herr Hess erwähnt er habe mit Polizeibeamten gesprochen, die in der Nacht der Krawalle im Einsatz gewesen seien. Für diese sei erstaunlich gewesen, dass diese Gewaltexzesse eine völlig neue Qualität des Hasses auf Deutschland und die Polizei gezeigt hätten.<sup>58</sup> Herr Hess fordert die Regierung auf, endlich zu handeln, denn ihm zufolge seien es die Bürger und Polizeibeamten leid, ständig den Kopf hinhalten zu müssen und er fordert, dass die Regierung endlich für Sicherheit in Deutschland sorgt.<sup>59</sup> Mit dem *ständigen Kopf hinhalten* ist gemeint, dass die Bevölkerung ihre Unzufriedenheit auf Kosten einzelner Bürger und Polizeibeamten zum Ausdruck brächte. Deshalb müsse man Herrn Hess zufolge konsequent dieser Gewalt

gegensteuern, denn sonst würde sich auf den Strassen immer mehr Gewalt und Chaos ausbreiten.<sup>60</sup>

Es findet sich hiermit in seiner Rede eine weitere Kritik an der Politik der *CDU* vor. Dabei bemängelt er, dass die Regierung jahrelang zugelassen habe, dass Linksextremisten und Clankriminelle ungestört ihr Unwesen treiben.<sup>61</sup> Weiterhin argumentiert Herr Hess, dass die Regierung der *CDU* die Polizei vor all diesen Sicherheitsbedrohungen im Stich gelassen habe und das sie endlich für mehr Sicherheit in Deutschland sorgen und er verlangt, dass die Polizei im Kampf gegen diese Bedrohungen unterstützen müsse.<sup>62</sup>

«Der kleine Mann ist bei Ihnen nur jemand, den Sie ausquetschen wie eine Zitrone, solange noch ein bisschen Saft vorhanden ist, und wenn dann irgendwann nichts mehr zu holen ist, dann muss er selbst schauen, wie er über die Runden kommt.»<sup>63</sup>

Auch wenn es sich hier um einen Vergleich handelt, wird von Herrn Sichert trotzdem eine Metapher verwendet. Dabei verwendet er eine beliebte Rhetorik der Rechtspopulisten, das Volk als *kleinen Mann* oder *einfache Leute* zu bezeichnen mit dem Ziel, eine Grenze zu den Politikern und Parteien zu schaffen und so zu zeigen, dass die *AfD* als einzige Partei die Nöte und Sorgen des Volkes kenne. (Vergl. Kap. 2.2)

Bei seiner Rede geht er auf die vorgeschlagene Erhöhung der monatlichen Leistungen für Asylbewerber ein. Stand März 2019 lagen diese bei 135 Euro pro Monat und die Regierung wollte sie noch auf monatlich 150 Euro erhöhen.<sup>64</sup> Dabei argumentiert er, dass, gleichzeitig die Leistungen für Asylbewerber und Asylbewerberinnen in Deutschland über dem europaweiten Durchschnitt lägen und die Renten weit unter dem Durchschnitt lägen. Weiterhin argumentiert Herr Sichert, dass diese *Wohltaten* für Asylbewerber ein bestimmtes Ziel hätten, nämlich den Rassismus und die Fremdenfeindlichkeit in der Gesellschaft zu schüren. Dank des angeblich geschürten Rassismus durch die *Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)*, *Die Linke* und *Bündnis 90/Die Grünen*, so schlussfolgert Herr Sichert, würden diese Parteien der Bevölkerung weiter Angst machen und die von ihnen selbst geschaffene Fremdenfeindlichkeit bekämpfen, um so ihre Existenz zu sichern. Dabei sei ihnen der *kleine Mann* egal.<sup>65</sup> Die bereits genannten

Parteien würden sich, lautichert, solange es geht, auf Kosten des Volkes begünstigen, denn die deutsche Bevölkerung sei ihnen egal<sup>66</sup>

### 5.1.3 RHETORISCHE FRAGEN UND SARKASMUS

Ein weiteres wichtiges Stilmittel ist die rhetorische Frage. Bei einer rhetorischen Frage handelt es sich um eine scheinbare Frage, auf die keine Antwort erwartet wird. Denn der Fragende weiss die Antwort bereits.<sup>67</sup> Von Vertretern der *AfD* wird eine rhetorische Frage oft an eine Partei oder einen Politiker gerichtet.

Dabei ist wichtig, dass eine rhetorische Frage meistens einhergeht mit einem sarkastischen oder ironischen Unterton verwendet wird. Deshalb werden in dieser Arbeit diese sprachlichen Mittel als nur eines behandelt.

Unter Ironie versteht man eine Aussage, bei der das Gegenteil gemeint ist von dem, was man sagt. Dabei soll der Hörer oder Leser aber eindeutig verstehen, was wirklich gemeint ist.

Ausserdem versteckt sich ein feiner und verdeckter Spott in der ironischen Aussage.<sup>68 69</sup>

Sarkasmus ist im Unterschied zur Ironie kein verdeckter Spott. Bei der Verwendung von Sarkasmus ist das Ziel, sich über etwas oder jemanden mithilfe von verletzendem Spott ganz offen lächerlich zu machen.<sup>70</sup>

*«Die CDU verlangt zur Abwehr dieser Migranten allen Ernstes nationale Grenzkontrollen. Die CDU – nationale Grenzkontrollen?»<sup>71</sup>*

Mithilfe dieser rhetorischen Frage kritisiert Dr. Bernd Baumann ein weiteres Mal die Migrationspolitik der *CDU/CSU*. Dabei geht er auf einen Antrag ein, der vor Kurzem von der *CDU/CSU* eingereicht wurde. In diesem Antrag fordert sie die Regierung auf, die neue Migrationswelle zu stoppen. Und fordert deshalb nationale Grenzkontrollen.<sup>72</sup>

Aus diesem Grund stellt Herr Baumann auch die vorherige rhetorische Frage, denn er kritisiert, dass die *CDU* 16 Jahre an der Macht war und *«[...] Grenzkontrollen wie der Teufel das Weihwasser gescheut [...]»<sup>73</sup>* habe. Diese zweite Aussage unterstützt und verstärkt nicht nur die wiederholte Kritik an der *CDU* und ihrer Politik, gleichermassen spielt Herr Baumann damit auf den Namen und die Grundwerte der Partei an. Denn die *CDU* ist eine christdemokratische

Partei und durch eine biblische Anlehnung wird der Bezug auf die Partei noch klarer veranschaulicht. Und durch die *Verweigerung* nationaler Grenzkontrollen hat die *CDU* es Millionen von Menschen ermöglicht, unkontrolliert nach Deutschland zu kommen.<sup>74</sup> Herr Baumann will demnach mit dieser rhetorischen Frage den Umschwung in der Migrationspolitik der *CDU* hervorheben.

Ausserdem findet sich in der rhetorischen Frage über Grenzkontrollen auch einen sarkastischen Unterton, denn Herr Baumann spottet der *CDU*. Da er diesen Umschwung ihrer Migrationspolitik nicht nur erstaunlich findet, sondern sich auch noch darüber lustig macht. Er höhnt der *CDU*, da diese schlussendlich ihre Fehler eingestanden habe und letztendlich dieselben Massnahmen fordere, wie die *AfD* schon seit Jahren beharrlich fordert.

In der gleichen Rede stellt Herr Baumann eine weitere rhetorische Frage. Erneut bemängelt er die *CDU* und auch die Parteien *Die Linke* und *Bündnis 90/ Die Grünen*. Jedoch bezüglich einer Abstimmung der *CDU* auf ihrem Parteitag.

*«Will die CDU jetzt Gleichstellung, also Zwangsquoten für Frauen in der gesamten Partei? Das machen sonst nur Linke und Grüne. Was kommt denn als Nächstes, Herr Merz?»<sup>75</sup>*

Herr Baumann stellt diese Frage mit Blick auf eine Abstimmung aus dem letzten Parteitag der *CDU*. Auf diesem wurde über eine innerparteiliche Frauenquote abgestimmt und diese wurde auch angenommen.<sup>76</sup>

Die erwähnte rhetorische Frage bezieht Bernd Baumann jedoch nicht direkt auf die Migrationspolitik der *CDU*, verwendet sie jedoch als Beispiel für diese, wie bei der folgenden Aussage erkennbar wird: *«Rhetorisch blinkt sie mit reichen Worthülsen oft rechts und konservativ, mach dann aber in Wirklichkeit das Gegenteil.»<sup>77</sup>* Mit dieser Äusserung, stellt Herr Baumann den Zusammenhang zwischen der Politik der *CDU* und seiner rhetorischen Frage her. Denn seiner Meinung nach verspricht und vertritt die *CDU* vor Wahlen immer konservative und rechte Ideen, und schlussendlich mache sie doch immer das Gegenteil.

Für Herrn Baumann ist die Frauenquote folglich nur ein Beispiel für die gesamte Politik der *CDU*. Und dazu gehörten auch die Migrationspolitik und ebenfalls der gestellte Antrag für schärfere Grenzkontrollen. Deshalb scheint seine rhetorische Frage sich zwar auf den ersten Blick nur auf die Frauenquote zu beziehen, es geht jedoch um die gesamte Politik der *CDU* und vor allem auch um deren Migrationspolitik. Er fragt sich, was denn als Nächstes komme, wobei für ihn klar ist, dass die *CDU* weiterhin eine konservative Migrationspolitik versprechen werde um schlussendlich doch das Gegenteil zu tun,

Hier findet sich auch wieder ein sarkastischer Unterton, denn Herr Baumann höhnt nochmals über die *CDU* und deren Politik. Er macht sich darüber lustig, dass die *CDU* etwas eingeführt hat, was eigentlich nur von linken Parteien zu erwarten sei. Und wertet gleichzeitig die Einführung einer Frauenquote ab, da Herr Baumann eine niedrige Meinung der Parteien *Die Linke* und *Bündnis 90/Die Grünen* hat und, dass die *CDU* etwas einführt, dass nur von den anderen genannten Parteien zu erwarten sei, ist für ihn erstaunlich. Dadurch bietet sich Herr Baumann die Gelegenheit, die *CDU* und ihre Entscheidungen zu verspotten und deren Politik lächerlich zu machen.

Ein Beispiel, bei dem zwar Sarkasmus vorhanden ist, aber keine rhetorische Frage gestellt wird, brachte Dr. Gottfried Curio in einer Rede 2022.

*«Wortreich beschreibt der Unionsantrag das Scheitern Ihrer Asylpolitik: Die EU-Außengrenze steht offen, Erstaufnahmeländer registrieren nur sporadisch, Rücküberstellung findet kaum statt. Wir lesen: «Dem vielfachen Missbrauch des Schutzsystems ist entgegenzuwirken.» Na, da fällt der CDU ja was auf.»<sup>78</sup>*

Diese sarkastischen Äusserung folgt auf eine Kritik an der Asylpolitik der *CDU*. Hierbei geht Herr Curio auf einen Antrag der *CDU* ein, in der sie das Scheitern ihrer Asylpolitik akzeptiert und beschreibt. Dabei erläutert die *CDU*, dass die EU-Aussengrenze offenstehe und man deshalb dem vielfachen Missbrauch des Schutzsystems entgegenwirken müsse.<sup>79</sup> Dr. Curio erwähnt,

was die *CDU* über ihre eigene Migrationspolitik dargelegt hat und bekräftigt die Fehler und Erkenntnisse der *CDU* mit dieser sarkastischen Anmerkung.

Seine Äusserung ist sarkastisch, da für ihn und all diejenigen, denen das Scheitern der *CDU*-Migrationspolitik schon lange klar ist, diese Erkenntnis seitens der *CDU* nicht neu ist. Er spottet offen der *CDU* und macht sich darüber lustig, dass der *CDU* erst jetzt aufgefallen ist, wie stark ihre Migrationspolitik misslungen ist.

«*Meine Damen und Herren auf der Regierungsbank: Für wie dumm halten Sie uns alle und Ihre Wähler draussen eigentlich?*»<sup>80</sup>

Diese an die Regierung gerichtete rhetorische Frage, bezieht sich auf den durch die *AfD* gestellten Antrag, dem *Global Compact for Migration*<sup>6 81</sup> nicht beizutreten.

Für Dr. Gauland ist der wichtigste Punkt dieses Paktes, dass er als nicht verbindlich definiert wird, obwohl es im Vertrag oftmals heisse, dass sich die Mitgliedstaaten zu etwas verpflichteten. Zum, Beispiel würden sich die Mitgliedstaaten dazu verpflichtend, den Migranten ungeachtet ihres Migrationsstatus einen sicheren Zugang zu Grundleistungen zu ermöglichen.<sup>82</sup> Für Dr. Gauland sei dies eine Einmischung in die Sozialsysteme der jeweiligen Länder.

Die Bundesregierung will sich dazu verpflichten, allerdings *unverbindlich*. Wie dies möglich sein soll, ist für Dr. Gauland unklar. Für ihn seien *unverbindliche Verpflichtungen*, wie es die Bundesregierung will, ein *hölzernes Eisen*.<sup>83</sup> Dieser Widerspruch wird verwendet, um die Unmöglichkeit eines Arguments des Gegners zu veranschaulichen. Daraufhin stellt Dr. Gauland seine rhetorische Frage, denn für ihn ist es offensichtlich, dass dies kein *nicht verpflichtender* Vertrag sei. Obwohl es die Bundesregierung ihm zufolge so ausdrückt, sei dies keineswegs der Fall und er fragt sich, ob die Bundesregierung die Bevölkerung für dumm halte, falls sie vorhabe, einen Vertrag mit *unverbindlichen Verpflichtungen* zu unterschreiben. Denn für die

---

<sup>6</sup> Der *Global Compact for Migration* ist ein nicht verbindlicher Pakt, der die Ziele der *Vereinten Nationen* für die Steuerung einer sicheren, geordneten und regulären Migration verbindet.

Bevölkerung sei klar, dass, obwohl der Pakt nicht verbindlich sei, dies keineswegs der Fall sei, wenn sich die Regierungen zu etwas verpflichten müssen.

Herr Gauland greift immer dann auf einen sarkastischen Unterton zurück, wenn er über staatliche Institutionen spricht. So zum Beispiel mehrere Zeilen nach der gestellten rhetorischen Frage: «Die Bundesregierung muss sofort mit der Umsetzung beginnen, und dies hat sie im Auswärtigen Ausschuss ja bereits angekündigt – ganz unverbindlich natürlich.»<sup>84</sup>

Der Sarkasmus bezieht sich hier auf die Unverbindlichkeit der Verpflichtungen, denn diese seien Dr. Gauland zufolge nicht unverbindlich. Folglich macht sich Dr. Gauland über die Aussage lustig, dass diese Verpflichtungen unverbindlich seien. Er spottet der Regierung und dem *Global Compact for Migration*, denn, auch wenn beide versichern, dass dieser Pakt nicht verbindlich sei, ist für Dr. Gauland klar, dass sie es sind.

## 5.2 RECHTSPOPULISTEN IN DER SCHWEIZ

### 5.2.1 HYPERBELN

Nicht nur bei deutschen Rechtspopulisten werden oft und gerne Hyperbeln verwendet. Wie bereits bei Politikern der *AfD* gesehen, verwenden Abgeordnete der *SVP* zahlreiche Hyperbeln, um die Ausmasse der Migration im jeweiligen Land zu veranschaulichen. Diese Kritik an der Migration und ihrer Folgen gehört zu der *inhaltlichen* und der *horizontalen Dimension* (vergl. Kap. 2.2). Hierbei ist es wichtig anzumerken, dass die von der *SVP* aber auch für die Kritik am System verwendet wird, die es Migranten und Migrantinnen ermöglicht, in der Schweiz zu bleiben, ohne einen geregelten Aufenthaltsstatus zu besitzen.<sup>7</sup>

«Die Schweiz wird durch die ungebremsste Zuwanderung allein dieses Jahr um 200 000 oder noch mehr Menschen wachsen.»<sup>85</sup>

---

<sup>7</sup> Menschen ohne einen geregelten Aufenthaltsstatus werden auch «Sans-Papiers» genannt. In dieser Arbeit werden Papierlose, Sans-Papiers und ähnliche Begriffe verwendet.

Zu sehen ist diese Kritik in einer Rede vor dem Nationalrat von Martina Bircher, SVP. In dieser Bemerkung äussert sich Frau Bircher negativ über den Zuwachs von Migranten und Migrantinnen in der Schweiz. Sie geht dabei auf die Folgen der Aufnahme von ukrainischen Flüchtlingen ein und schlussfolgert, dass dadurch eine Kettenreaktion ausgelöst werde und deshalb auch mehr Menschen aus Afrika und Nahost in die Schweiz kommen würden. Dabei ist die Zahl der Migranten eine Übertreibung, da Frau Bircher in ihrer Rede zuvor auf andere Zahlen verwiesen hat. Laut ihr haben in den ersten sechs Monaten des Jahres 65 000 Menschen den *Schutzstatus S* beantragt.<sup>8 86</sup> Ausserdem halten sich Frau Bircher zufolge 35 000 *Illegale* an den Grenzen auf. Hinzu kommen noch 19 000 Asylsuchende aus dem ordentlichen Asylsystem hinzu. Diese Zahlen stimmen aber nicht mit den *200 000 oder mehr* überein, die Frau Bircher angibt.<sup>87</sup> Es würden maximal 184 000 Migranten in die Schweiz kommen, wenn die Zahl der Anträge des *Schutzstatus S* im zweiten Semester gleich blieben wie im ersten. Sicher ist dabei auch nicht, ob diese Flüchtlinge überhaupt kommen und wie lange sie bleiben würden.

*«Dieser gigantische Missbrauch unserer guten Dienste, des Seerechts und das Ausnützen der Gutmütigkeit muss gestoppt werden.»<sup>88</sup>*

Mit dieser Hyperbel bezieht sich Herr Glarner auf die Seenotrettung, die im Mittelmeer stattfindet. Für ihn wird der ursprüngliche Sinn der Seenotrettung verletzt, denn sie besteht seiner Meinung nach nicht mehr als Rettungsdienst, sondern als *Gratis-Taxidienst*. Und diesen Missbrauch müsse man stoppen.<sup>89</sup>

Herr Glarner bezieht sich mit dieser Äusserung auf die Migranten und Migrantinnen, die im Mittelmeer durch Seerettungsdienste aufgegriffen werden. Dabei äussert er Kritik an der Tatsache, dass diese Flüchtlinge schlussendlich in eine europäische Hafenstadt gebracht würden.<sup>90</sup> Herr Glarner zufolge ist die einzig richtige Lösung für aus der Seenot gerettete

---

<sup>8</sup> «Mit dem Schutzstatus S kann einer bestimmten Personengruppe für die Dauer einer schweren Gefährdung, insbesondere während eines Krieges, kollektiv Schutz gewährt werden. Das Aufenthaltsrecht in der Schweiz ist auf ein Jahr befristet, kann aber verlängert werden. Der Status S ermöglicht es den Schutzbedürftigen auch, Familienangehörige nachzuziehen.»

Flüchtlinge, diese zurück an die afrikanische Nordküste und das Land zu bringen, von wo sie aufgebrochen seien. Falls dies nicht möglich sei, sei die Alternative, die geretteten Menschen in den nächsten sicheren Hafen auf afrikanischem Festland zu bringen.<sup>91</sup>

Weiterhin geht Herr Glarner auf Vereinbarungen ein, die Grossbritannien und Dänemark mit Ruanda geschlossen haben. Diese Vereinbarung böten Herr Glarner zufolge eine Lösung für das Problem des *Gratis-Taxidienstes*. Beide Länder hätten eine Vereinbarung mit Ruanda, bei der jegliche Asylgesuche dort abgewickelt werden könnten. Folglich würde jeder in einem dieser beiden Länder angekommene Flüchtling sofort nach Ruanda geflogen und müsste dort auf die Entscheidung über sein Asylgesuch warten.<sup>92</sup>

### 5.2.2 METAPHERN

Metapher werden von Politiker und Politikerinnen der *SVP* ebenfalls verwendet. Wie bereits die Hyperbel wird von ihnen die Metapher für die Kritik am System verwendet. Dies gehört sowohl zur *Inhaltlichen* wie auch zur *technischen Dimension* (vergl. Kap. 2.2). Ausserdem nutzen sie sie auch zur Veranschaulichung der Folgen und des Ausmasses der Migration in die Schweiz.

*«Die Behörden und viele Politiker nehmen diesen systematischen Gesetzesbruch im ganz grossen Achselzucken hin, gewissermassen wie eine fünfte Jahreszeit [...]»<sup>93</sup>*

Hiermit kritisiert der Abgeordnete Thomas Matter, dass Sans-Papiers unerlaubt in der Schweiz bleiben und gleichzeitig auch noch Sozialleistungen beziehen könnten. An dem System bemängelt er den « [...] *Datenaustausch zwischen Kantonen, Gemeinden, Sozialbehörden, Krankenkassen, AHV, IV und anderen Sozialversicherungen [...]*»<sup>94</sup> Seiner Meinung nach müssten «*sämtliche relevanten Daten von illegalen Migranten betreffend Aufenthaltsstatus, Wohnort, Versicherungsstatus, [...] ausgetauscht und abgeglichen werden.*»<sup>95</sup>

Es ist für Thomas Matter unannehmbar, dass die Politiker nichts gegen diese Probleme unternähmen. Denn mit dieser Metapher möchte er veranschaulichen, dass eine fünfte Jahreszeit etwas Ausserordentliches sei und Aufmerksamkeit auf sich ziehen sollte und trotzdem reagieren seiner Meinung nach die Politiker darauf gar nicht.

Für Herr Matter ist das grösste Problem, dass durch diesen fehlenden Austausch die Sozialleistungen für Sans-Papiers weiterhin attraktiv blieben. Es bräuchte also einen systematischen Datenaustausch zwischen den Sozialversicherungen und den Migrationsbehörden. Auch für diese Forderung verwendet Herr Matter eine weitere Metapher:

*«Während Bund und Politik überall die mangelnde Digitalisierung beklagen und Millionen um Millionen für Verbesserung ausgeben, sollten wir bei den Sans-Papier im digitalen Steinzeitalter steckenbleiben.»<sup>96</sup>*

Er fordert daher, dass der Bund auch mehr Geld in eine bessere Kommunikation und einen systematischen Datenaustausch investieren solle. Dabei kritisiert er, dass viel Geld für eine Verbesserung der Digitalisierung ausgegeben werde, doch keine Investitionen in die Kommunikation zwischen Sozialversicherungen und Migrationsbehörden getätigt würden. Seiner Meinung nach hätten diese Ausgaben höchste Priorität, denn die veralteten Kommunikationswege hielten die Sozialleistungen für Sans-Papiers attraktiv.

*«Wir haben immer davor gewarnt, dass wir mit der unbeschränkten, unkontrollierten Aufnahme reiner Wirtschaftsflüchtlingen den Bogen überspannen und auch bald keinen Platz mehr für die echten Asylbewerber [...] haben.»<sup>97</sup>*

Diese Äusserung stammt von Andreas Glarner, Abgeordneter im Nationalrat und Mitglied der SVP. Für ihn stellt die Aufnahme von Wirtschaftsflüchtlingen ein grosses Problem dar, denn seiner Meinung nach könnten dadurch die echten Flüchtlinge nicht aufgenommen werden. Ein Beispiel für richtige Flüchtlinge seien für ihn die ukrainischen Flüchtlinge. Weiterhin argumentiert Herr Glarner, dass die Schweizer Bevölkerung aus freien Stücken den tatsächlich bedrohten Menschen geholfen habe, doch wenn zu viele kämen, könne sich dies schnell in ein Abwehrverhalten umkehren. Deshalb verwendet er auch die Metapher, den *Bogen überspannt zu haben*. Denn eben durch diese unkontrollierten Aufnahmen sei der Bund zu weit gegangen.

Seiner Meinung nach hat der Bund ausserdem die Schweizer Bevölkerung ausgenutzt und auch nicht auf ihre Sorgen und Nöte gehört.<sup>98</sup>

Deshalb fordern die SVP und Herr Glarner, dass der *Schutzstatus S* nur an Menschen mit ukrainischer Staatsbürgerschaft vergeben werden könne.<sup>99</sup> Diese Motion ist aber überflüssig, da der *Schutzstatus S* nur an Menschen vergeben werden kann, die einer schweren Gefährdung ausgesetzt sind.<sup>100</sup> Dazu gehören Wirtschaftsflüchtlinge also ohnehin nicht. Doch für Andreas Glarner bilden nicht nur Wirtschaftsflüchtlinge eine Gefahr, sondern vor allem jene, die aus einem Drittstaat kommen und angeblich in der Ukraine gelebt haben. Dabei ist dies fast unmöglich, denn um den *Schutzstatus S* zu beantragen, ohne eine ukrainische Staatsbürgerschaft zu besitzen, muss man beweisen können, in der Ukraine wohnhaft gewesen zu sein. Dies erfolgt mithilfe einer Aufenthaltsbewilligung oder Kurzaufenthaltsbewilligung.<sup>101</sup> Diese Motion dient folglich dazu, dass diejenigen, die aus einem Drittstaat in die Schweiz wollen und angeblich in der Ukraine wohnhaft gewesen waren, den Schutzstatus beantragen können, was ebenfalls unnötig.

*«Wenn es so weitergeht, werden 35 000 Illegale an unseren Grenzen aufgehalten, wobei die Dunkelziffer um einiges höher sein wird. Da tickt eine sicherheitspolitische Zeitbombe.»<sup>102</sup>*

So äusserte sich Martina Bircher im Hinblick auf die illegale Migration in die Schweiz. Ihrer Meinung nach wurde 2022 ein weiterer Negativrekord erreicht, denn es hielten sich offiziell 35 000 Migranten an Schweizer Grenzen auf. Und Frau Bircher geht davon aus, dass die Dunkelziffer um einiges höher sei.<sup>103</sup>

Laut Frau Bircher ist die Ursache für diesen Negativrekord vor allem der Ukrainekrieg. Denn durch ihn sei eine Kettenreaktion ausgelöst worden, die die Anzahl von Migranten und Migrantinnen, die aus Afrika und Nahost nach Europa wollen, vergrössert habe. Durch die grosszügige Aufnahme von Schutzsuchenden aus der Ukraine hätte eben diese Kettenreaktion stattgefunden und es seien mehr Flüchtlinge aus den zuvor genannten Regionen nach Europa und dadurch auch in die Schweiz gekommen.<sup>104</sup>

Doch weshalb ist dies eine *sicherheitspolitische Zeitbombe*? Für Frau Bircher ist die Antwort offensichtlich, denn sie sorgt sich um die Schulen, das Gesundheitssystem und die Infrastruktur der Schweiz. Ihrer Meinung nach seien diese nicht auf die grosse Anzahl an Schutzsuchenden aus der Ukraine und die regulären Migranten und Migrantinnen ausgelegt. Dabei ist wichtig anzumerken, dass die Schutzsuchenden nicht für immer in der Schweiz bleiben dürfen und werden. Es käme also nur zu einer temporären hohen Auslastung der Infrastruktur und der Institutionen.

Ausserdem kehren vermehrt Ukrainer, die den *Schutzstatus S* besitzen, in ihre Heimat zurück. Wie in einem Artikel des *Tages-Anzeiger* veranschaulicht wird. Momentan nehme die Anzahl von ukrainischen Flüchtlingen mit dem *Schutzstatus S* ab. Dies wird auch vom *Staatssekretariat für Migration (SEM)* bestätigt, und die Information des SEM wird in jenem Artikel verwendet. Weiterhin gehen Migrationsexperten davon aus, dass in den kommenden Monaten die Zahl der Rückkehrenden weiter ansteigen werde. Dies hänge mit der Lage in der Ukraine zusammen, denn dort normalisiere sich die Situation im Zentrum des Landes und die Lebensbedingungen für die Menschen vereinfachten sich.<sup>105</sup>

### 5.2.3 RHETORISCHE FRAGEN UND SARKASMUS

Es finden sich auch rhetorische Fragen und sarkastische Kommentare in Reden von Schweizer Rechtspopulisten. Diese werden ebenfalls für die Veranschaulichung des Ausmasses der Migration in die Schweiz verwendet. Gerichtet werden diese Fragen meistens an die Schweizer Bevölkerung oder die Mitglieder gegnerischen Parteien.

*«Von den 2900 Personen, die allein im Dezember 2022 an der Südgrenze, im Tessin, aufgegriffen worden seien, habe Italien lediglich 573 Personen zurückgenommen. Ich frage Sie jetzt: Wo bleiben die anderen?»<sup>106</sup>*

Diese rhetorische Frage stellte Herr de Courten bei einer Rede vor dem Nationalrat. Dabei geht er auf die Anzahl von Migranten und Migrantinnen ein, die im Jahr 2022 illegal in die Schweiz eingereist sind. Herr de Courten erwähnt, dass zwar im Dezember 2022 2900 Personen auf

illegale Weise versucht hätten, über den Kanton Tessin in die Schweiz zu gelangen. Davon sind aber nur 573 von italienischen Behörden zurückgenommen worden. Er schlussfolgert mithilfe seiner rhetorischen Frage, dass diese restlichen 2327 Personen schliesslich doch in die Schweiz eingereist seien. Seine Informationen und Aussagen basieren auf einem Beitrag mit dem Titel «Grenze zu Italien wird zum Flüchtlingshotspot», der vom Staatsfernsehen *Schweizer Radio und Fernsehen* (SRF) im Februar 2023 veröffentlicht wurde.<sup>107</sup> Dabei geht Herr de Courten nur auf die Zahl der Aufgegriffenen ein, die im Artikel erwähnt werden. Und dass diese letztendlich doch in die Schweiz einreisen könnten. Doch er lässt die Gründe, die das SRF für diese fehlenden Rückübernahmen angibt, aus.

In seiner Rede übt er wiederholt Kritik an den Schweizer Behörden aus, besonders gegenüber dem SEM wie zum Beispiel in dieser Aussage zu sehen ist: «*Aber niemand tut etwas gegenüber diesem dauernden Sich-dem-Recht-Entziehen.*»<sup>108</sup> Doch in dem von ihm verwendeten Beitrag werden die Ursachen für dieses Problem genannt und die Schuld trägt laut SRF nicht das SEM. Das SEM handelt lediglich gemäss dem Abkommen, das die Schweiz mit Italien abgeschlossen hat. Das grösste Problem bei diesem Abkommen ist, dass Italien keine bestimmte Anzahl an Rückübernahmen tätigen muss.<sup>109</sup> So erklärt es Samuel Wyss vom SEM anlässlich eines Interviews im genannten Beitrag: «*Der Vertrag zwischen der Schweiz und Italien lege nicht fest, wie viele Menschen Italien zurücknehmen müsse [...]. Das SEM habe keine Handhabe, es könne die italienischen Behörden nicht verpflichten, mehr Flüchtlinge zurückzunehmen.*»<sup>110</sup>

Die zweite Ursache, die in diesem Beitrag genannt wird, ist die Tatsache, dass die Schweizer Grenzwachter die Flüchtlinge wegweisen würden. Diese müssten dann den Schengen-Raum durch eine Grenze ihrer Wahl innert einer Frist von sieben bis dreissig Tagen wieder verlassen, aber es bestehe keine Möglichkeit, dies zu prüfen, da die Schweiz keine Schengen-Aussengrenze bilde.<sup>111</sup>

Diese Aussage ist durch einen sarkastischen Ton gezeichnet, denn Herr de Courten spottet über die Behörden. Er macht sich darüber lustig, dass es trotz eines Abkommens mit dem Grenzschutz dazu komme, dass Menschen illegal in die Schweiz einreisen. Sarkastisch ist ausserdem, dass es für ihn offensichtlich ist, wo die Restlichen geblieben sind.

«Wetten, dass mit diesen drei Massnahmen der Zustrom von Wirtschaftsflüchtlingen versiegen wird?»<sup>112</sup>

Diese rhetorische Frage entstammt einem Artikel der *Schweizerzeit*,<sup>9 113</sup> einer nationalkonservativen Zeitung, der Autor ist SVP-Nationalrat Andreas Glarner. In diesem Artikel präsentiert er die Schutzmassnahmen, die seiner Meinung nach vor dem nächsten Migrantenansturm zu treffen seien.

Sein erster Vorschlag lautet, Geldüberweisungen durch Asylbewerber ins Heimatland und generell ins Ausland zu stoppen. Denn Überweisungen in die Heimat eines Asylbewerbers trügen einen grossen Anteil zum BIP (Bruttoinlandsprodukt)<sup>10 114</sup> des jeweiligen Landes bei. Wenn also diese Geldüberweisungen verboten würden, würde dies auch die Attraktivität der Schweiz als Zielland reduzieren, schlussfolgert Herr Glarner.<sup>115</sup>

Als zweite Massnahme schlägt er die Bildung von Transitzonen vor. Diese sollten an Grenzübergängen errichtet werden und Asylbewerbern müssten sich dort aufhalten, während ihr Gesuch geprüft wird. Den Vorteil dieser Massnahme sieht Herr Glarner darin, dass sich die Asylbewerber faktisch noch im Ausland befinden würden. Für diese Transitzonen spräche auch, dass sie deutlich billiger wären, als abgelehnte Asylbewerber vorläufig in der Schweiz beherbergen zu müssen. Herr Glarner verweist ausserdem darauf, dass viele der vorläufig Beherbergten untertauchen und schlussendlich doch von den Sozialsystemen der Schweiz profitieren würden.<sup>116</sup> Für ihn wäre es durchaus möglich, dass diese Zonen komfortabel und luxuriös ausgestattet würden. Dass dies spöttisch gemeint ist, wird beim Lesen des folgenden Satzes augenblicklich erkenntlich:

---

<sup>9</sup> Die Schweizerzeit ist eine nationalkonservative Zeitung, die 1979 von dem SVP-Politiker Ulrich Schlüer gegründet wurde. Die Zeitung vertritt Meinungen und Ideen der SVP und bietet Politikern der Partei eine Plattform, um ihre Meinung zu äussern.

<sup>10</sup> «Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist ein Maß für die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft in einem bestimmten Zeitraum. Es misst den Wert der im Inland hergestellten Waren und Dienstleistungen (Wertschöpfung), soweit diese nicht als Vorleistungen für die Produktion anderer Waren und Dienstleistungen verwendet werden.»

*«Solche Transitzone dürften durchaus komfortabel bis luxuriös ausgestattet sein. Sogar ein Wellnessbereich würde drin liegen. Es ist nämlich alles- aber wirklich alles- billiger als diese Wirtschaftsmigranten nach der Ablehnung ihres Gesuches hier als «vorläufige Aufgenommene» beherbergen zu müssen.»<sup>117</sup>*

Die letzte von Herrn Glarner vorgeschlagene Massnahme schliesst gleich zwei Punkte ein. Als erstes sollten nur noch Asylgesuche von Bürgern aus Nachbarstaaten akzeptiert werden. Laut Herr Glarner sei dies der ursprüngliche Sinn des Asylrechts gewesen, nämlich, dass bedrohten Menschen im erstbesten Land temporär Unterschlupf gewährt werde. Und nicht, dass die Flüchtlinge sich irgendein Land *aussuchen* dürften.<sup>118</sup>

Und der zweite Punkt, der von Herrn Glarner behandelt wird, ist die Förderung der Hilfe vor Ort und nicht des Asylrechts. Er argumentiert, dass echte Hilfe vor Ort von grösserem Nutzen für die Bevölkerung sei. Er fordert, dass sich die Schweiz finanziell und logistisch am Betrieb von Lagern in Krisenregionen beteilige. Dies biete ausserdem den Vorteil, dass Menschen, die sich illegal in der Schweiz aufhalten, aber nicht in ihr Herkunftsland abgeschoben werden können, in ein Lager abgeschoben werden könnten.<sup>119</sup>

In dieser Aussage ist der Sarkasmus äusserst auffällig. Herr Glarner versucht erst gar nicht, seinen Spott zu verstecken und macht sich offen über die Situation vieler Wirtschaftsflüchtlinge lustig. Seine Äusserung, dass sogar ein Wellnessbereich im Budget liegen würde, ist in diesem Zusammenhang unangebracht. Auch wenn ein Wellnessbereich tatsächlich billiger wäre, als vorläufig Abgelehnte in der Schweiz zu beherbergen, ist dies trotzdem ein geschmackloses Beispiel. Wenn man dazu veranlasst wird, seine Existenz im Herkunftsland aufzugeben, auf der Suche nach einer besseren Lage im Ausland, dann ist es die geringste Sorge, ob es einen Wellnessbereich in der Transitzone gibt. Herr Glarner versucht folglich mithilfe von Sarkasmus die Situation ins Lächerliche zu ziehen, ohne dabei auf die echten Nöte der Flüchtlinge in ihrer Heimat einzugehen.

*«Wenn ich den Arbeitsvertrag ohne Auszug aus dem Geburtsregister und ohne Wohnsitzbestätigung nicht unterschreiben kann – soll das pragmatisch sein?»<sup>120</sup>*

Bei dieser Rede stellt Herr Schwander seine Lösung für einheitliche und transparente Vertragsabschlüsse vor und stellt deshalb auch diese rhetorische Frage. In diesem Antrag wird nach einer einheitlichen Lösung für Vertragsabschlüsse gesucht, denn für die Politiker, die den Antrag stellen, ist es unverständlich, dass man bei Sans-Papiers pragmatisch vorgehen müsse, da es sich um eine schwierige Lage handle. Während die eigene Bevölkerung Wohnsitzbestätigungen und Auszüge aus dem Geburtsregister vorbringen müsse, wenn sie einen Vertrag abschliessen wolle.

Herr Schwander veranschaulicht die Notwendigkeit einer einheitlichen Lösung mithilfe eines persönlichen Beispiels. Er berichtet, wie er einem 22-jährigen Schweizer, der in einem Heim wohnt und Schwierigkeiten beim Einstieg ins Berufsleben hat, helfen wollte, einen Arbeitsvertrag zu unterschreiben. Herr Schwander argumentiert, dass sich der Mann ebenfalls in einer schwierigen Lage befinde, doch es für ihn keine pragmatische Lösung gäbe. Und deshalb stellt er diese rhetorische Frage, denn, obwohl sich der Mann ebenfalls in einer schwierigen Situation befinde, verlaufe es bei ihm nicht pragmatisch, da er kein Sans-Papiers sei.<sup>121</sup>

In der von Herrn Schwander gestellten rhetorischen Frage wird diese von einem sarkastischen Unterton begleitet. Er fragt, ob es pragmatisch sei, wenn man zur Abschliessung eines Vertrages Wohnsitzbestätigungen und Auszüge aus dem Geburtsregister vorlegen müsse. Der Redner beendet seine Aussage mit der Frage, ob dies pragmatisch sein soll, für ihn ist klar, dass dem nicht so ist. Seine Frage ist soweit sarkastisch, da für ihn offensichtlich ist, dass dies nicht pragmatisch ist und er will auch, indem er spottend fragt, seiner Motion mehr Aussagekraft verleihen.

*« [...] Für eine Person, die verbeiständet ist, wollte ich eine Hausratversicherung abschliessen, weil es diese Person aus einer Unterstützungsinstitution geschafft hat, selbstständig in einer Wohnung zu leben. Was musste ich bringen? »<sup>122</sup>*

Diese rhetorische Frage folgt auf eine ähnliche Situation wie die davor genannte. Herr Schwander verwendet ein weiteres Beispiel, um seine Argumentation zu bekräftigen. Bei dieser Person handelt es sich ebenfalls um jemanden, der von einer sozialen Institution abhängig ist. Diese Person schaffte es, in einer eigenen Wohnung zu leben und wollte mithilfe Herrn Schwanders eine Hausratversicherung abschliessen.<sup>11 123</sup> Doch auch dazu benötigt man eine Wohnsitzbestätigung, wie der rhetorischen Frage zu entnehmen ist. Herr Schwander hat kein Verständnis dafür, denn es gebe keine einheitliche und klare Vorgabe darüber, was bei dem Abschluss eines Vertrags notwendig sei. Von Politikern wird wiederholt eine pragmatische Lösung gefordert, doch für Herr Schwander ist nicht klar, wie diese aussehen sollte.<sup>124</sup> In dieser Aussage sind kein offensichtlicher Sarkasmus oder Ironie erkennbar.

Wie bereits im Kapitel über die *AfD* gesehen, verwenden auch Politiker der *SVP* auch Sarkasmus, ohne, dass durch rhetorischen Frage begleitet wird.

*«Betroffene müssen sich also nicht erst akklimatisieren und fühlen sich bestimmt schnell heimisch.»<sup>125</sup>*

Diese stark sarkastische Äusserung seitens Herrn Glarner folgt auf eine Metapher im Zusammenhang mit dem Seerettungsdienst und wohin die Asylbewerber gebracht werden sollen. Dabei stellt er eine Vereinbarung vor, worin Asylbewerber, die in Grossbritannien oder Dänemark ein Asylgesuch stellen, nach Ruanda ausgeflogen werden und dort auf die Verarbeitung ihres Gesuches warten müssten.<sup>126</sup>

Er spottet unverhohlen über die Situation und Herkunft der Asylbewerber und Asylbewerberinnen. Dabei nimmt Herrn Glarner an, dass jeder Flüchtling aus einem afrikanischen Land kommt und sich deshalb auch in Ruanda wohl fühlen würde. Der Sarkasmus ist auch rassistisch gefärbt, denn Herrn Glarner zufolge seien alle afrikanischen Länder gleich und die Asylbewerber und Asylbewerberinnen würden sich über die Tatsache freuen, in ein Land gebracht zu werden, dass ihrer Heimat angeblich ähnlich sei.

---

<sup>11</sup> Bei einer Hausratversicherung wird der gesamte Hausrat versichert. Der Hausrat beinhaltet Möbel, Kleider und elektrische Geräte.

## 6. VERGLEICH

Bei der Analyse des politischen Diskurses von Rechtspopulisten in Deutschland und der Schweiz fallen Muster auf, die sich in beiden Ländern wiederholen. Dabei ist nicht nur der Absicht bei der Verwendung eines sprachlichen Mittels ähnlich, ebenfalls finden sich auch übereinstimmende Narrative und Grundsätze.

### 6.1 HYPERBELN

Bei der Verwendung von Hyperbeln durch deutsche und Schweizer Rechtspopulisten sind Ähnlichkeiten erkennbar. Von beiden Ländern werden die Hyperbeln für die Veranschaulichung und Übertreibung der Migration in das jeweilige Land verwendet. So werden von Politikern beider Parteien Hyperbeln vor allem im Zusammenhang mit Zahlen oder der Anzahl an Migranten und Migrantinnen, die in die zwei Länder einreisen, verwendet. Dabei sprechen die Redner meistens verstärkt die illegale Migration an und lassen die Anzahl legaler Migranten und Migrantinnen ausser Acht. Sie verwenden diese Hyperbeln, um der Bevölkerung Angst zu machen, denn durch das benutzen von Wörtern wie *gigantisch* oder *ungebremst* verstärken sie die Aussagekraft ihren Äusserungen. Das Ziel, das mit dieser Panikmache verfolgt wird, ist, dass die Bevölkerung sich vermehrt von den traditionellen Parteien abwendet und für die jeweilige Partei mit der *richtigen* Migrationspolitik abstimmt.

### 6.2 METAPHERN

Ebenfalls treten Ähnlichkeiten bei der Verwendung von Metaphern zwischen Politikern der *AfD* und der *SVP* auf. In beiden Ländern werden sie verwendet, um eine Kritik an der Politik der

Regierung oder anderer Parteien zu äussern. Dabei steht die Migrationspolitik und deren Folgen im Mittelpunkt der Kritik. Oftmals wird kritisiert, dass die Migranten und Migrantinnen eine Vorzugsbehandlung erhielten, im Gegensatz zur Bevölkerung des eigenen Landes, das unter einer schlechten Regierung leide. Ausserdem werden diese Metaphern im Hinblick auf die Wahlbevölkerung verwendet. Das heisst, dass die Politiker und Politikerinnen dieses sprachliche Mittel gezielt einsetzen, um die Wahlbevölkerung als eine vernachlässigte Gruppe darzustellen und der Regierung und den Migranten und Migrantinnen die Schuld dafür zu geben. Die jeweilige Partei verteidigt die Bevölkerung des Landes, um ihnen zu zeigen, dass sie als einzige ihre Sorgen und Nöten verstehe und sich für sie einsetze, während sie von der Regierung im Stich gelassen werde.

Auch wenn es nicht das Hauptanliegen bei der Verwendung einer Metapher ist, wird sie ebenfalls für die Kritik an der Anzahl an Migranten und Migrantinnen verwendet, die aufgrund der Migrationspolitik der Regierung in das jeweilige Land eingereist sind, angewandt.

### 6.3 RHETORISCHE FRAGEN UND SARKASMUS

Eine Ähnlichkeit zeigt sich bei den rhetorischen Fragen, denn Rechtspopulisten beider Länder verwenden diese, um den Grenzschutz des Landes zu kritisieren. Diese Kritik wird mit Hinblick auf die Anzahl illegaler Migranten und Migrantinnen ausgeübt, die in das jeweilige Land eingereist sind. In Deutschland kritisiert Herr Baumann die Grenzpolitik der *CDU* und ihre Folgen<sup>127</sup>, während Herr de Courten, die Anzahl Migranten kritisiert, die in die Schweiz eingereist seien.<sup>128</sup>

Weiterhin wird mithilfe rhetorischer Fragen, die von einem sarkastischen Unterton begleitet werden, eine Kritik an den politischen Gegnern und den Behörden geäussert. Mehrere Politiker und Politikerinnen der *AfD* kritisieren die Regierung oder die staatlichen Behörden, und die Schweizer Rechtspopulisten schliessen sich dieser an. Zum Beispiel mit einer Kritik an der *CDU* und ihren parteiinternen Abstimmung durch Herrn Baumann<sup>129</sup> oder einer Kritik an der aktuellen rechtlichen Lage bezüglich der Unterlagen, die bei Vertragsabschlüssen in der Schweiz vorgelegt werden müssen und die angeblich dabei entstehende Begünstigung für Sans-Papiers.<sup>130</sup>

## 6.4 NARRATIV

Das Narrativ, das in beiden Ländern am häufigsten verwendet wird, ist es ,die Schuld an der aktuellen Lage der Regierung zu geben. In Deutschland äussern Politiker und Politikerinnen der *AfD* wiederholt Kritik an der Migrationspolitik der *CDU/CSU* und der regierenden Koalition aus *SPD, FDP* und *Bündnis 90/Die Grünen*. Für die *AfD* und ihre Mitglieder ist bewiesen, dass die Regierung nichts unternimmt, um der Bevölkerung zu helfen. In der Schweiz wird diese Meinung durch die *SVP* ebenfalls vertreten. Sie sehen sich als Retter des Volkes und kritisieren die Regierung und ihre Massnahmen.

Weiterhin wird auch die Idee geteilt, dass die jeweils konservativen Parteien der Länder vor Wahlen immer rechte und konservative Ideen vertreten, doch schlussendlich das Gegenteil des Versprochenen tun. Diese Idee findet sich auch wortwörtlich in Aussagen von Politikern und Politikerinnen beider Länder in ihren Reden. In Deutschland äusserte sich Bernd Baumann wie folgt über die *CDU* «*Rhetorisch blinkt sie mit reichen Worthülsen oft rechts und konservativ, macht dann in Wirklichkeit das Gegenteil.*»<sup>131</sup> Auch der Schweizer Politiker Andreas Glarner äusserte sich in einem von ihm verfassten Zeitungsartikel ähnlich über die Schweizer Partei *FDP.Die Liberalen* «*Offensichtlich stehen Wahlen vor der Türe. Man gibt sich nach aussen als Hardliner und macht intern wieder auf Weichspüler – wohlweislich zum Schaden der Schweiz*»<sup>132</sup>

Beide Parteien bemängeln konstant die Politik der anderen Parteien, doch im Gegensatz zur *SVP* bietet die *AfD* nicht immer Lösungen für etwas, das sie kritisiert. Obwohl sowohl die *AfD* als auch die *SVP* eine Lösung für das Migrationsproblem in ihrem Land anbietet, kritisiert die *AfD* mehrmals einen Entscheid oder Antrag, ohne gleichzeitig eine Lösung zu unterbreiten. Ein Beispiel findet sich in der Kritik der Rente durch die *AfD*, wobei sie aber selbst kein Rentenkonzept vorschlägt.<sup>133</sup> Währenddessen schlägt die *SVP* immer eine Lösung für das

genannte Problem vor, sei es in Form der Digitalisierung der Kommunikationswege bei Sans-Papiers<sup>134</sup>, oder dem angeblichen Missbrauch der Seerettung.<sup>135</sup>

## 7. SCHLUSSFOLGERUNG

Die vorliegende Arbeit ging der Frage nach: Weisen die sprachlichen Mittel von Rechtspopulisten in Deutschland und der Schweiz Ähnlichkeiten in Bezug auf das Thema Migration auf? Für die Beantwortung wurde eine qualitative Studie mithilfe einer Quellenanalyse durchgeführt.

Die Ergebnisse zeigen, dass rechtspopulistische Politiker und Politikerinnen Deutschlands und der Schweiz rhetorischen Mittel nicht spontan einsetzen, sondern ein klares Ziel verfolgen, nämlich die Bevölkerung davon zu überzeugen, wie schlecht die anderen Parteien sind und dass sie die einzige richtige Alternative sind. Dabei bestehen nicht nur Ähnlichkeiten bei der Form der verschiedenen sprachlichen Mittel, sondern ebenfalls bei deren Inhalt. Mit allen wird eine Kritik an der aktuellen Lage der Migration des Landes getätigt. Wobei Politiker und Politikerinnen in beiden Ländern vor allem das Ausmass der Migration in das jeweilige Land mithilfe der rhetorischen Mittel veranschaulichen wollen.

Hinzu kommt noch die Kritik an den anderen Parteien und deren Politik, die mithilfe der Stilmittel geäussert wird. Durch die rhetorische Frage und der gleichzeitige Sarkasmus, der sich in ihnen wiederfindet, kritisieren sie und spotten sie über die anderen Parteien. Dabei tragen die regierende Partei oder Parteien den rechtspopulistischen Politikern zufolge meist die gesamte Schuld an der aktuellen Lage und ernten folglich die meiste Kritik.

Ich ziehe selber persönliche Schlüsse aus dieser Arbeit. Auch wenn bei einer Aussage der vermeintliche Sinn offensichtlich erscheint, ist dies meist nicht der Fall und man muss die Bemerkung vertieft analysieren, um den eigentlichen Sinn der Aussage zu erkennen. Dazu gehören vermehrt Anspielungen auf ein spezifisches Ereignis oder auch auf die Politik der

jeweiligen politischen Gegner. Dabei wurde mir ebenfalls bewusst, dass, obwohl sie geschickt mit diesen Stilmitteln umgehen, ihre Aussagen meist die gleichen sind und das oft die gleiche Idee, einfach mit anderen Worten wiederholt wird.

Es ergibt sich folglich, dass rechtspopulistische Parteien, Politiker und Politikerinnen in Deutschland und der Schweiz nicht nur die Ideen, sondern auch die Form, den Inhalt und die Verwendung der sprachlichen Mittel teilen. Weiterhin könnte diese Analyse auch auf einen Vergleich der sprachlicher Mittel von Rechtspopulisten europaweit ausgebreitet werden.

## 8. LITERATURVERZEICHNIS

- Bachelor Print*. (12. März 2019). Abgerufen am Dezember 2022 von Überblick sprachlicher Mittel: <https://www.bachelorprint.de/wissenschaftliches-schreiben/sprachliche-mittel/>
- Baumann, B. (13. Oktober 2022). *DIP Dokumentations- und Informationssystem für Parlamentsmaterialien*. Abgerufen am April 2023 von Migrationspolitischer Sonderweg in Europa sofort beenden: <https://dip.bundestag.de/aktivitaet/dr-bernd-baumann-mdb-afd/1614976?term=migration%20afd&f.wahlperiode=20&f.metatyp=Reden%2C%20Wortmeldungen%20im%20Plenum&rows=25&pos=2>
- Baumann, B. (2. März 2023). *DIP Dokumentations- und Informationssystem für Parlamentsmaterialien*. Abgerufen am 2023 April von Migrationspolitischer Sonderweg in Europa sofort beenden: <https://dip.bundestag.de/aktivitaet/dr-bernd-baumann-mdb-afd/1630699?term=migration%20afd&f.wahlperiode=20&f.metatyp=Reden%2C%20Wortmeldungen%20im%20Plenum&rows=25&pos=1>
- Bircher, M. (21. September 2022). *Amtliches Bulletin*. Abgerufen am April 2023 von Ausserordentliche Sitzung Versorgungssicherheit: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/amtliches-bulletin/amtliches-bulletin-die-verhandlungen?SubjectId=58215>
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. (14. November 2019). *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge*. Abgerufen am 2023 Mai von Humanitäres Aufnahmeverfahren: <https://www.bamf.de/DE/Themen/AsylFluechtlingsschutz/ResettlementRelocation/HumanitaereAufnahme/humanaere-aufnahme-node.html#:~:text=Ein%20Humanitaeres%20Aufnahmeverfahren%20dient%20in,oder%20Gruppe%20m%C3%B6glich%20zu%20machen.>
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. (2021). *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge*. Abgerufen am Mai 2023 von Migrationsbericht der Bundesregierung: [https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Migrationsberichte/migrationsbericht-2021.pdf;jsessionid=9787B61A25427F4E1E4F24FE550CFBF8.intranet231?\\_\\_blob=publicationFile&v=14](https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Migrationsberichte/migrationsbericht-2021.pdf;jsessionid=9787B61A25427F4E1E4F24FE550CFBF8.intranet231?__blob=publicationFile&v=14)
- Bundesamt für Verfassungsschutz. (kein Datum). *Bundesamt für Verfassungsschutz*. Abgerufen am 2023 Mai von Großer Austausch: <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/glosaareintraege/DE/G/grosser-austausch.html>

Bundeszentrale für politische Bildung. (25. Januar 2017). Abgerufen am Dezember 2022 von Rechtspopulismus: <https://www.bpb.de/themen/parteien/rechtspopulismus/>

Bundeszentrale für politische Bildung. (kein Datum). *Bundeszentrale für politische Bildung*. Abgerufen am Mai 2023 von Bildungsmigration: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/glossar-migration-integration/270353/bildungsmigration/>

Curio, G. (11. November 2021). *DIP Dokumentations- und Informationssystem für Parlamentsmaterialien*. Abgerufen am April 2023 von Solidarität mit den europäischen Partnern - Unterstützung für die Maßnahmen Polens, Ungarns und anderer europäischer Staaten zur Abwehr destabilisierender Migrationsbewegungen: <https://dserver.bundestag.de/btp/20/20002.pdf#P.62>

Curio, G. (17. Februar 2022). *DIP Dokumentations- und Informationssystem für Parlamentsmaterialien*. Abgerufen am April 2023 von Solidarität mit den europäischen Partnern - Unterstützung für die Maßnahmen Polens, Ungarns und anderer europäischer Staaten zur Abwehr destabilisierender Migrationsbewegungen: <https://dip.bundestag.de/aktivitaet/dr-gottfried-curio-mdb-afd/1587704?term=migration%20afd&f.wahlperiode=20&f.metatyp=Reden%2C%20Wortmeldungen%20im%20Plenum&rows=25&pos=7>

de Courten, T. (16. März 2023). *Amtliches Bulletin*. Abgerufen am April 2023 von Motion Fraktion der Schweizerischen Volkspartei. Massnahmen gegen die illegale Migration (3/9). Behördliche Meldepflicht ausbauen: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/amtliches-bulletin/amtliches-bulletin-die-verhandlungen?SubjectId=60211#votum1>

Decker, F. (2. Dezember 2022). *Bundeszentrale für politische Bildung*. Abgerufen am Mai 2023 von Die Programmatik der AfD: <https://www.bpb.de/themen/parteien/parteien-in-deutschland/afd/273132/die-programmatik-der-afd/>

Decker, F. (2. Dezember 2022). *Bundeszentrale für politische Bildung*. Abgerufen am April 2023 von Etappen der Parteigeschichte der AfD: <https://www.bpb.de/themen/parteien/parteien-in-deutschland/afd/273130/etappen-der-parteigeschichte-der-afd/#node-content-title-0>

Der Bundesrat. Das Portal der Schweizer Regierung. (11. März 2022). *Der Bundesrat. Das Portal der Schweizer Regierung*. Abgerufen am Mai 2023 von Ukraine: Bundesrat aktiviert Schutzstatus S für Menschen aus der Ukraine: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-87556.html>

Der Spiegel. (4. Februar 2022). *Der Spiegel*. Abgerufen am Mai 2023 von Griechenland will letzte Schulden beim IWF tilgen: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/griechenland-will-letzte-schulden-beim-iwf-tilgen-a-ce01abb5-77b9-41c5-bc81-c43c80b76544>

Deutsche Welle. (09. September 2022). *Deutsche Welle*. Abgerufen am April 2023 von CDU bekommt eine Frauenquote: <https://www.dw.com/de/cdu-bekommt-eine-frauenquote/a-63075390>

Die Versicherer. (kein Datum). *Die Versicherer*. Abgerufen am Mai 2023 von Hausratsversicherung: <https://www.dieversicherer.de/versicherer/versicherungen/hausratversicherung#:~:text=Was%20ist%20die%20Hausratversicherung%3F,nach%20einem%20Schaden%20zu%20ersetzen.>

DUDEN. (kein Datum). *DUDEN*. Abgerufen am April 2023 von Sarkasmus, der: <https://www.duden.de/rechtschreibung/Sarkasmus>

- DUDEN. (kein Datum). *DUDEN*. Abgerufen am April 2023 von Ironie, die: <https://www.duden.de/rechtschreibung/Ironie>
- DUDEN Learnattack. (kein Datum). *DUDEN Learnattack*. Abgerufen am April 2023 von Ironie: <https://learnattack.de/schuelerlexikon/latein/ironie>
- Gatrell, P. (24. Juni 2016). *Bundeszentrale für politische Bildung*. Abgerufen am Mai 2023 von 65 Jahre Genfer Flüchtlingskonvention: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/229819/65-jahre-genfer-fluechtlingskonvention/>
- Gauland, A. (8. November 2018). *DIP Dokumentations- und Informationssystem für Parlamentsmaterialien*. Abgerufen am Mai 2023 von Kein Beitritt zum Global Compact for Migration durch die Bundesrepublik Deutschland: <https://dserver.bundestag.de/btp/19/19061.pdf#P.6806>
- Glarner, A. (31. Dezember 2021). *Schweizerzeit*. Abgerufen am Mai 2023 von Jetzt endlich handeln!: <https://schweizerzeit.ch/jetzt-endlich-handeln/>
- Glarner, A. (21. September 2022). *Amtliches Bulletin*. Abgerufen am April 2023 von Ausserordentliche Sitzung Versorgungssicherheit: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/amtliches-bulletin/amtliches-bulletin-die-verhandlungen?SubjectId=58215#votum3>
- Glarner, A. (28. April 2023). *Schweizerzeit*. Abgerufen am Mai 2023 von Jetzt braucht es Nägel mit Köpfen – Invasion jetzt stoppen!: <https://schweizerzeit.ch/jetzt-braucht-es-naegel-mit-koepfen-invasion-jetzt-stoppen/>
- Hanewinkle, V. (11. September 2017). *Bundeszentrale für politische Bildung*. Abgerufen am Mai 2023 von Wie stehen die deutschen Parteien zu den Themen Migration, Integration, Flucht und Asyl?: <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/laenderprofile/deutschland/255670/wie-stehen-die-deutschen-parteien-zu-den-themen-migration-integration-flucht-und-asy/#node-content-title-5>
- Hartleb, F. (9. Mai 2011). *Konrad Adenauer Stiftung*. Abgerufen am Dezember 2022 von Nach ihrer Etablierung - Rechtspopulistische Parteien in Europa: [https://www.kas.de/documents/252038/253252/7\\_dokument\\_dok\\_pdf\\_22741\\_1.pdf/56cf7dee-2d95-1894-2771-968c61edebe?version=1.0&t=1539659761174](https://www.kas.de/documents/252038/253252/7_dokument_dok_pdf_22741_1.pdf/56cf7dee-2d95-1894-2771-968c61edebe?version=1.0&t=1539659761174)
- Hess, M. (3. Juli 2020). *DIP Dokumentations- und Informationssystem für Parlamentsmaterialien*. Abgerufen am Mai 2023 von Lehren aus den Gewaltsexzessen in Stuttgart ziehen - Für eine Wende in der Migrations- und Sicherheitspolitik: <https://dserver.bundestag.de/btp/19/19171.pdf#P.21499>
- Kempin, R. (17. Juli 2022). *Bundeszentrale für politische Bildung*. Abgerufen am Dezember 2022 von Rassemblement National: <https://www.bpb.de/themen/parteien/rechtspopulismus/245672/rassemblement-national/>
- Matter, T. (16. März 2023). *Amtliches Bulletin*. Abgerufen am Mai 2023 von Motion Fraktion der Schweizerischen Volkspartei. Massnahmen gegen die illegale Migration (8/9). Datenaustausch bei illegalen Migranten systematisieren: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/amtliches-bulletin/amtliches-bulletin-die-verhandlungen?SubjectId=60215>
- Metzler, J. (1990). *Metzler Literatur Lexikon*. (I. Schweikle, & G. Schweikle, Hrsg.) Stuttgart, Baden-Württemberg, Deutschland : J.B. Metzlersche Verlagsbuchhandlung Stuttgart.

- Migrationsdatenportal. (kein Datum). *Migrationsdatenportal*. Abgerufen am Mai 2023 von Globalen Pakt für Migration: <https://www.migrationdataportal.org/de/global-compact-for-migration>
- Niedermann, M. (4. Februar 2023). *SRF*. Abgerufen am Mai 2023 von Grenze zu Italien wird zum Flüchtlingshotspot: <https://www.srf.ch/news/schweiz/mehr-illegale-grenzuebertritte-grenze-zu-italien-wird-zum-fluechtlingshotspot>
- Parteienkompass. (kein Datum). *Parteienkompass*. Abgerufen am Mai 2023 von Schweizerische Volkspartei: <https://parteienkompass.ch/de/parteien/portrait/svp?activeTabIndex=0&showOrganizationSmartspider=false&showVoterSmartspider=false>
- Pinto, C. (9. April 2023). *Tages-Anzeiger*. Abgerufen am Mai 2023 von Ukrainerinnen kehren vermehrt in ihre Heimat zurück: <https://www.tagesanzeiger.ch/ukraener-kehren-vermehrt-in-ihre-heimat-zurueck-321505123539>
- Schneider, G., & Toyka-Seid, C. (kein Datum). *Bundeszentrale für politische Bildung*. Abgerufen am Mai 2023 von EU: Europäische Union: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/das-junge-politik-lexikon/320152/eu-europaeische-union/>
- Schwander, P. (12. Dezember 2022). *Amtliches bulletin*. Abgerufen am April 2023 von Parlamentarische Initiative Fraktion der Schweizerischen Volkspartei. Massnahmen gegen die illegale Migration (4/9). Wesentliche Vertragsabschlüsse nur nach Vorliegen einer Wohnsitzbestätigung der Gemeinde: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/amtliches-bulletin/amtliches-bulletin-die-verhandlungen?SubjectId=59239#votum3>
- Schweizerzeit. (kein Datum). *Schweizerzeit*. Abgerufen am Mai 2023 von Kurzportrait der Schweizerzeit: <https://schweizerzeit.ch/kurzportrait-der-schweizerzeit/>
- Sichert, M. (14. März 2019). *DIP Dokumentations- und Informationssystem für Parlamentsmaterialien*. Abgerufen am Mai 2023 von Mit dem Globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration die internationale Zusammenarbeit in der Migrationspolitik stärken und Migration besser regeln und steuern: <https://dserver.bundestag.de/btp/19/19068.pdf#P.7748>
- Speck, A. (8. Oktober 2018). *Nürnberger Menschenrechtszentrum*. Abgerufen am Dezember 2022 von Rechtspopulismus - eine Begriffserklärung: <https://www.menschenrechte.org/de/2018/10/08/rechtspopulismus-eine-begriffserklaerung/>
- Staatssekretariat für Migration SEM. (31. März 2023). *Staatssekretariat für Migration SEM*. Abgerufen am Mai 2023 von Fragen und Antworten zu Ukraine Krise: <https://www.sem.admin.ch/sem/de/home/sem/aktuell/ukraine-krieg.html>
- Staatssekretariat für Wirtschaft SECO. (12. Februar 2020). *Staatssekretariat für Wirtschaft SECO*. Abgerufen am Mai 2023 von Europäischer Wirtschaftsraum (EWR): [https://www.seco.admin.ch/seco/de/home/Aussenwirtschaftspolitik\\_Wirtschaftliche\\_Zusammenarbeit/internationale\\_organisationen/efta/EWR.html#:~:text=Der%20Beitritt%20der%20Schweiz%20zum,Island%20und%20Liechtenstein%20\(die%20sog.](https://www.seco.admin.ch/seco/de/home/Aussenwirtschaftspolitik_Wirtschaftliche_Zusammenarbeit/internationale_organisationen/efta/EWR.html#:~:text=Der%20Beitritt%20der%20Schweiz%20zum,Island%20und%20Liechtenstein%20(die%20sog.)
- statista. (12. Februar 2023). *statista*. Abgerufen am Mai 2023 von Ständige Wohnbevölkerung der Schweiz von 2005 bis 2021: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/19317/umfrage/gesamtbevoelkerung-in-der-schweiz/>

Statistisches Bundesamt. (27. April 2023). *Statistisches Bundesamt*. Abgerufen am Mai 2023 von Erwerbsmigration im Jahr 2022 stark gestiegen: [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/04/PD23\\_165\\_125.html#:~:text=Als%20Erwerbsmigrantinnen%20und%20Erwerbsmigranten%20z%C3%A4hlen,21%20des%20Aufenthaltsgesetzes%20registriert%20sind.](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/04/PD23_165_125.html#:~:text=Als%20Erwerbsmigrantinnen%20und%20Erwerbsmigranten%20z%C3%A4hlen,21%20des%20Aufenthaltsgesetzes%20registriert%20sind.)

Statistisches Bundesamt. (kein Datum). *Statistisches Bundesamt*. Abgerufen am April 2023 von Bruttoinlandsprodukt (BIP): <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsprodukt/Methoden/bip.html>

SVP. (31. August 2019). *SVP*. Abgerufen am Mai 2023 von Wahlversprechen: <https://www.svp.ch/partei/positionen/wahlversprechen/>

Wittau, F. (2016). *Politische Rede*. Abgerufen am 2022 Januar von sowi-online.com: [https://www.sowi-online.de/praxis/methode/politische\\_rede.html](https://www.sowi-online.de/praxis/methode/politische_rede.html)

## 9. ANHANG

### 9.1 BERND BAUMANN, AfD «MIGRATIONSPOLITISCHER SONDERWEG IN EUROPA SOFORT BEENDEN»<sup>136</sup>

Deutscher Bundestag – 20. Wahlperiode – 88. Sitzung, Berlin, Donnerstag, den 2. März 2023

10463

**Schahina Gambir**

- (A) Diese vage Theorie, dass Anreize, sogenannte Pull-Faktoren, Menschen zur Flucht verleiten, geistert seit Jahrzehnten durch den migrationspolitischen Diskurs. Diese erdachte Theorie gilt in der Migrationsforschung als längst überholt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP und der LINKEN – Dr. Bernd Baumann [AfD]: Das ist doch Unsinn! – Thorsten Frei [CDU/CSU]: So ein Quatsch!)

Das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung sagt, dass die Realität viel komplexer ist, als diese Modelle von Push- und Pull-Faktoren es zulassen.

(Lamy Kaddor [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: „Komplex“ ist ein Fremdwort für die CDU/CSU!)

Doch Komplexität passt nicht in das politische Konzept der Union.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wenn wir dafür sorgen, dass Flüchtlinge hier angemessen und würdevoll untergebracht und versorgt sind, dann heißt das nichts anderes, als dass wir die Würde der Menschen respektieren.

(Abg. Alexander Hoffmann [CDU/CSU] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

- (B) Kollegin Gambir.

**Schahina Gambir** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist eben kein Anreiz für Menschen in der Ukraine, in Syrien oder Afghanistan, nach Deutschland zu fliehen. – Ich komme zum Ende.

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Nein, Sie müssen nicht zum Ende kommen. Ich habe gerade die Uhr angehalten mit der Frage, ob Sie eine Frage oder Bemerkung aus der Unionsfraktion zulassen.

**Schahina Gambir** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, danke.

(Andrea Lindholz [CDU/CSU]: Ja, natürlich nicht! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Ich hoffe sehr, dass Sie in der Union sich einmal ernsthaft mit der aktuellen Forschung in dem Bereich auseinandersetzen. Das würde uns nicht nur eine niveaувollere Debatte ermöglichen, frei von rassistischen Ressentiments, sondern Betroffenen helfen, die unter Ihrer Diffamierung leiden müssen.

Vielen Dank.

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Bernd Baumann für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

**Dr. Bernd Baumann** (AfD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Dramatische Szenen diese Woche in Berlin: Über 100 alte Menschen verlieren plötzlich ihre Wohnungen. Die Kirche – ausgerechnet die Kirche – lässt ein Seniorenstift räumen. Die Presse meldet, es flossen Tränen. Die Alten waren völlig überrascht. Reporter beobachteten, einige Bewohner hingen noch an ihren Atemgeräten, und Möbel landeten auf dem Müll. Grund für den Rauswurf: Die Kirche will Platz schaffen für Migranten. Meine Damen und Herren, das ist ein neuer Tiefpunkt an Menschenverachtung in Deutschland. Das kann so nicht gehen!

(Beifall bei der AfD sowie des Abg. Matthias Helferich [fraktionslos] – Lamy Kaddor [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo soll das gewesen sein? Wo?)

Die kirchlichen Träger des Seniorenheimes – auch das wurde deutlich – verdienen heute durch Vermietung an Migranten mehr Geld.

(Clara Bünger [DIE LINKE]: Sie interessieren sich überhaupt nicht für diese Menschen! Die sind Ihnen scheißegal!)

Wie kann das sein? Die Antwort lautet: Unser Staat gibt für Migranten mehr Geld aus als für unsere eigenen Senioren.

(Takis Mehmet Ali [SPD]: Das ist doch Bullshit! – Weiterer Zuruf von der SPD: Wie kann man so viel Unsinn labern?)

Diese Regenbogenregierung zieht damit Migranten all jenen Menschen vor, die durch harte Arbeit unseren Wohlstand erst geschaffen haben.

(Beifall bei der AfD sowie des Abg. Matthias Helferich [fraktionslos])

Wie undankbar, wie ungerecht, wie unmenschlich! Unsere Senioren haben weit Besseres verdient, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD sowie des Abg. Matthias Helferich [fraktionslos] – Takis Mehmet Ali [SPD]: Aber nicht Sie!)

Denn das Ganze ist ja kein Einzelfall. Kurz zuvor wurden in Lörrach Mieter aus ihren Wohnungen geworfen, ebenfalls um Platz zu schaffen für Migranten. In Lörrach traf es sozial Schwache, und die SPD hat das auch noch unterstützt.

(Dr. Johannes Fechner [SPD]: Quatsch! Blödsinn!)

Es wird wohl bald weitere Fälle geben aufgrund der

(C)

(D)

**Dr. Bernd Baumann**

- (A) Insgesamt wuchs die Bevölkerung in Deutschland seit 2015 um fast 4 Millionen Einwohner.

(Clara Bünger [DIE LINKE]: Ihre Hetze spaltet das Land!)

4 Millionen, das sind so viele wie die Einwohner von ganz Frankfurt plus Köln plus München plus Dresden. Die allermeisten Migranten kamen aus Orient und Afrika.

(Lamy Kaddor [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Orient? Was soll denn der Orient sein, Herr Baumann? Was ist denn der Orient?)

Von da strömen auch jetzt noch jeden Monat 30 000 völlig unkontrolliert hier zu uns. Allein für diese müsste jeden Monat eine neue mittelgroße Stadt aus dem Boden gestampft werden. Deshalb fehlt es an Wohnungen, an Schulen, an Krankenhäusern.

(Beifall bei der AfD sowie des Abg. Matthias Helferich [fraktionslos] – Lamy Kaddor [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Orient! – Bruno Hönel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ihnen fehlt es vor allem an Verstand, Herr Baumann!)

Es fehlt an allem. Unsere Kommunen schreien auf, der Städte- und Gemeindebund schreit auf; aber niemand hört auf sie. Diese Politik ist irrsinnig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD sowie des Abg. Matthias Helferich [fraktionslos])

- (B) Und die Bundesregierung geht ja sogar noch weiter: Statt den gigantischen Migrationsdruck durch eine kluge Politik einzudämmen, macht sie das Gegenteil: Vergangene Woche flogen gleich zwei Bundesminister – Hubertus Heil und Svenja Schulze – mit großem Presseaufgebot nach Ghana.

(Zuruf von der SPD: Das ist ihr Job! – Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann [FDP]: Nur kein Neid! – Clara Bünger [DIE LINKE]: Herr Brandner war ja auch gerade in Ghana, ne?)

Sie werben vor Ort – man kann es ja kaum glauben – aktiv um noch mehr Einwanderung aus Schwarzafrika nach Deutschland.

(Lamy Kaddor [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer soll Sie denn später mal pflegen, Herr Baumann? Wer soll das machen? Wer soll Ihnen das Essen servieren im Restaurant? Wer soll das alles machen? Sie wollen es ja nicht tun!)

In der offiziellen Presseerklärung der beiden Minister heißt es wörtlich, Menschen, die aus Ghana auswandern wollen, sollen auf legalen Wegen nach Deutschland kommen. Auf diese Weise – so wörtlich in der Presseerklärung der Minister – soll die demografische Lücke in Deutschland geschlossen werden und auch der Fachkräftemangel mithilfe Schwarzafrikas behoben werden. – Und alle TV-Sender vor Ort melden das bis ins letzte Dorf.

(Filiz Polat [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Unqualifiziert!)

Meine Damen und Herren, schon als die CDU regierte, war die Migrationspolitik eine Katastrophe. Jetzt wird sie vollends absurd. Sie wird apokalyptisch, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD sowie des Abg. Matthias Helferich [fraktionslos])

Nicht ohne Grund haben die Deutschen Angst vor solcher Politik. Sie sind mit großer Mehrheit dagegen. Und das hat jetzt auch die CDU verstanden.

(Lamy Kaddor [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Haben Sie Ihre eigene Studie gelesen, oder wie haben Sie das erfahren?)

Jetzt will die CDU von dieser Stimmung profitieren. Sie legt heute einen Antrag vor, um Einwanderung zu begrenzen. Sie hat dafür bis in Details abgeschrieben von der AfD.

(Filiz Polat [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie hat dafür die Zustimmung von Ihnen!)

Hören Sie sich das an: Die CDU will jetzt auf einmal eine Abschiebeoffensive.

(Takis Mehmet Ali [SPD]: Und bei Ihnen fangen wir gerade an!)

Sie will effektive Grenzkontrollen. Sie will die illegale Migration begrenzen. All das fordern wir von der AfD seit Jahren. Und was tat die CDU? Sie lehnte alle unsere Anträge ab.

(Lamy Kaddor [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Richtig so!)

Jetzt übernimmt sie sie komplett, bis in Details unserer Forderungen – bis in Details! Das ist schon eine große Frechheit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD sowie der Abg. Joana Cotar [fraktionslos] und Matthias Helferich [fraktionslos])

Sie von der CDU waren ja die ganze Zeit an der Regierung. Da haben Sie 16 Jahre lang genau das Gegenteil von dem gemacht, was Sie jetzt fordern. Sie haben Millionen aus Orient und Afrika unkontrolliert hereingelassen.

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oah! – Filiz Polat [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Unverschämt! – Clara Bünger [DIE LINKE]: Was ist denn „Orient“?)

Das war das Ergebnis. Und Sie haben damit unzähligen Deutschen ihr Heimatgefühl genommen – in Berlin-Neukölln, in Duisburg, in Mannheim, in Dortmund, in Bochum, in Essen,

(Lamy Kaddor [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Alles schöne Städte!)

und ich könnte noch weitermachen. Heute tun Sie so, als stünden Sie auf deren Seite. Nein, Sie stehen nicht auf deren Seite! Sie haben diese Leute verraten, jahrelang verraten, und das wissen die auch.

(Beifall bei der AfD sowie des Abg. Matthias Helferich [fraktionslos])

(C)

(D)

**Dr. Bernd Baumann**

- (A) Schlimmer noch: Unsere identischen Forderungen nach Grenzkontrollen, nach Abschiebungen, nach Begrenzung der Migration haben Sie jahrelang verteufelt.

(Zuruf der Abg. Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann [FDP])

Sie haben sie als ausländerfeindlich, als rassistisch, als rechtsradikal gebrandmarkt, und nun fordern Sie all das selber. Was für eine Heuchelei, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der AfD sowie des Abg. Matthias Helferich [fraktionslos])

Das zeigt doch, wie niederträchtig Sie vorgehen – bis zur Instrumentalisierung des Verfassungsschutzes, meine Damen und Herren; das geht genau in die gleiche Richtung.

Es ist ja so durchschaubar: Vor Wahlen blinkt die CDU immer rechts

(Lamy Kaddor [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau, und Sie gehen immer darauf ein, Herr Baumann!)

und tut dann genau das Gegenteil, wie kürzlich bei der Landtagswahl in Berlin.

Ganz Deutschland war da noch geschockt von den Silvesterkrawallen. Alle hatten noch die brutalen Fernsehbilder im Kopf. Ein größtenteils aus Migranten bestehender Mob

- (B) (Lamy Kaddor [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aus Orient und Afrika, Herr Baumann, oder woher kamen die eigentlich?)

lockt Polizisten, Feuerwehrleute und Sanitäter in Hinterhalte, greift sie mit Raketen an.

Die Berliner CDU witterte im Wahlkampf sofort ihre Chance. Öffentlich forderte sie den Senat auf, die Vornamen aller Täter zu benennen,

(Lamy Kaddor [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ganz nach Ihrem Gusto, Herr Baumann!)

damit deutlich werden sollte: Die Täter heißen eben nicht „Andreas“ oder „Karl-Heinz“, sondern vorwiegend „Ali“ und „Mustafa“.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das stimmt gar nicht! – Weiterer Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das stimmt nicht! – Lamy Kaddor [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielleicht hießen die auch „Bernd“, Herr Baumann!)

Mit solchen Aktionen erschleicht sich die CDU das Vertrauen der Wähler.

(Beifall bei der AfD sowie des Abg. Matthias Helferich [fraktionslos] – Thorsten Frei [CDU/CSU]: Mein Gott, sind Sie verzweifelt!)

Über 10 Prozent legte die CDU am Wahlabend zu.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das hätten Sie auch gerne!)

Und dann auf höchster Ebene, hier im Innenausschuss des Bundestages, wollte die CDU plötzlich nichts mehr davon wissen. Sie distanzierte sich von den Berliner Wahlkampfstrategen. Das zeigt doch, wie heuchlerisch, wie unehrlich, wie charakterlos die CDU mittlerweile ist. Ihr ist das Land egal, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD sowie des Abg. Matthias Helferich [fraktionslos] – Sebastian Hartmann [SPD]: Also, das geht zu weit!)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Herr Dr. Baumann, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Dr. Bernd Baumann (AfD):**

Ich komme zum Ende. – Was Deutschland stattdessen braucht, ist aber genau dies: Deutschland braucht mehr Ehrlichkeit,

(Helge Lindh [SPD]: Das sagt der Richtige!)

mehr Verlässlichkeit, mehr Charakter – mehr AfD, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD sowie der Abg. Robert Farle [fraktionslos] und Matthias Helferich [fraktionslos] – Lachen bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der FDP und der LINKEN – Zuruf von der SPD: Karneval ist doch vorbei! – Jan Korte [DIE LINKE]: Solide Faschorede, ja!)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Das Wort hat der Kollege Stephan Thomae für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Stephan Thomae (FDP):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Der Antrag der Union, den wir heute beraten, stammt von Oktober 2022, und das merkt man ihm logischerweise an vielen Stellen auch an. Denn in der Zwischenzeit hat sich manches getan im Bereich der Migrationspolitik.

(Alexander Throm [CDU/CSU]: Eben nicht!)

Der Sonderweg, den Sie hier beklagen, ist der der Regierung Merkel, den wir mit unserem Paradigmenwechsel beenden werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Lachen bei der CDU/CSU – Thorsten Frei [CDU/CSU]: Das ist ein Witz!)

Gerade jetzt im Februar 2023 haben sich einige Dinge geändert. Ich nenne zum Beispiel den EU-Migrationsgipfel am 9. und 10. Februar, bei dem auch Änderungen beim Außengrenzschutz beschlossen worden sind,

(Andrea Lindholz [CDU/CSU]: Dann setzen Sie die mal um!)

## 9.2 BERND BAUMANN, AfD «MIGRATIONSPOLITISCHER SONDERWEG IN EUROPA SOFORT BEENDEN»<sup>137</sup>

Deutscher Bundestag – 20. Wahlperiode – 60. Sitzung. Berlin, Donnerstag, den 13. Oktober 2022

6657

**Hakan Demir**

- (A) abgeschoben werden, in ein Land, das gerade mit extremer Gewalt gegen Menschen vorgeht, die für Freiheit und die Rechte von Frauen eintreten. Nur durch großen öffentlichen Druck wurde diese Abschiebung ausgesetzt.

Für Sie ist vielleicht ein Geduldeter, der in Passau eine Ausbildung beginnen möchte, ein Beleg für einen Pull-Faktor. Für uns ist diese Person eine Zukunft und ein Mehrwert für unseren Arbeitsmarkt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der  
FDP)

Deutschland hat ein Versprechen abgegeben – in Form unseres Grundgesetzes, in Form von internationalen Verträgen, in Form unseres Asylrechts. Wenn wir davon abrücken, verliert unser ganzes Land an Glaubwürdigkeit. Wer sollte uns dann noch glauben? Auch deshalb ist es klar für uns: Wir werden nicht vom Recht abtrüben, wir werden nicht aufgeben, wir werden dort weitermachen.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der  
FDP)

**Präsidentin Bärbel Bas:**

Nächster Redner: für die AfD-Fraktion Dr. Bernd Baumann.

(Beifall bei der AfD)

(B)

**Dr. Bernd Baumann (AfD):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die CDU legt heute einen Antrag vor. Sie fordert die Regierung dringend auf, die neue Migrantenwelle zu stoppen. Es kämen zu viele Asylanten über Balkanroute und Mittelmeer, also aus dem Orient und Afrika. Die CDU verlangt zur Abwehr dieser Migranten allen Ernstes nationale Grenzkontrollen. Die CDU – nationale Grenzkontrollen? Sie waren doch jetzt 16 Jahre an der Macht und haben effektive Grenzkontrollen wie der Teufel das Weihwasser gescheut und alle unsere Anträge in dieser Sache zurückgewiesen.

(Beifall bei der AfD – Thorsten Frei [CDU/  
CSU]: Was ist mit Österreich?)

Dadurch haben Sie Millionen Menschen aus dem Orient und Afrika ermöglicht, unkontrolliert nach Deutschland zu kommen. Ihre weltfremde Willkommenskultur hat unsere Städte, unsere Dörfer, unsere ganze Heimat im Kern verändert.

(Beifall bei der AfD)

Erstens. Sie stellen sich heute hierhin und tun so, als hätten Sie mit all dem gar nichts zu tun, als seien Sie eine konservative Partei, eine, die unsere Heimat vor illegalen Migranten schützen will. Meine Damen und Herren, auf der nach oben offenen Heuchlerskala ist das ein neuer schmutziger Rekord.

(Beifall bei der AfD)

(C) Als Zweites stellen Sie sich heute hierhin und verlangend dringend Abschiebungen. Ich zitiere aus dem Antrag – man traut seinen Augen kaum –: Die CDU fordert, endlich die „angekündigte Rückführungsoffensive ... in die Tat umzusetzen“. „Was für eine Dreistigkeit!“, muss man schon sagen. 16 Jahre haben Sie als Regierung genau das Gegenteil gemacht. Sie haben 16 Jahre an den Hebeln der Macht verhindert, dass es zu nennenswerten Abschiebungen kam. Das waren Sie und niemand anders.

(Beifall bei der AfD)

Schlimmer noch: Vor jeder Wahl hatte Ihre CDU-Kanzlerin ausdrücklich versprochen, dass die Hunderttausenden abgelehnter Asylbewerber abgeschoben werden, wenn man nur die CDU wählt. Vor der Bundestagswahl 2017 sagte Merkel wörtlich: Das Wichtigste ist „Rückführung, Rückführung und nochmals Rückführung“. Ein anderes Mal versprach sie – ich zitiere – „eine nationale Kraftanstrengung zur Rückführung“. Und was geschah danach? Genau das Gegenteil. Sie haben immer weniger abgeschoben.

Wenn jemals in der abendländischen Geschichte seit der attischen Demokratie vor 2 400 Jahren eine Partei mit äußerster Niedertracht zu Werke gegangen ist, dann ist das diese CDU in Sachen Abschiebung, Grenzkontrolle und vernünftigen Migrationsmanagement sowie Millionen Einwanderer.

(Beifall bei der AfD)

(D) Aus dem heutigen CDU-Antrag zur Verschärfung der Migrationspolitik lernt man eine ganze Menge über die CDU und wie sie derzeit innerlich aufgestellt ist. Rhetorisch blinkt sie mit reichen Worthülsen oft rechts und konservativ, macht dann aber in Wirklichkeit das Gegenteil.

Das sieht man auch auf ganz anderen Themenfeldern, zum Beispiel auf ihrem letzten Parteitag. Da übernahm die CDU glatt den Kern des links-grünen Weltbildes: eine Frauenzwangsquote anstatt Gleichberechtigung.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

wie vernünftige, freiheitliche und konservative Politiker das fordern. Will die CDU jetzt Gleichstellung, also Zwangsquoten für Frauen in der gesamten Partei? Das machen sonst nur Linke und Grüne. Was kommt denn als Nächstes, Herr Merz?

(Beifall bei der AfD)

Migrantenquoten in der CDU, LGBT-Quoten und die Regenbogenflagge in jedem Dienstzimmer? Womit müssen wir denn rechnen?

Sie hatten doch eine programmatische Erneuerung unter dem angeblich konservativen Parteichef Merz angekündigt. Das Ganze ist doch eine Farce. Die Quittung dafür haben Sie gerade bei den Landtagswahlen in Niedersachsen kassiert: das schlechteste Ergebnis aller Zeiten. Kein Wunder, der Wähler ist doch nicht doof, der merkt das doch.

(Beifall bei der AfD)

Wie man Migrationspolitik mitten in Europa als Staat in Europa besser machen kann, zeigt ein Land wie Dänemark. Dort hat sogar eine sozialdemokratische Regierung

**Dr. Bernd Baumann**

- (A) kapiert, wie es geht. Asylverfahren müssen dort künftig vom Ausland aus betrieben werden. Der dänische Staat schließt dazu Abkommen mit Nachbarstaaten der Herkunftsländer. Die Schutzbedürftigkeit wird in rechtlich einwandfreien Verfahren geprüft. Zeigen sich echte Asylgründe, werden die Leute im heimatlichen Kulturkreis versorgt und sind dort sicher. Für das dänische Staatsgebiet selbst gilt offiziell das Ziel: null Asyl. Die Regierung schafft so echten Schutz für echte Flüchtlinge, also für Menschen, die keine 10 000 Dollar an Schleuser zahlen können, die sie nach Europa bringen. Und der dänische Sozialstaat bleibt den Armen, den Rentnern und bedürftigen Familien in Dänemark vorbehalten. Meine Damen und Herren, das ist eine für alle Seiten gute Lösung. Das sollten wir uns in Deutschland zum Vorbild nehmen.

(Beifall bei der AfD)

Die Dänen stehen für eine andere, für eine neue Politik. Sie haben begriffen, dass es auch kulturelle Gründe sind, wenn Integration in Europa kolossal scheitert – vor allem dann, wenn größere Zahlen von Einwanderern aus kulturell ganz andersartigen Regionen mit ganz fremden Frauenbildern, Menschenbildern und Vorstellungen vom gemeinsamen Zusammenleben kommen. Selbst ein Sozialdemokrat wie der dänische Integrationsminister bekennt das jetzt ganz offen. Er sieht: Überall in Europa eskaliert die Situation, und immer sind es die gleichen Herkunftsgruppen, die beteiligt sind,

(Zuruf des Abg. Ates Gürpınar [DIE LINKE])

- (B) wenn es im Nachbarland Schweden an allen Ecken brennt, weil migrantische Banden ganze Städte terrorisieren,

(Filiz Polat [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
Unverschämt!)

wenn in Frankreich sogenannte Banlieues brennen, weil ganze Generationen von Politikern aus dem linken und rechten Lager, obwohl sie mit allen Mitteln alles versucht haben, es nicht geschafft haben. Ähnlich geht es in Belgien zu, ähnlich in den Niederlanden, ähnlich in Großbritannien und eigentlich auch schon bei uns.

Eine Politik, die solch schmerzliche Erkenntnisse endlich aufnimmt und ohne Scheuklappen nach neuen, innovativen Lösungen sucht, ist modern.

(Julian Pahlke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mensch, Herr Baumann, das ist ja selbst für Ihre Verhältnisse eine grottige Rede! Echt!)

Die neue Politik in Dänemark und demnächst auch in Italien ist deshalb hochmodern.

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Migrationspolitik von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen ist es nicht. Sie atmet den alten linken, ideologischen Mief der 68er. Damit sind die heutigen Probleme nicht zu lösen. Ihre Zeit ist vorbei.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Ates Gürpınar [DIE LINKE])

Das zeigen auch die jüngsten Wahlsiege unserer Freunde überall in Europa: von Italien im Süden bis hin nach Schweden ganz hoch im Norden Europas. Das ist die Zukunft. So sieht moderne Politik aus. Dafür steht in Deutschland nur die AfD, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Bärbel Bas:**

Nächster Redner: für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Julian Pahlke.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

**Julian Pahlke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Demokratinnen und Demokraten! Was heute von der Union wieder zur Debatte gestellt wird, ist der grundsätzliche und unveräußerliche Schutz von Menschen auf der Flucht. Ich will meine vier Minuten dafür nutzen, um mit ein paar Ihrer alternativen Fakten aufzuräumen.

Zuerst das Ausspielen von Menschen auf der Flucht. Wenn Menschen fliehen, dann tun sie das aus Not, aus Verzweiflung. Niemand aber verlässt freiwillig seine Heimat und begibt sich auf eine lebensgefährliche Flucht. Diese Menschen haben erst einmal das Recht, einen Asylantrag zu stellen, ob in Deutschland oder anderswo in Europa. Das ist keine Utopie. Das ist – es wird Sie überraschen – europäisches Recht.

Sie aber spielen Geflüchtete gegeneinander aus. Sie unterteilen in gute und schlechte Geflüchtete, gerade so, wie es Ihnen passt. Das Recht auf einen Asylantrag kennt kein Gut und kein Schlecht.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Das Recht auf Asyl kennt nur das Individuum. Egal ob jemand vor den Bomben in der Ukraine oder den Bomben in Syrien flieht: Dieses Grundrecht ist ein zentrales Vermächtnis aus der Nazizeit.

Und der Begriff „Sozialtourismus“ ist zu Recht Unwort des Jahres 2013 geworden und wurde zuletzt von russischen Propagandamedien kommuniziert – und eben von Ihnen, Herr Merz, dem Parteivorsitzenden der größten Oppositionsfraktion.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Zuhören hilft!)

Wer bei uns Schutz sucht, ist kein Sozialtourist, sondern ein Mensch mit Ängsten auf der Suche nach Sicherheit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP und der Abg. Kathrin Vogler [DIE LINKE])

Zweitens. Es ist oft die Rede von der sogenannten „illegalen Einwanderung“. Wenn aber kaum legale Wege zur Flucht und Migration bereitgestellt werden, dann sind Menschen gezwungen, auf anderen Wegen Sicherheit zu suchen. Die häufigsten Asylanträge von denjenigen, die nach Ihrer Definition illegal eingereist

## 9.3 DR. GOTTFRIED CURIO, AfD «DIE EUROPÄISCHE ASYL- UND MIGRATIONSPOLITIK VORANBRINGEN»<sup>138</sup>

1184

Deutscher Bundestag – 20. Wahlperiode – 17. Sitzung, Berlin, Donnerstag, den 17. Februar 2022

**Hakan Demir**

(A) Einige Regierungen in der EU verweigern sich der Aufnahme von Geflüchteten komplett. An der polnisch-belarussischen Grenze, aber auch in Kroatien und im Mittelmeer, hören wir immer wieder von illegalen Pushbacks. Darauf kann man natürlich auf zwei Arten reagieren: Man kann sich freuen, dass die Staaten an der Außengrenze Geflüchtete zurückhalten, auch mit Pushbacks und unter unhaltbaren humanitären Zuständen. Oder man erkennt an, dass man vorangehen muss, um das Recht auf Asyl in Europa zu schützen, und das hat unsere Bundesministerin Nancy Faeser auch gemacht: eine menschenrechtsorientierte Politik. Wir gehen mit Frankreich da voran.

Alleine in Deutschland gibt es 294 Städte, die sich zu sicheren Häfen erklärt haben; sie würden sofort Menschen aufnehmen. Aus diesen Städten kommen auch die Kolleginnen und Kollegen der CDU/CSU-Fraktion. Wir alle wollen einheitliche Standards und Aufnahmebedingungen in der Europäischen Union, hohe und menschliche Standards natürlich. Aber die Realität sieht anders aus. Zurzeit können wir aufgrund von Rückführungsverboten keine Menschen nach Italien und Griechenland zurückschicken. Das wäre rechtswidrig, wie auch der EuGH und Verwaltungsgerichte aus mehreren Bundesländern festgestellt haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen keine abgeschotteten Internierungslager. Wir wollen keine Pushbacks. Wir wollen gemeinsame europäische Standards, aber wir erkennen auch die Realität an und gehen in der Zwischenzeit voran. Was sollen wir sonst machen?

(B) Ich will irgendwann wieder den stellvertretenden Bürgermeister Konrad Sikora treffen, ihm in die Augen schauen und sagen: Wir haben verstanden. Wir helfen. Wir sind da. – Das ist der Weg der Sozialdemokratie.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

**Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**

Der nächste Redner in der Debatte ist Dr. Gottfried Curio, AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

**Dr. Gottfried Curio (AfD):**

Sehr geehrte Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mehr Verdrängung von Schuld war nie. Die entmachtete Union fordert jetzt die Beseitigung der Missstände, die sie selbst verursacht hat: Effektiver Grenzschutz – Fehl-anzeige! Geltendes Recht – gebrochen; Dublin III.

Und was lesen wir nun? Wortreich beschreibt der Unionsantrag das Scheitern Ihrer Asylpolitik: Die EU-Außengrenze steht offen, Erstaufnahmeländer registrieren nur sporadisch, Rücküberstellung findet kaum statt. Wir lesen: „Dem vielfachen Missbrauch des Schutzsystems ist entgegenzuwirken.“ Na, da fällt der Union ja was auf. Kaum in der Opposition – ganz neue Einsichten!

(Beifall bei der AfD)

Sie hatten 16 Jahre Zeit, dem entgegenzuwirken. Asylmissbrauch und Überlastung Deutschlands sind auf Ihrem Mist gewachsen. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Die Union schreibt, dass die europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik nicht funktioniert. Bitte, das war die Unterdrückung geltenden Rechts, Dublin III, durch Ihre Kanzlerin, durch Sie gewollt oder geduldet. Niemand anders als diese Union hat die europäische Asylpolitik im Alleingang zerstört.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der LINKEN)

Aber die CDU kann nicht aus ihrer Haut. Sie schreibt: „Deutschland hat sich ... so humanitär und solidarisch gezeigt wie nur wenige Länder“. Man betont, dass die CDU-Regierung ganz viel getan hat – zulasten Deutschlands. Dass man die Asylpolitik von 2015 als vorbildlich darstellt, zeigt, dass man gar nichts gelernt hat: Immer noch die Moralseלבstbelobigungsnummer statt Politik für Deutschland, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Und man spielt Opposition: Faesers Koalition der Willigen, der aufnahmebereiten Staaten, eine alte Seehofer-Idee, nennt man jetzt „realitätsfremd“ und „gefährlich“. Und wenn jetzt ausgerechnet Sie empfehlen, deutsche Alleingänge, die den Migrationsdruck erhöhen, zu unterlassen, dann heißt das de facto: Wählen Sie auf keinen Fall die Union!

(Beifall bei der AfD)

Die Wahrheit ist: Sie haben das Narrativ befeuert, dass da vor allem Flüchtlinge kämen und nicht Wirtschaftsmigranten. Sie entlarven sich selbst. Forderung Nummer 1 – Steuerung, Ordnung, Begrenzung der irregulären Migration –, schon dieser schönfärbische Euphemismus „irregulär“ für „einfach illegal“ verrät Sie doch. Illegale Handlungen sind nicht weißzuwaschen und zu ordnen oder zu begrenzen, sondern zu beenden! (D)

(Beifall bei der AfD)

Und die Abwehr von Sekundärmigration kann nicht erst in der EU beginnen. Wer Schutz sucht, kann nicht erst durch zig sichere Drittstaaten ziehen, der muss beim Erstzutritt im sicheren Nachbarland den Antrag stellen. Alles andere ist Asyltourismus.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Aber ist die Merz-CDU nun anders? Was war denn bei Merkels Grenzöffnung 2015? Merz war dafür. Was war beim UN-Migrationspakt mit grenzenloser Migration als Grundprinzip? Merz ist dafür. Merkel kriegt zwar die CDU aus sich raus, aber die CDU nicht Merkel.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf von der CDU/CSU)

Es macht nicht den kritischen Unterschied, ob man nun über die Klippe hinausrast wie die Ampel oder das wie die Union mit angezogener Handbremse tut: Man zerschellt unten. Sie haben jetzt die Wahl: Mit der Ampel mit Volldampf in den Abgrund, Zerstörung Deutschlands bis 2025, mit der Union bis 2029, mit der AfD Rettung Deutschlands als Heimat und Staat. Die Alternative heißt

**Dr. Gottfried Curio**

- (A) nur noch: Verschwinden Deutschlands im Globalismus der forcierten Völkerwanderung oder Freiheit für eine souveräne deutsche Nation.

Wir wählen die Freiheit!

(Beifall bei der AfD)

**Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**

Ich erteile das Wort zu seiner ersten Rede hier im Deutschen Bundestag dem Kollegen Julian Pahlke, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
bei der SPD und der FDP)

**Julian Pahlke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Demokratinnen und Demokraten! Während wir heute hier im Parlament debattieren, warten auf dem Mittelmeer 247 aus Seenot gerettete Menschen auf einen sicheren Hafen. Nach monatelanger Flucht vor Bürgerkrieg und Verfolgung, Folter in den libyschen Gefängnissen und einer lebensgefährlichen Irrfahrt über das Mittelmeer hoffen sie in diesem Moment auf einen sicheren Hafen, ein sicheres Zuhause und ein Leben in Würde.

- (B) Ich war selbst als Seenotretter auf dem Mittelmeer, und ich habe mit eigenen Augen gesehen, was es bedeutet, wenn Menschen auf der Flucht nicht wissen, wo sie einen sicheren Ort finden. Für diese Menschen ist Europa das Versprechen auf Sicherheit und einen funktionierenden Rechtsstaat. Aber diese Sicherheit gerät täglich in Gefahr. Wenn Geflüchtete an Land gehen, werden sie oft in prekären Lagern untergebracht; Familien verbringen den Winter in Zelten. Nach den schrecklichen Erlebnissen auf der Flucht gibt es oft keinen Rückzugsraum, keine sanitären Anlagen, keinen Strom. Die Lager werden immer mehr zu Gefängnissen mit meterhohen Mauern und Stacheldraht.

Dem gegenüber steht die riesige Solidarität in unserer Gesellschaft und in vielen anderen EU-Staaten. Alleine in Deutschland haben sich Hunderte Kommunen zu sicheren Häfen erklärt und wollen Geflüchtete bei sich aufnehmen. Drei Bundesländer setzen sich schon heute mit eigenen Landesaufnahmeprogrammen dafür ein und wollen ein sicherer Ort für Geflüchtete werden. Genau deshalb ist diese Koalition der Solidarität so zentral; denn der Grundstein unserer liberalen Demokratie, unser Grundgesetz, und unsere europäischen Grundrechte geben uns genau diesen Auftrag, das Leben, die Würde und die universellen Rechte zu schützen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der SPD, der FDP und  
der LINKEN)

Und damit sind wir nicht alleine. In Deutschland und in ganz Europa stehen Städte bereit; von Marseille über Palermo oder Straßburg wollen die Städte endlich etwas tun. Wenn wir jetzt den ersten Schritt machen, ist die größte Hürde genommen. Andere EU-Staaten können sich schon heute vorstellen, diesem Beispiel zu folgen.

- (C) Aber Sie von der CDU versuchen mit aller Kraft, den Zerfall der Europäischen Union herbeizufantasieren. Aber das Gegenteil ist der Fall: Wenn Deutschland und andere dazu bereit sind, werden Staaten wie Griechenland oder Italien merken, dass sie eben nicht alleingelassen werden.

(Detlef Seif [CDU/CSU]: Das ist es!)

Anstelle von Rechtspopulismus und Panikmache gibt es eine Bewegung der europäischen Solidarität, die alle EU-Staaten näher zusammenbringen kann, und die Geflüchteten, die in diesem Moment bei 2 Meter hohen Wellen an Bord der „Ocean Viking“ auf einen sicheren Hafen warten, bekommen eine Perspektive anstelle eines Feldbettes in einem unwürdigen Lager. So wird die Würde des Menschen vom Konjunktiv zur Realität.

Nach 16 Jahren Verhinderungspolitik der Union, dem Feixen von Horst Seehofer über 69 Abgeschobene und den Forderungen der sogenannten Christdemokratinnen, die Retter/-innen auf den Schiffen doch einfach zu verhaften, muss ich sagen: Endlich, endlich ist der Aufbruch da. Endlich geht dieses Land voran. Endlich übernehmen wir Verantwortung und verschließen nicht mehr die Augen vor dem Leid, das an unseren Außengrenzen entsteht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der  
FDP)

- (D) Wenn die Kolleginnen und Kollegen aus der Unionsfraktion in ihrem Antrag jetzt von „gekaufter Solidarität“ sprechen, dann muss ich Ihnen sagen, dass Sie etwas ganz Grundsätzliches überhaupt nicht verstanden haben. Denn Solidarität kann man nicht kaufen; Solidarität ist eine Haltung. Solidarisch ist man, sowohl mit den Ländern an den EU-Außengrenzen als auch mit den Menschen auf der Flucht.

(Zuruf der Abg. Beatrix von Storch [AfD])

Aber was anderes habe ich von Ihnen auch gar nicht erwartet. Es war doch immer die Haltung der CDU, mit dem Finger auf andere Staaten zu zeigen und zu sagen: „Aber die anderen, die machen ja auch nicht mit.“ Was ist das denn für ein Anspruch an Politik? Was ist das für ein Verständnis von universellen Grundrechten? Weil es andere nicht tun, müssten wir es auch nicht?

Das, liebe Union, ist brandgefährlich. Es ist doch unsere Pflicht, die Würde und die Rechte eines jeden Menschen zu verteidigen, egal ob jemand in Papenburg oder in Aleppo geboren wurde.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der SPD, der FDP und  
der LINKEN)

Denn hinter jeder Zahl stecken Menschen mit individuellen Geschichten, mit Erfahrungen, mit Wünschen und Träumen, die selbstverständlich einen sicheren Ort in diesem Land und in dieser Gesellschaft haben. Es sind Menschen wie mein lieber Freund Tareq Alaows, der monatelang zu Fuß aus Syrien geflohen ist, der in Deutschland eine neue, eine sichere Heimat gefunden hat und dem ich es von Herzen gewünscht hätte, heute und hier diese Rede zu halten.

Minister Dr. Joachim Stamp (Nordrhein-Westfalen)

- (A) Meine Damen und Herren, der Bundesaußenminister hat die wesentlichen Dinge hier vorgetragen. Es ist ganz entscheidend, dass wir zusammenstehen; auch in der Unterstützung von Polen, das alle Hilfen bei der humanitären Versorgung verdient hat, weil natürlich – Kollegin Brantner hat ja eben darauf hingewiesen – in unserem Verantwortungsbereich keine Menschen sterben dürfen und wir hier ein Imperativ haben. Aber genauso braucht Polen eben auch die Unterstützung bei der Sicherung unserer gemeinsamen europäischen Außengrenzen.

(Beifall bei der FDP)

Man muss die Hilfen dann natürlich auch annehmen; auch das gehört zur Wahrheit dazu.

Meine Damen und Herren, es stehen ja verschiedene Diskussionen, auch aus der Wissenschaft, im Raum. Ich denke, wir sollten uns auch noch einmal Gedanken machen, wie durch multilaterale Abkommen auch in Zukunft die Europäische Union weniger erpressbar wird. Das ist eine schwierige Situation, in der wir sind. Herr Kollege Frei, ich bin mir nicht sicher, ob es der richtige Weg ist, innenpolitische Polemik hier in die Debatte zu bringen.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

- (B) Ich war etwas erstaunt, Herr Brinkhaus – auch über Ihren Antrag –, über die Polemik gegen den Spurwechsel. In Nordrhein-Westfalen hat die erfolgreiche Koalition von CDU und FDP den Spurwechsel möglich gemacht, damit gut integrierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht abgeschoben werden. Herr Brinkhaus – vielleicht hören Sie mir zu –: Handwerk und insbesondere kleine und mittlere Unternehmen danken uns. Dass Sie die Wahl verloren haben, das hat auch was damit zu tun, dass Ihre Innenpolitiker in dieser Fraktion fachlich nicht mehr auf der Höhe der Zeit sind.

(Beifall bei der FDP und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Abgeordneter Frei, ich lade Sie herzlich ein: Kommen Sie mal zu uns nach Nordrhein-Westfalen, schauen Sie sich unsere Migrations- und Integrationspolitik an. Wir schieben konsequenter als jedes andere Bundesland Straftäter und Gefährder ab. Aber wir schaffen für fleißige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch die notwendige Rechtssicherheit.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Dr. Franziska Brantner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:**

Vielen Dank, Herr Kollege Stamp. – Für die AfD-Fraktion hat jetzt das Wort Dr. Gottfried Curio.

(Beifall bei der AfD)

**Dr. Gottfried Curio (AfD):**

(C) Sehr geehrte Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir erleben den Offenbarungseid der deutschen Migrationspolitik. Und: Der Hauptschuldige spielt schnell ein bisschen AfD. Wir stellen fest: Einwanderung ist kein Menschenrecht. Illegaler Grenzübertritt ist ein krimineller Akt. Die Abwehr illegaler Migration ist Staatspflicht. Deutschland verletzt diese Pflicht eklatant.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Polen hingegen schützt sich, Deutschland und die ganze EU. Binnenfreizügigkeit hat den Schutz der Außengrenzen zur notwendigen Voraussetzung. Polen handelt in unserem Interesse, da die Migranten auf ihrer Reise durch sichere Drittstaaten offenbar keinen Schutz suchen, sondern nur den Weg ins Abzockschlaraffenland Deutschland. Wer vor Polens Grenze „Germany“ schreit, sucht nicht Asyl.

(Beifall bei der AfD sowie des Abg. Matthias Helferich [fraktionslos])

Polen braucht jetzt keinen Etikettenschwindel – wie Frontex –, sondern wirklich effektive Unterstützung gegen die Angreifer, die mit Steinen werfen und Grenzanlagen niederreißen. Wo die Grenzen löchrig sind wie Schweizer Käse, will Deutschland noch den Käse wegnehmen und nur die Löcher übrig lassen. Polen will die Löcher stopfen. Nicht Brüssel, nicht NATO, nicht Merkel verteidigen Deutschland; das tut nur noch Polen. Dafür schulden wir ihm unsere volle Unterstützung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD sowie des Abg. Matthias Helferich [fraktionslos])

(D) Aber der CDU-Bock will sich jetzt als Gärtner aufspielen mit seinen alten Trugworten „Migration ordnen und steuern“, „neue Pull-Faktoren verhindern“. Wie wäre es denn mal damit, alte Pull-Faktoren zu verhindern? Übermäßige Sozialleistungen für Migranten, offene Grenzen, nie erfolgende Abschiebungen, wofür diese Union samt SPD verantwortlich ist. „Ordnen“ heißt bei denen: das Chaos durchnummerieren; „steuern“ heißt: weiter in den Abgrund. Das sind die Leute, die nicht die Probleme der weltweiten illegalen Migration nach Deutschland lösen wollen. Nein, Sie haben sie alle erst geschaffen. Solche Heuchelei wie im Unionsantrag braucht niemand.

(Beifall bei der AfD sowie des Abg. Matthias Helferich [fraktionslos])

„Lukaschenko stoppen“: Stoppen Sie doch mal die kriminellen Angreifer. Da werden nicht arme Migranten, die nicht wissen, wie ihnen geschieht, für irgendwas instrumentalisiert. Die machen genau das, was sie selbst wollen. Diese Täter haben ihre Lage selbst herbeigeführt, um sich eine Rundumversorgung in Deutschland zu erpressen; denn Deutschland ist das Problem. Nur weil Deutschland nicht sagt: „Wir nehmen euch nicht, wir zahlen für euch nicht“, nur deshalb haben wir solche Probleme.

(Beifall bei der AfD)

**Dr. Gottfried Curio**

- (A) Mit Lukaschenko sucht man ein Alibi fürs eigene Versagen. Mit Weißrusslands Durchlässigkeit als Transitland für migrationswillige Glücksritter handelt der aber sogar genau gemäß dem globalen Migrationspakt, von Ihnen initiiert. Das ist nur Umsiedlung pur um jeden Preis. „Mission Lifeline“, die illegale Migranten übers Mittelmeer bringen, nennen sich jetzt unverhohlen „Team Umvolkung“. Also: Helfen wir Polen bei der effektiven Sicherung der gemeinsamen Außengrenze. So geht Steuern und Begrenzen.

(Beifall bei der AfD)

Aber Herr Habeck will stattdessen die Leute reinholen und so die illegale Migration weiter anheizen. Er findet halt „Vaterlandsliebe ... zum Kotzen“, „wusste ... mit Deutschland noch nie etwas anzufangen“. So ein Minister wäre eine Schande für Deutschland, meine Damen und Herrn.

(Beifall bei der AfD)

Und wenn Merkel meint: „Wir haben das geschafft“,

(Zuruf des Abg. Matthias W. Birkwald [DIE LINKE])

spielt sich vor unseren Augen ein zweites 2015 ab. Die Urkatastrophe des 21. Jahrhunderts wiederholt sich. Wir sagen: Das darf nicht sein. Bewahren wir das Recht, bewahren wir Deutschland, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD – Gabriele Katzmarek [SPD]: Vor der AfD!)

- (B) **Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:**

Das Wort hat für die Fraktion Die Linke Gökay Akbulut.

(Beifall bei der LINKEN)

**Gökay Akbulut (DIE LINKE):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mindestens zehn Menschen sind bereits an der Grenze von Polen zu Belarus gestorben – zehn Menschen, die nicht hätten sterben müssen, hätte man geltendes Recht an der EU-Außengrenze eingehalten. Täglich werden Menschen Opfer von illegalen Pushbacks von Polen nach Belarus und an anderen europäischen Grenzen.

(Beatrix von Storch [AfD]: „Illegale Pushbacks“!)

Ich selber betreue einige solcher Fälle als Abgeordnete und stehe im Austausch mit vielen NGOs. Ich möchte hier noch mal betonen, dass für die EU Menschenrechte Maßstab politischen Handelns sein müssen

(Norbert Kleinwächter [AfD]: Menschenrechte sind der Maßstab des polnischen Handelns!)

und nicht die Erzählung, dass geflüchtete Menschen als Waffen eingesetzt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Schutzsuchende sind keine Waffen und keine Kriegsparteien.

(C) Die Zurückweisung von Geflüchteten ohne individuelle Prüfung des Asylverfahrens ist ein eindeutiger Verstoß gegen die Genfer Flüchtlingskonvention, gegen die Europäische Menschenrechtskonvention und gegen geltendes EU-Asylrecht.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Max Lucks [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:**

Frau Kollegin Akbulut, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Frohnmair von der AfD?

**Gökay Akbulut (DIE LINKE):**

Nein, danke. Wir müssen weitermachen. – Diese Rechte können nicht durch nationale Gesetzgebung ausgehebelt werden, wie es derzeit Polen immer wieder versucht. Hiergegen muss die Europäische Kommission endlich vorgehen.

Die EU darf sich gegenüber Lukaschenko nicht erpressbar machen, heißt es immer wieder. Aber die EU hat sich doch selbst in diese Lage gebracht, weil sie die Aufnahme einer überschaubaren Zahl von Schutzsuchenden als Bedrohung dargestellt hat.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Doch was sind ein paar Tausend Menschen auf 450 Millionen europäische Bürgerinnen und Bürger verteilt? Die Situation an der Grenze ist doch einfach untragbar.

(Beifall bei der LINKEN)

(D) Erschreckend ist, wie sehr das rechte Narrativ der Abschottung um jeden Preis inzwischen die Asyldebatte in Deutschland bestimmt. 2015 wurde die Forderung der AfD, die Grenzen zu schließen und Flüchtlinge zurückzuweisen, notfalls mit Zäunen und Schießbefehl, noch einhellig zurückgewiesen. Aber inzwischen wird der Bau von Mauern propagiert, und man nimmt tote Menschen an der polnisch-belarussischen Grenze hier anscheinend achselzuckend in Kauf.

Wir möchten uns aber nicht an diese Bilder gewöhnen. Deutschland und die Europäische Union dürfen nicht weiter Teil des Wettbewerbs der Brutalität sein und das menschenverachtende Spiel Lukaschenkos, bei dem alle Gesetze und Flüchtlingskonventionen nicht mehr gelten, befeuern. Diese menschenverachtende Migrationspolitik der Europäischen Union muss endlich beendet werden. Die NGOs brauchen dringend und so schnell wie möglich Zugang, damit sie den Menschen helfen und sie unterstützen können, weil die Europäische Union und auch die Bundesregierung systematisch in der Migrationsfrage versagen. Diese menschenverachtende Flüchtlingspolitik muss endlich beendet werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Max Lucks [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:**

Das Wort erhält für eine Kurzintervention der Abgeordnete Frohnmair von der AfD.

Vizepräsident Thomas Oppermann

- (A) kämpfen“. Jetzt wird nicht über die Beschlussempfehlung, sondern über den Antrag abgestimmt. Wer stimmt für diesen Antrag? – Das ist die Fraktion Die Linke. Wer stimmt gegen diesen Antrag? – Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Fraktion Die Linke gegen die Stimmen aller anderen Fraktionen des Hauses abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 sowie die Zusatzpunkte 2 und 3 auf:

5. Beratung des Antrags der Abgeordneten Martin Hebner, Markus Frohnmaier, Dr. Gottfried Curio, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

**Kein Beitritt zum Global Compact for Migration durch die Bundesrepublik Deutschland**

**Drucksache 19/5530**

- ZP 2 Beratung des Antrags der Abgeordneten Stephan Thomae, Alexander Graf Lambsdorff, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

**Geordnete Zuwanderung erfordert mehr als den UN-Migrationspakt – Entwurf eines Einwanderungsgesetzbuches vorlegen**

**Drucksache 19/5534**

Überweisungsvorschlag:  
Ausschuss für Inneres und Heimat (f)  
Auswärtiger Ausschuss

- ZP 3 Beratung des Antrags der Abgeordneten Filiz Polat, Luise Amtsberg, Claudia Roth (Augsburg), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(B)

**Umsetzung des Global Compact for Migration – Globale Standards für die Rechte von Migrantinnen und Migranten stärken**

**Drucksache 19/5547**

Überweisungsvorschlag:  
Auswärtiger Ausschuss (f)  
Ausschuss für Inneres und Heimat (f)  
Ausschuss für Arbeit und Soziales  
Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe  
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung  
**Federführung strittig**

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 60 Minuten vorgesehen. – Dazu höre ich keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Erster Redner in dieser Debatte ist Dr. Alexander Gauland für die AfD.

(Beifall bei der AfD)

**Dr. Alexander Gauland (AfD):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach allem, was wir von offizieller Seite über den Global Compact for Migration zu hören bzw. nicht zu hören bekommen, können wir davon ausgehen, dass es sich um einen völlig belanglosen Vertrag handelt, der außerdem für die Unterzeichner absolut unverbindlich ist: nur eine Willenserklärung, kaum der Rede wert. Deswegen war es auch nicht nötig, die Öffentlichkeit im Vorfeld zu informieren.

- Bei einer Podiumsdiskussion in Dresden Ende Oktober wurden die Chefredakteure von ARD und ZDF auf diesen Pakt angesprochen und wussten beide von nichts. (C)

Meine Damen und Herren, Bismarck hat einmal gesagt:

Wenn irgendwo zwischen zwei Mächten ein noch so harmlos aussehender Pakt geschlossen wird, muss man sich sofort fragen, wer hier umgebracht werden soll.

(Beifall bei der AfD)

Wenn dieser Global Compact bloß eine politische Erklärung ist, die keinerlei Folgen für die nationalen Parlamente und die Gesetzgebung hat, warum regt sich dann plötzlich überall Widerstand dagegen? Warum wollen ihn die USA, Australien, Ungarn, Österreich, Polen und Kroatien nicht unterzeichnen? Warum diskutiert man in Italien, Dänemark und der Schweiz darüber, es ebenfalls nicht zu tun? Sind das alles Populisten? Wohl kaum.

Die Antwort steht im Pakt. Diese globale Vereinbarung – so heißt es dort – sei nur ein Meilenstein unserer Bemühungen. Migration wird in diesem Dokument ausschließlich als Quelle von Wohlstand und nachhaltiger Entwicklung dargestellt. Kein Wort davon, dass Migration Länder auch destabilisieren kann. Der Unterschied zwischen der Suche nach Asyl und der Suche nach einem besseren Leben wird verwischt. Der gesamte Text beschreibt Migrationspolitik ausschließlich aus der Sicht von Migranten.

(Beifall bei der AfD)

Zitat: Alle unsere Länder – das ist dort zu lesen – werden zu Herkunfts-, Transit- und Zielländern. – Was für ein Märchen. Die meisten der Unterzeichnerländer werden niemals Zielländer von Migranten. (D)

(Beifall bei der AfD)

Die Interessen der Aufnahmegesellschaften bleiben dagegen völlig unerwähnt. Dieses Dokument ist der erste Schritt, Migration zu einem Menschenrecht zu machen, das Staatenrecht übersteigt und zu Völkergewohnheitsrecht wird.

(Beifall bei der AfD – Sebastian Brehm [CDU/CSU]: Haben Sie es gelesen?)

Zitat:

Wir verpflichten uns, die im Globalen Pakt niedergelegten Ziele und Verpflichtungen im Einklang mit unserer Vision und unseren Leitprinzipien zu erfüllen ...

Alein die Formulierung „Wir verpflichten uns“ kommt in dem Papier Dutzende Male vor. Etwa:

Wir verpflichten uns, sicherzustellen, dass alle Migranten ungeachtet ihres Migrationsstatus ihre Menschenrechte durch einen sicheren Zugang zu Grundleistungen wahrnehmen können.

Weniger empfindsame Gemüter nennen das Einwanderung in die Sozialsysteme.

(Beifall bei der AfD)

**Dr. Alexander Gauland**

- (A) Dazu will sich die Bundesregierung also verpflichten, allerdings „unverbindlich“. „Unverbindliche Verpflichtungen“, meine Damen und Herren, das ist ein hölzernes Eisen. Meine Damen und Herren auf der Regierungsbank: Für wie dumm halten Sie uns alle und Ihre Wähler draußen eigentlich?

(Beifall bei der AfD)

Schon heißt es: Mit der Unterzeichnung des Global Compact allein ist es noch nicht getan. Die Bundesregierung muss sofort mit der Umsetzung beginnen, und das hat sie im Auswärtigen Ausschuss ja bereits angekündigt – ganz unverbindlich natürlich.

(Heiterkeit bei der AfD)

Nicht rechtlich bindend, nur politisch erwünscht – wir kennen diese Art schleichender Rechtsumwandlung auf politischem Wege inzwischen zur Genüge.

Die Öffnung der Grenze im September 2015 war auch nicht rechtlich bindend, im Gegenteil: Das war ein Rechtsbruch,

(Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Nee, war es nicht!)

aber ein politisch erwünschter. Und schon gibt es erste Juristen, die ihn als rechtens darstellen. Die Übernahme von Schulden anderer EU-Länder war ein klarer Bruch des Maastricht-Vertrages, aber eben politisch erwünscht. Politische Setzungen verwandeln sich gleichsam unter der Hand in geltendes Recht.

(B)

Österreichs Kanzler Kurz – wohl kein Populist – sieht die Gefahr, dass die Ziele des Paktes in künftige Gerichtsurteile einfließen und somit unsere souveräne Migrationspolitik eingeschränkt wird.

(Beifall bei der AfD)

Warum sieht die deutsche Kanzlerin diese Gefahr nicht? Weil genau das ihr Ziel ist? Ist das auch Ihr Ziel, liebe Kollegen von der CDU/CSU? Der Meilenstein, von wel-

chem dieser Pakt spricht, steht auf dem Wege zur Preisgabe der Souveränität unseres Landes. (C)

(Beifall bei der AfD – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Da steht gerade das Gegenteil im Pakt!)

Millionen von Menschen aus Krisenregionen werden angestiftet, sich auf den Weg zu machen. Linke Träumer und globalistische Eliten wollen unser Land klammheimlich aus einem Nationalstaat in ein Siedlungsgebiet verwandeln.

(Beifall bei der AfD – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Glauben Sie das eigentlich selber? – Luise Amtsberg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Migration ist eine globale Herausforderung!)

– Das Geschrei ist offensichtlich Zustimmung.

Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, diesem Vertrag nicht beizutreten und dem entsprechenden Dokument nicht zuzustimmen. Er dient nicht deutschem Interesse, und das haben wir hier zu wahren.

Ich bedanke mich.

(Anhaltender Beifall bei der AfD)

#### **Vizepräsident Thomas Oppermann:**

Bevor wir in der Debatte fortfahren, möchte ich das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte **Ergebnis der namentlichen Abstimmung** über das Gesetz über Leistungsverbesserungen und Stabilisierung in der gesetzlichen Rentenversicherung bekannt geben: 644 Kolleginnen und Kollegen haben ihre Stimme abgegeben. Mit Ja haben gestimmt 362, mit Nein haben gestimmt 222, Enthaltungen 60. Damit ist der Gesetzentwurf in dritter Beratung angenommen. <sup>1)</sup> (D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

<sup>1)</sup> Anlage 4

- Axel Müller**
- (A) Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.
- (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)
- Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:**  
Nächster Redner ist der Kollege Martin Hess, AfD.
- (Beifall bei der AfD)
- Martin Hess (AfD):**  
Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn man die heutige Debatte zu den Gewaltexzessen in Stuttgart verfolgt, muss man eines feststellen: Bis auf die AfD weigern sich offenbar alle Fraktionen, den Kern des Problems klar und deutlich zu benennen. Entweder sind Sie dazu wirklich nicht in der Lage, oder Sie verweigern sich schlicht der Realität. Stuttgart war kein Event der Partyszene,
- (Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hat hier auch niemand gesagt!)  
sondern ein Gewaltexzess von Migranten und Linksextremisten.
- (Beifall bei der AfD)
- Von 37 Festgenommenen haben 22 einen Migrationshintergrund,
- (Zuruf der Abg. Dr. Anna Christmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])
- (B) viele haben Flüchtlingsbezug. Auf den Tatvideos sind die Rufe „Allahu akbar“, „Fuck the system“, „Fuck the police“ klar und deutlich zu hören. Wer hier einen politischen Hintergrund verneint, der ignoriert Tatsachen.
- (Beifall bei der AfD)
- Islamisten und Linksextremisten haben sich in dieser Nacht zusammengetan, um unseren Rechtsstaat zu destabilisieren.
- (Zuruf der Abg. Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])
- Und ich sage gerade Ihnen, die Sie das immer vehement leugnen, ganz klar: Wenn wir Stuttgart jetzt nicht zum Anlass nehmen, um hier konsequent gegenzusteuern, dann wird auf unseren Straßen immer mehr Chaos und Gewalt herrschen,
- (Zuruf der Abg. Heike Hänsel [DIE LINKE])  
und das können und dürfen wir nicht zulassen.
- (Beifall bei der AfD – Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ihre Leute bereiten sich doch auf den Bürgerkrieg vor! Sie sind die Bürger mit Waffen!)
- Ich habe mit etlichen Kollegen gesprochen, die in dieser Nacht im Einsatz waren. Die Gewalt- und Zerstörungssorgien von Stuttgart zeigen für Baden-Württemberg eine völlig neue Qualität des Hasses auf Deutschland und die Polizei. Die Bürger und vor allem die Polizeibeamten sind es leid, ständig für Ihr Politikversagen den Kopf hinhalten zu müssen.
- (Beifall bei der AfD)
- (C) Sparen Sie sich Ihre leeren Solidaritätsbekundungen, und sorgen Sie in Deutschland endlich für mehr Sicherheit!
- Stuttgart ist nämlich nicht vom Himmel gefallen. Stuttgart ist die logische Folge des Totalversagens aller Altparteien in der Migrations-, in der Integrations- und in der Sicherheitspolitik. Sie schützen bis zum heutigen Tage unsere Grenzen nicht und lassen Hunderte und Tausende Islamisten, Staatsfeinde und Gewaltverbrecher in unser Land.
- (Widerspruch bei der SPD und der LINKEN)
- No-go-Areas wie zum Beispiel in Duisburg-Marxloh oder Leipzig-Connewitz sind ebenfalls Ihr Werk.
- Über Jahrzehnte haben Sie zugelassen, dass Clankriminelle und Linksextremisten in unserem Land nahezu ungestört ihr Unwesen treiben. Anstatt linke Gewalt jetzt endlich konsequent zu bekämpfen, kooperieren Sie allesamt mit Linksextremisten – mittlerweile, wie wir wissen, zumindest auf Länderebene ja auch die CDU.
- (Beifall bei der AfD)
- Und mit all diesen Sicherheitsbedrohungen, die Sie selbst geschaffen haben, lassen Sie unsere Polizei alleine.
- (Helin Evrim Sommer [DIE LINKE]: In welcher Welt leben Sie?)
- Ich sage es in aller Deutlichkeit: Ihre auch heute wieder vorgetragenen hohlen Phrasen und Lippenbekenntnisse können Sie sich sparen. Nicht an Ihren Worten, sondern an Ihren Taten werden Sie gemessen. Die Kollegen da draußen – genau dieses Feedback habe ich eins zu eins bekommen – fühlen sich von Ihnen gnadenlos im Stich gelassen.
- (Beifall bei der AfD)
- Das zeigt auch das Verhalten des Innenministers in dieser Woche wieder. Zuerst kündigte er an, eine Strafanzeige gegen eine Autorin zu erstatten, die unsere Polizisten bundesweit menschenverachtend als „Abfall“ beleidigt hat, wenige Tage später ließ er sich dann von der Kanzlerin davon abbringen. Ein Innenminister mit Format, Entschlusskraft und Durchsetzungsvermögen hätte sich ohne Wenn und Aber vor seine Beamten gestellt und selbstverständlich Anzeige erstattet.
- (Beifall bei der AfD)
- Dass der Minister dieses notwendige Signal der politischen Rückendeckung für unsere Polizei nicht ausgesendet hat, zeigt eindeutig: Wenn es darauf ankommt, lässt auch der Bundesminister des Innern die Polizei im Stich.
- Die Bürger haben Ihre leeren Ankündigungen satt. Was Deutschland jetzt braucht, ist ein radikaler Wandel in der Sicherheitspolitik, und der beinhaltet insbesondere folgende Elemente:
- Erstens. Schluss mit dem Generalverdacht gegen unsere Sicherheitskräfte. Wer Polizisten Rassismus oder Rechtsextremismus unterstellt, der schürt polizeifeindliche Stimmungen und ist für mangelnden Respekt vor
- (D)

**Martin Hess**

- (A) dem Staat und für Gewalt gegen Polizeibeamte mitverantwortlich.

(Beifall bei der AfD)

Zweitens. Klare politische Rückendeckung und zielführende Einsatzstrategien für unsere Sicherheitskräfte. Unsere Polizei braucht eine konsequente Nulltoleranzstrategie mit klaren Vorgaben für ein robustes Einschreiten. Bei dem Tätertypus von Stuttgart hilft keine Deeskalation, hilft keine Prävention, hilft keine Sozialarbeit, sondern nur harter Zwangsmittelinsatz.

(Beifall bei der AfD – Lachen bei Abgeordneten der LINKEN)

Drittens. Sofortiger effektiver Grenzschutz, damit keine Gewaltverbrecher mehr als Flüchtlinge einreisen können, und konsequente Abschiebung aller ausländischen Straftäter.

Viertens. Schluss mit falscher Toleranz gegenüber Parallelgesellschaften. Wer sich nicht integriert, sondern unseren Staat aktiv bekämpft, der hat in unserem Land nichts zu suchen.

(Beifall bei der AfD)

Fünftens. Bekämpfen Sie endlich den Linksextremismus. Verhindern Sie, dass Antifa und Co ethnische Unruhen anheizen, um Deutschland zu destabilisieren. Die Gruppen der Antifa sind ausnahmslos zu verbieten.

Diese Maßnahmen und Leitlinien sind unmittelbare Voraussetzung dafür – –

- (B) (Beifall bei der AfD)

**Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:**

Herr Kollege, auch Ihre Redezeit ist abgelaufen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das Wort erteile ich jetzt dem Kollegen Helge Lindh, SPD.

(Beifall bei der SPD)

**Helge Lindh (SPD):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, ich habe Herrn Hess gerade richtig verstanden: Wer sich in diesem Land nicht integriert und den Staat bekämpft, hat in diesem Land nichts zu suchen. – Bitte gehen Sie;

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Alexander Gauland [AfD]: Frechheit!)

denn Sie sind weder integriert, noch tragen Sie in irgendeiner Weise konstruktiv zu diesem Gemeinwesen bei, und Sie bekämpfen diesen Staat notorisch. Insofern haben Sie das Urteil über sich selbst gerade gefällt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Götz Frömming [AfD]: Sie haben nicht zugehört!)

- (C) Wenn man sich selbst zitiert, dann ist das entweder ein Ausdruck von Senilität oder Weisheit. In meinem Fall ist es ein Ausdruck von Weisheit.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Ich habe in meiner letzten Rede gesagt: Für die AfD ist der Mensch nicht Zweck, sondern Mittel und nur Stimmvieh. – Frau Weidel, Sie haben in Ihrer schwülstigschmierigen Rede genau wie Herr Hess mit seiner Kettenhundvariante genau das wieder bewiesen. Für Sie ist der Mensch nur Mittel.

(Lachen bei der AfD)

Ich selbst habe in den letzten Monaten und Jahren erlebt, wie die Polizei und auch der Staatsschutz an meiner Seite standen, und ich bin dafür zutiefst dankbar. Deshalb empfinde ich umso mehr Bedauern für das erbärmliche Handeln und für die erbärmliche Erniedrigung, die diesen Polizistinnen und Polizisten in Stuttgart zuteilwurde. Gerade weil das so ist, weil sie das erdulden mussten, verdienen sie es nicht, Spielball Ihrer dreckigen Ausspielpolitik gegen Menschen mit Migrationshintergrund zu sein. Das ist widerlich.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Axel Müller [CDU/CSU])

Sie interessieren sich nicht im Geringsten für das Schicksal von Polizistinnen und Polizisten, sondern angesichts Ihrer Umfragewerte sehen Sie da die letzte Möglichkeit, sich irgendwie profilieren zu können. Deutschlands Polizei ist aber klug genug, in diese Falle nicht reinzufallen und sich nicht ausspielen zu lassen. (D)

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Martin Hess [AfD]: Reden Sie mal mit den Kollegen darüber, was sie von der SPD halten!)

Das, was Sie hier präsentieren, ist zutiefst unredlich, und ich nenne es „parasitäre Politik“. Wie Schmarotzer nutzen Sie so ein ernstes Vorgehen in Stuttgart, um daraus politische Geländegewinne zu ziehen. Widerlich, erbärmlich, unredlich ist das!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Götz Frömming [AfD]: Ernste Worte! Peinlich, was Sie sagen!)

Man sieht in Ihrem Umkreis auf Memes und Sharepics Bilder des Nahen Ostens und Nordafrikas, und dazu ist geschrieben – das muss man sich mal vergegenwärtigen –: „Party-Szene“. Wie nenne ich das? Blanker Rassismus!

(Dr. Götz Frömming [AfD]: Und das kommt aus Ihrem Mund!)

Sie haben hier eine Aktuelle Stunde im Namen von blankem Rassismus beantragt.

Sie haben auch großartige Unterstützer; es ist jetzt bitter für uns, das feststellen zu müssen. Ich lese in Tweets von Herrn Maaßen – er war leider mal Verfassungsschutzpräsident und ist Mitglied der WerteUnion –, dass man sich gegen die Ideologisierung und Instrumen-

Thorsten Frei

- (A) Spielraum, die Asylbewerberleistungen über einen deutlich längeren Zeitraum zu zahlen, als es derzeit der Fall ist.

Peter Weiß ist auf einen anderen Punkt eingegangen, nämlich darauf, dass wir dabei auch unterscheiden müssen zwischen denen, die ein Bleiberecht haben, und denen, die dieses Bleiberecht nicht haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Genau das werden wir mit dem Geordnete-Rückkehr-Gesetz auch tatsächlich in geltendes Recht umsetzen.

(Abg. Filiz Polat [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

– Wie Sie vorhin richtigerweise gesagt haben, darf man in einer Aktuellen Stunde keine Fragen stellen; sonst hätte ich die Frage gerne zugelassen.

Ein weiterer Punkt, den wir ansprechen müssen, sind die Dublin-III-Flüchtlinge. Wir haben im letzten Jahr 55 000 Überstellungsersuche in andere EU-Staaten gehabt. Das waren 55 000 Fälle, in denen Asylbewerber bereits in einem anderen europäischen Land einen Asylantrag gestellt haben. Ich bin davon überzeugt: Wenn wir Binnenmigration in Europa in den Griff bekommen wollen, sollten wir Asylbewerbersozialleistungen für Dublin-III-Fälle auf null reduzieren. Das ist das einzige – und wirksame – Mittel, um Binnenmigration in Europa zu verhindern.

- (B) Es würde im Übrigen auch einem Wertungswiderspruch gerecht werden: wenn wir beispielsweise für EU-Bürger, die nach Deutschland kommen, um hier einen Arbeitsplatz zu suchen, Sozialleistungen versagen. Auch das wäre ein Punkt, wo wir reagieren könnten und, glaube ich, sehr wirksam unsere Ziele erreichen könnten.

Darüber hinaus – das will ich an dieser Stelle auch sagen – möchten wir, wenn wir uns mit dem Geordnete-Rückkehr-Gesetz beschäftigen, auch für diejenigen, die Sozialleistungsmissbrauch betreiben, eine angemessene Antwort finden. Wir haben in den vergangenen Monaten immer wieder Beispiele gehört, wie Sozialleistungen durch Mehrfachidentitäten erschlichen worden sind. Auch darauf brauchen wir eine Antwort. Das ist nicht nur unfair und inakzeptabel gegenüber dem Gastland, sondern letztlich auch gegenüber all den Flüchtlingen, die sich hier ordentlich und anständig verhalten und bei uns den Schutz suchen, den sie auch bekommen.

(Beifall des Abg. Peter Weiß [Emmendingen] [CDU/CSU])

Wir werden – das haben wir mit den Sozialdemokraten im Koalitionsvertrag auch vereinbart – klar konstituieren, dass dort, wo Sozialleistungsmissbrauch stattfindet, auch ein überwiegendes Ausweisungsinteresse vorliegt, damit wir da auch entsprechend reagieren können.

Ich will im Übrigen darauf hinweisen, dass die Punkte, die ich angesprochen habe, nicht im luftleeren Raum stattfinden, sondern dass es dazu Beschlüsse gibt, die die Ministerpräsidentenkonferenz am 5. Dezember in dieser Fassung getroffen hat: In einer 16-zu-0-Entscheidung – und soweit ich weiß, gibt es auch einen Linken-Min-

terpräsidenten und einen Grünen-Ministerpräsidenten – wird die Bundesregierung aufgefordert, § 1a des Asylbewerberleistungsgesetzes so zu ändern, dass abgesenkte Leistungen möglich sind. In diesem Sinne, glaube ich, sind die Ministerpräsidenten sehr nah an der Realität, und das sollte uns doch auch hier im Deutschen Bundestag zu denken geben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Vizepräsident Thomas Oppermann:**

Vielen Dank. – Nächster Redner ist Martinichert für die Fraktion der AfD.

(Beifall bei der AfD)

**Martinichert (AfD):**

Wertes Präsidium! Meine Damen und Herren! Während wir in vielen anderen Bereichen in Deutschland hinterherhinken, sind wir beim Taschengeld für Asylbewerber tatsächlich Spitzenreiter.

(Sven Lehmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist kein Taschengeld! Haben Sie nicht zugehört?)

Im reichen Luxemburg liegt es bei 25 Euro, in Österreich bei 40 Euro und selbst im so armutszuwandererfreundlichen Schweden bei 70 Euro. Hierzulande sind wir bereits jetzt bei 135 Euro, die Sie von der SPD weiter, auf 150 Euro, erhöhen wollen.

Bei der Rente hingegen liegen wir weit unter dem OECD-Durchschnitt bei der Ersatzquote.

(Michel Brandt [DIE LINKE]: Wo ist denn das Rentenkonzept der AfD? Zeigen Sie mal!)

In kaum einem anderen Land der Erde bekommen die Menschen weniger Rente als in Deutschland.

Im Ergebnis rutschen folglich immer mehr Deutsche in Altersarmut ab. Viele Rentner haben weniger als 150 Euro im Monat zur freien Verfügung. Wohnung, Essen, Kleidung, Zuzahlungen beim Arzt und andere Dinge, die Asylbewerber kostenlos bekommen, müssen die Rentner nämlich selbst bezahlen, selbst wenn die Rente unter dem Existenzniveau liegt.

(Beifall bei der AfD – Michel Brandt [DIE LINKE]: Wo sind denn Ihre Vorschläge zur Rente? Wo sind sie denn?)

Die Rentner haben im Gegensatz zu den Asylbewerbern ihr Leben in Deutschland verbracht, hierzulande Jahrzehnte gearbeitet und Steuern gezahlt. Nach einem langen Erwerbsleben müssen sie schauen, wie sie mit einer mickrigen Rente über die Runden kommen, während Asylbewerber bereits jetzt ein Vielfaches des Taschengelds bekommen, was sie in anderen europäischen Ländern bekommen würden. Während Ausländer jedes Jahr

**Martin Sichert**

- (A) etliche Milliarden in ihre Heimatländer transferieren, können sich viele Rentner nicht einmal die Geschenke für ihre Enkel zum Geburtstag oder zu Weihnachten leisten.

(Beifall bei der AfD)

Wir haben vorhin schon Beispiele aus Bayern gehört. Ich will eins hinzufügen. In meiner Heimatstadt, in Nürnberg, gibt es einen Vater von fünf Kindern, der voll berufstätig und obdachlos ist. Warum ist er obdachlos? Weil er durch die Unterhaltszahlungen für seine Kinder so wenig Geld hat, dass er sich die Miete spart, um seinen Kindern wenigstens ab und zu mal was gönnen zu können. Das ist die bittere Realität in Deutschland. Alles, was Ihnen als SPD dazu einfällt, ist, für Asylbewerber, die in Deutschland eh schon weit mehr Leistungen als in anderen europäischen Ländern bekommen, zusätzlich das Taschengeld zu erhöhen. Wo ist denn die soziale Gerechtigkeit, von der Sie immer reden? Wo ist sie?

(Beifall bei der AfD)

Ich will Ihnen sagen, wo die soziale Gerechtigkeit in diesem Land ist. Sie sitzt nämlich da drüben.

(Beifall bei der AfD – Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind der Anwalt all der braven, ehrlichen und fleißigen Menschen im Land.

(Peter Weiß [Emmendingen] [CDU/CSU]: Ihr verrätet diese Leute! Das ist schändlich!)

- (B)

Wie wollen Sie denn den Bürgern Ihre Politik erklären? Der kleine Mann, der die SPD einst großgemacht hat, der wendet sich doch heute mit Grausen ab.

(Michel Brandt [DIE LINKE]: Sie haben kein Sozialkonzept! Sie haben doch gar nichts!)

Um satte 11 Prozent wollen Sie das Taschengeld für Asylbewerber erhöhen – 11 Prozent! Wann wurde denn das letzte Mal das Kindergeld um 11 Prozent erhöht, und wann die Rente?

(Michel Brandt [DIE LINKE]: Ja, dann fordern Sie das doch mal! Machen Sie das mal! – Sven Lehmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Kein Antrag! Kein einziger Antrag!)

Und warum denken Sie ständig über neue Wohltaten für Armutszuwanderer nach, anstatt sich endlich um arme Deutsche zu kümmern?

Wenn man ein bisschen nachdenkt und nicht ständig laut rumschreit, dann wird ganz klar, warum Sie das tun: Sie wollen nämlich gar keine Politik, die für die Bürger gut ist oder die die Bürger verstehen können, sondern Sie wollen bewusst den Rassismus im Land schüren.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Je mehr Sie Asylbewerber zukommen lassen und je mehr Deutsche zugleich in Armut abrutschen, desto mehr

spalten Sie die Gesellschaft, desto mehr schüren Sie den Neid, und desto mehr schüren Sie die Fremdenfeindlichkeit. (C)

(Beifall bei der AfD – Kerstin Kassner [DIE LINKE]: Den Bock zum Gärtner!)

Ja, Sie von der SPD sind die Partei,

(Dagmar Ziegler [SPD]: Sie sind so schlecht!)

die bei uns im Land ganz an vorderster Front Fremdenfeindlichkeit und Rassismus schürt. Leider sind Sie damit nicht allein;

(Konstantin Kuhle [FDP]: Helau!)

denn die Linken und die Grünen machen da immer mit großer Begeisterung mit.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Kai Whittaker [CDU/CSU]: Oh Mann!)

Wir wissen auch, warum sie das tun: damit Sie gute Argumente haben, ihre Freunde von der Amadeu-Antonio-Stiftung, von der Antifa und den zahllosen Organisationen gegen rechts mit sicheren Posten zu versorgen – lauter Gestalten, denen Sie sehr nahe stehen und die wie viele von Ihnen völlig untauglich für das normale Berufsleben sind.

(Beifall bei der AfD – Sven Lehmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau diese Menschen sind so notwendig, wenn ich Ihre Rede höre! – Dagmar Ziegler [SPD]: Die Rede ist so schlecht!)

- (D)

Sie brauchen den Rassismus, den Sie schüren, damit Sie den Menschen weiter Angst machen können und Ihre Existenzberechtigung aus dem Kampf gegen rechts ziehen können. Das ist nämlich die einzige Existenzberechtigung, die die SPD heute noch hat; denn den kleinen Mann haben Sie schon längst aufgegeben.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der SPD: Sie haben Angst vor der SPD!)

Der kleine Mann ist bei Ihnen nur jemand, den Sie ausquetschen wie eine Zitrone, solange noch ein bisschen Saft vorhanden ist, und wenn dann irgendwann nichts mehr zu holen ist, dann muss er selbst schauen, wie er über die Runden kommt.

(Kai Whittaker [CDU/CSU]: Was ist das überhaupt für ein Menschenbild, vom „kleinen Mann“ zu reden? – Michel Brandt [DIE LINKE]: Sagen Sie mal was zu Ihren eigenen Konzepten! Wo sind sie denn? – Dagmar Ziegler [SPD]: Sie haben einen ganz schlechten Redestil!)

Aber um Anreize für weitere Armutszuwanderer zu erhöhen, ist bei Ihnen immer unbegrenzt Geld vorhanden; denn je mehr kommen und je mehr Sonderleistungen diese empfangen, desto mehr gärt es in der Gesellschaft.

**Martin Sichert**

- (A) Damit bekämpfen Sie dann eine Fremdenfeindlichkeit, die es ohne Ihre Politik gar nicht gäbe.

(Beifall bei der AfD – Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir hingegen setzen uns dafür ein, dass Lebensleistung belohnt wird, und wir setzen uns dafür ein, dass Deutsche nicht schlechtergestellt werden als Armutszuwanderer. Wir sorgen für den sozialen Frieden im Land, während Sie mit Ihrer Politik die Menschen gegeneinander aufhetzen und Rassismus schüren. Schämen Sie sich dafür!

(Beifall bei der AfD – Peter Weiß [Emmendingen] [CDU/CSU]: Peinlich, peinlich, peinlich! – Weiterer Zuruf: Das ist der Rassismus, den Sie dann hier ausführen müssen, oder was?)

**Vizepräsident Thomas Oppermann:**

Nächster Redner ist für die Fraktion der SPD der Kollege Dr. Karamba Diaby.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Dr. Karamba Diaby (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

- (B) Ertrinken ist ein leiser Tod. Es ist nicht wie in den Filmen, wo mit den Armen geschlagen wird und es laut ist. Die Lungen laufen mit Wasser voll, es gibt kein Rufen, es gibt nicht genug Luft zum Schreien, irgendwann ist der Mensch vollgesogen mit Wasser, der Körper krümmt sich, bevor er stirbt. Es ist, als ob der Mensch sich ein letztes Mal vor dem Leben verbeugt, bevor er sinkt.

Das schreibt die Autorin Mely Kiyak.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, glauben Sie wirklich, dass jemand in Deutschland bleiben will wegen 50 Cent –

(Martin Reichardt [AfD]: Ja!)

wegen 50 Cent mehr am Tag? Denn das ist genau die Anpassung, auf einen Tag umgerechnet, über die wir heute sprechen. Glauben Sie wirklich, dass jemand sein Leben dafür aufs Spiel setzt? Nein, ich denke, nicht.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorsichtig ausgedrückt: Das ist das Dümme, was ich in meinem Leben gehört habe, und dabei bin ich mittlerweile 57 Jahre alt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Menschenwürde gilt für alle.

(C)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Gleichheit sollten wir nicht nur in der Theorie gut finden, sondern auch in der Wirklichkeit leben. Das Bundesverfassungsgericht hat bereits 2012 – das wurde von Kolleginnen und Kollegen mehrfach betont – verkündet, dass die sozialstaatliche Mindestsicherung regelmäßig an die Lebenshaltungskosten anzupassen ist. Das gilt für Hartz IV genauso wie für Leistungen an Asylbewerber. Wir sind also drei Jahre im Verzug. Auch Sie von der AfD müssen das zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine lieben Damen und Herren, die Anpassung der Mindestsicherung ist ein Menschenrecht. Ja, wir haben in Deutschland eine steigende Ungleichheit der Einkommen, die zu gewissen Verfehlungen führt. Aber das liegt nicht an den Geflüchteten, das liegt nicht an den Migrantinnen und Migranten;

(Martin Sichert [AfD]: Sondern an Ihrer Politik!)

das liegt an den Menschen, die ihr Geld in irgendwelchen Steueroasen bunkern. Das liegt an den Superreichen, die zu wenig Steuern zahlen.

(Martin Reichardt [AfD]: Das liegt an der SPD, die die Arbeiter verkauft hat!)

(D)

Es liegt an Lohnungerechtigkeiten in unserem Land.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Mit diesem Antrag wird erneut der Versuch unternommen, von diesen Problemen abzulenken und die Gesellschaft zu spalten. Die AfD setzt dabei auf autoritäre Kontrollpolitik. Dazu gehört jede Forderung nach einer Verschärfung des Asylrechts und der Kontrolldichte bei Leistungsempfängern. Das ist unwürdig, und das lehnen wir ab.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Dr. Matthias Zimmer [CDU/CSU])

Wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen uns dafür ein, dass Menschen, die hier leben, Angebote erhalten, um an der Gesellschaft teilzuhaben. Das bedeutet Sprachkurse, Bildung und Arbeit. Dazu sollte eigentlich die Diskussion von heute sein, nicht zu 50 Cent pro Tag mehr an Mindestsicherung.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ohne ein Rufen, ohne genug Luft zum Schreien zu haben, sind Tausende von Menschen auf dem Weg nach Europa im Mittelmeer ertrunken. Wenn wir keine Verantwortung für diese Menschen übernehmen wollen, müssen wir wenigstens die Verantwortung für die Überlebenden übernehmen, die vor Krieg und Tod geflohen sind und es zu uns geschafft

Ausserordentliche Session. Versorgungssicherheit

Session extraordinaire. Sécurité de l'approvisionnement

BIRCHER MARTINA

Aargau

Fraktion der Schweizerischen Volkspartei (V)

Bircher Martina (V, AG): Im letzten März hat der Bundesrat den Schutzstatus S erstmals in der Geschichte der Schweiz aktiviert. Seither erhalten alle Menschen, die vor Kriegsausbruch in der Ukraine lebten, unbürokratisch ein vorläufiges Aufenthaltsrecht. Sie sind gegenüber Asylsuchenden aus anderen Ländern deutlich bessergestellt, da sie sofort arbeiten dürfen, frei reisen können und ihre Familienangehörigen nachziehen dürfen. Diese Bevorteilung einer einzelnen Gruppe führt immer mehr dazu, dass die Akzeptanz in der Bevölkerung, bei den Behörden und bei den Direktbetroffenen fortlaufend abnimmt. Innert der ersten sechs Monate haben über 65 000 Personen den Schutzstatus S beantragt. Damit sind so viele Schutzsuchende in die Schweiz gekommen wie seit den 1990er-Jahren nicht mehr. Hinzu kommen Personen aus dem ordentlichen Asylsystem, auch diese Zahlen haben in den letzten Wochen massiv zugenommen. Dementsprechend hat der Bund sein Szenario nach oben korrigiert: Er rechnet nun mit 19 000 Asylsuchenden bis Ende Jahr. Einen weiteren Negativrekord werden wir bei der illegalen Migration erreichen. Wenn es so weitergeht, werden 35 000 Illegale an unseren Grenzen aufgehalten, wobei die Dunkelziffer um einiges höher sein wird. Da tickt eine sicherheitspolitische Zeitbombe. Es scheint, dass durch die gut gemeinte und grosszügige Aufnahme von Schutzsuchenden im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg eine Kettenreaktion stattfindet und sich immer mehr Menschen aus Afrika und Nahost auf den Weg in Richtung Europa machen. Die Schweiz wird durch die ungebremste Zuwanderung allein dieses Jahr um 200 000 oder noch mehr Menschen wachsen. Wir sind am Anfang einer riesigen Migrationskrise. Denken wir dabei an unsere Schulen, an unser Gesundheitssystem und an unsere Infrastrukturen. Die Ukraine hat über 40 Millionen Einwohner. Mit dem aktivierten Schutzstatus S gewähren Sie über 40 Millionen Personen die Möglichkeit eines "vorübergehenden" Aufenthaltsrechts in der Schweiz – ohne grosse Formalitäten und ausserhalb des Dublin-Systems. Ob dieser Status tatsächlich so rückkehrorientiert sein wird, wie behauptet wird, ist fraglich. Nach fünf Jahren wird automatisch die Aufenthaltsbewilligung erteilt. Zudem besteht jederzeit die Möglichkeit, dass diese Personen ein ordentliches

Asylgesuch stellen. Der Schutzstatus S muss daher unverzüglich auf Personen beschränkt werden, die unmittelbar an Leib und Leben bedroht sind. Es ist skandalös, dass Personen einen S-Status erhalten, obwohl sie während Monaten in anderen europäischen Ländern in Sicherheit gelebt haben. Hilfe vor Ort wäre hier um einiges zielführender. Der Migrationsdruck auf die Schweiz muss verringert werden. Zu diesem Zweck soll der S-Status dynamisch angewendet werden können. Das Ziel muss sein, dass wir besser heute als morgen zu unserem ordentlichen Asylsystem zurückkehren, denn jeder Person steht es frei, in der Schweiz ein Asylgesuch zu stellen. Mit dem ordentlichen Asylverfahren sind die Gleichbehandlung, die präzise Prüfung sowie die Respektierung des Dublin-Systems gewährleistet. Dies alles würde man auch aus Solidarität gegenüber der Ukraine selbst tun, denn kein Land ist daran interessiert, dass junge Menschen – eine ganze Generation – auswandern. Diese Menschen werden in der Ukraine gebraucht, in der Wirtschaft und für den Wiederaufbau. Mit einem dynamisch angepassten Status S kann gezielt geholfen werden. Ich bitte Sie daher, der Motion zuzustimmen.

9.9 THOMAS DE COURTEN, SVP «MASSNAHMEN GEGEN DIE ILLEGALE MIGRATION 3/9»<sup>144</sup>

Motion Fraktion der Schweizerischen Volkspartei. Massnahmen gegen die illegale Migration (3/9). Behördliche Meldepflicht ausbauen

DE COURTEN THOMAS

Basel-Landschaft

Fraktion der Schweizerischen Volkspartei (V)

de Courten Thomas (V, BL): Unsere Fraktion hat diese Motion am 4. Mai 2021 eingereicht, also vor fast zwei Jahren, weil die illegale Migration schon damals ein grosses Problem war. Nun zitiere ich einleitend aus einer sicher auch für dieses Haus unverdächtigen Nachrichtensendung unseres Staatsfernsehens SRF vom 4. Februar 2023, das war vor wenigen Tagen: "Mehr illegale Grenzübertritte. Der Grenzschutz ist im Dauereinsatz." Über 52 000 Menschen seien allein im vergangenen Jahr illegal in die Schweiz eingereist, dabei handle es sich fast ausschliesslich um junge Männer aus Afghanistan und Nordafrika. Von den 2900 Personen, die allein im Dezember 2022 an der Südgrenze, im Tessin, aufgegriffen worden seien, habe Italien lediglich 573 Personen zurückgenommen. Ich frage Sie jetzt: Wo bleiben die anderen? Die Migranten dürften alleine entscheiden, ob und wie sie weiterreisen, und die Behörden hätten keine Möglichkeit, illegal eingereiste Personen festzuhalten, weil keine Handhabe bestehe – so weit die Zitate aus

dem Fernsehen. Wir reden also über ein echtes Problem, das aktueller ist denn je. Vermutlich leben heute mittlerweile weit über 250 000 Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus in der Schweiz. Wir reden von jenen, die illegal in die Schweiz gekommen sind; wir reden von jenen, die vormalig eine Bewilligung hatten, sie aber verloren haben; wir reden auch von jenen, die ein Asylgesuch stellten, das rechtskräftig abgelehnt wurde, und die sich jetzt bewusst einer Rechtsanwendung, sprich einer Ausschaffung, entziehen; wir reden von jenen, die sich dem Rechtsstaat vorsätzlich und bewusst verweigern. Wir können sie naturgemäss nicht richtig zählen, genaue Angaben sind nicht möglich. Vorhandene Zahlen sind immer Schätzungen. Eine im Auftrag des Staatssekretariates für Migration durchgeführte Expertenschätzung ging im Jahr 2015 von zwischen 50 000 und 99 000 Personen ohne geregelten Aufenthaltsstatus aus. Gemäss der Organisation Sans-Papiers Schweiz sind es inzwischen gar bis 250 000 Personen. Wir zählen sie nicht, dennoch tauchen sie in unserem Alltag immer wieder auf. Sie tauchen dort auf, wo sie Ansprüche an unseren Sozialstaat bzw. Ansprüche gegenüber dem Steuerzahler geltend machen. Das ist immer wieder und überall festzustellen: beim Bund, bei den Kantonen, an den Schulen, bei der Ausbildung der Kinder, in den Sozialversicherungen, z. B. in der AHV, oder in der Unfallversicherung, bei der Nothilfe, bei den Krankenkassen, inklusive Prämienverbilligung notabene, überall! Aber niemand tut etwas gegenüber diesem dauernden Sich-dem-Recht-Entziehen, gegen das illegale Verhalten dieser Personen. Niemand will diese Personen wirklich erfassen und gemäss unseren bestehenden Regeln und Gesetzen behandeln. Niemand will dafür sorgen, dass sie gleich wie alle anderen Menschen in diesem Land behandelt werden, nur weil wir keine Handhabe hätten. Das ist weder verständlich noch korrekt. Es ist dem anständigen Bürger nicht vermittelbar und notabene auch nicht gerecht. Damit Behörden ihre Aufgaben gemäss geltendem Gesetz wahrnehmen können, sind diese über Personen mit ungeregeltem Aufenthaltsstatus zu informieren, insbesondere von anderen offiziellen Stellen und Behörden. Eine solche Meldepflicht ist auch im Sinne dieser Personen selbst. Sie erhöht die öffentliche Wahrnehmung ihrer eigenen Situation, und sie bewegt sie vielleicht doch noch dazu, ihren Aufenthaltsstatus legal zu regeln. Die SVP-Fraktion verlangt deshalb, dass eine Meldepflicht für sämtliche Amtsstellen eingeführt werden soll. Konkret soll der Bundesrat in einem ersten Schritt beauftragt werden, dem Parlament eine Vorlage zu unterbreiten, wonach Sozialversicherungsträger wie namentlich Ausgleichskassen, Krankenkassen und Einrichtungen der beruflichen Vorsorge die ausländerrechtlichen Behörden von Bund und Kantonen informieren müssen, sobald sie von Personen ohne geregelten Aufenthaltsstatus und/oder deren illegalem Aufenthalt in der Schweiz Kenntnis erhalten. Ich bitte Sie, die Motion zu unterstützen.

Ausserordentliche Session. Versorgungssicherheit

GLARNER ANDREAS

Aargau

Fraktion der Schweizerischen Volkspartei (V)

Glärner Andreas (V, AG): Was will unsere Motion? Sie will, dass der Status S nur an Personen mit ukrainischer Nationalität vergeben wird, ausser es handelt sich um durch die Ukraine anerkannte Asylbewerber. Um nicht missverstanden zu werden: Selbstverständlich soll und wird die Schweiz im Rahmen ihrer Möglichkeiten echten Kriegsvertriebenen immer Unterschlupf gewähren. Gerade während des Ukraine-Konflikts hat sie dies schnell und dank der erstmaligen Verwendung des Status S auch sehr unbürokratisch getan, und die Schweizerinnen und Schweizer haben sogar ihre Häuser und Wohnungen als Privatunterkünfte zur Verfügung gestellt. Nun müssen wir aber leider feststellen, dass diese Grosszügigkeit teilweise missbraucht wird. Es kommen Leute aus Drittstaaten zu uns, die behaupten, in der Ukraine gelebt zu haben, die aber keinen ukrainischen Pass besitzen. Denn faktisch, und das müssen wir zur Kenntnis nehmen, haben wir nun mit der Ukraine eine Personenfreizügigkeit: Jeder darf kommen. Wenn diese Grosszügigkeit nun aber missbraucht wird, ist dies ein unhaltbarer Zustand und auch ein erneuter krasser Missbrauch unserer Gutmütigkeit. Tatsächlich missbrauchen nun eben reine Wirtschaftsmigranten unsere Grosszügigkeit. Es sind schon weit über tausend Fälle festgestellt worden, in denen der Bundesrat respektive das SEM aus Blauäugigkeit oder Gutmütigkeit den Status S verliehen hat, obwohl die Personen nicht aus der Ukraine stammen. Diesem Missbrauch gilt es nun Einhalt zu gebieten. Es kann und darf nicht sein, dass reine Wirtschaftsmigranten den Status S missbrauchen. Ein Hinweis darauf sind auch die auf Monate praktisch ausgebuchten Flixbus-Fahrten von Zürich nach Kiew und zurück. Um sicherzustellen, dass der Status S seine eigentliche Funktion – nämlich eine vorübergehende Gewährung des Schutzes von Kriegsvertriebenen, welche in ihrem eigenen Land keinen Schutz finden können – so gut als möglich erfüllt, muss der Kreis der Begünstigten auf ukrainische Staatsangehörige und durch die Ukraine anerkannte Asylbewerber beschränkt werden. Allen anderen Personen können wir durchaus zumuten, in ihre Heimat oder in ihr Ursprungsland zurückzukehren, und selbstverständlich dürfen all diese Personen in der Schweiz ein ordentliches Asylgesuch stellen. Ich habe es bereits erwähnt: Die Schweizer Bevölkerung hat aus freien Stücken äusserst grosszügig mitgeholfen, den unmittelbar und tatsächlich bedrohten

Menschen zu helfen. Eine solche Hilfe kann sich aber schnell ins Gegenteil verkehren, in einem weiteren Fall sogar zu einer Abwehrhaltung führen. Wir haben immer davor gewarnt, dass wir mit der unbeschränkten, unkontrollierten Aufnahme reiner Wirtschaftsflüchtlinge den Bogen überspannen und auch bald keinen Platz mehr für die echten Asylbewerber, für die wirklich an Leib und Leben bedrohten Menschen haben. Natürlich lehnt der Bundesrat diesen Vorstoss ab. Weder er noch die ihn beratenden Beamten sind sich ja der Sorgen und Nöte der Schweizer Bevölkerung bewusst. Tatsache ist aber, dass wir uns hier massivste Mehrkosten für alle Steuerzahlenden und die arbeitende Bevölkerung ins Land holen. Im Falle von echten Bedürftigen zahlen wir dies sicher gerne, im Falle von reinen Wirtschaftsflüchtlingen hingegen nicht. Wir bitten Sie also, uns hier zu unterstützen und dafür zu sorgen, dass wirklich an Leib und Leben bedrohte Menschen in unserem Land Unterschlupf finden, reine Wirtschaftsmigranten und Asylbetrüger hingegen ab- und ausgewiesen werden.

9.11 ANDREAS GLARNER, SVP «JETZT BRAUCHT ES NÄGEL MIT KÖPFEN – INVASION JETZT STOPPEN»<sup>146</sup>

Europa steht vor einer erneuten Invasion von Wirtschaftsmigranten aus Afrika. Der Grenzschutz funktioniert nicht mehr. Italien kann und will das Problem nicht allein lösen. Jetzt muss das Asylrecht ausgesetzt werden! Zurzeit spielen sich rund um das Mittelmeer wieder unglaubliche Szenen ab. 2022 waren es 159'410 «Flüchtlinge», welche sich von Afrika nach Europa absetzten. Per 23. April waren es trotz mehrheitlich unruhiger See bereits 47'417. Über 36'000 davon begaben sich nach Italien. «Herkunfts-Hitland» ist neu Tunesien, gefolgt von Ägypten und Bangladesch. Ein Riesengeschäft für die Schlepper. Sie setzen die Ausreisewilligen in kaum seetaugliche Schiffe mit viel zu wenig Treibstoff für die Überfahrt – im Wissen, dass sich dann barmherzige «Seenotretter» um die Schiffbrüchigen kümmern. Die angeblichen «Seenotretter» betätigen sich dann aber nicht als Retter, sondern als eigentliche Schlepper und bemühen dafür das Seerecht. Wohlverstanden: Seenotrettung ist notwendig. Sie ist ein Gebot der Humanität ebenso wie des Völkerrechts und des internationalen Seerechts. Echte Seenotrettung kann aber nur wie folgt ablaufen: Wer vor der afrikanischen Küste in Seenot aufgegriffen wird, muss dorthin zurückgebracht werden, von wo er aufgebrochen ist. Als Variante kann er auch im nächsten sicheren Hafen auf dem afrikanischen Festland an Land gesetzt werden. Klar unzulässig ist aber, dass die «Seenotretter» als Gratis-Taxidienste illegale Migranten quer über das Mittelmeer in einen europäischen Hafen ihrer Wahl schippern. Neue Lösungen sind gefragt Dieser gigantische Missbrauch unserer guten Dienste, des Seerechts und das Ausnützen der Gutmütigkeit muss gestoppt werden. Das Asylrecht muss nun europaweit ausgesetzt werden. Neue Lösungen sind gefragt. Spannend sind die Ansätze von Grossbritannien und Dänemark. Beide Länder haben eine Vereinbarung mit Ruanda abgeschlossen, damit die Asylgesuche in diesem Land abgewickelt werden können. Dies bedeutet, dass jeder ankommende

Asylsuchende unverzüglich nach Ruanda ausgeflogen wird und dort bis zur Gutheissung oder Ablehnung seines Gesuchs verharren muss. Selbstverständlich wird diese Handhabung den Ausreisewilligen nicht passen. Aber wir sind hier ja nicht in einem Wunschkonzert. Ein Vorteil ist, dass die klimatischen Verhältnisse mit denjenigen im Herkunftsland der Illegalen ähnlich sind. Betroffene müssen sich also nicht erst akklimatisieren und fühlen sich bestimmt schnell heimisch. Und den Tagträumern und Gutmenschen sei es wieder einmal in aller Deutlichkeit gesagt: Die Bevölkerung Afrikas wächst netto alle zwölf Tage um eine Million Menschen. Wir können also das Elend nicht in Europa lösen. 2015 fuhren gemäss UNHCR 1'032'408 Menschen übers Mittelmeer nach Europa. Aber sie waren nach zwölf Tagen nachgeboren! Und in der Schweiz? 2022 kamen total 99'470 Personen als Asylbewerber in die Schweiz. 74'959 Ukrainer und zusätzlich 24'511 aus aller Herren Länder – vor allem aus Eritrea, aus der Türkei und aus Afghanistan. Zumeist sind es Menschen, die nicht an Leib und Leben bedroht sind, sondern als Wirtschaftsflüchtlinge durch mehrere sichere Drittstaaten zu uns gelangt waren. Sie suchen sich ihr Zielland also «à la carte» aus. Bei den Ukrainern muss erwähnt werden, dass die Flixbus-Fahrten zwischen Zürich und Kiew in beiden Richtungen meist ausgebucht sind. Das heisst, es findet ein reges Kommen und Gehen statt. Man reist also zum Vergnügen in die angeblich so gefährdete Heimat und kommt dann wieder zurück, um sich die Sozialhilfe nicht entgehen zu lassen. Es wird richtig teuer Allein für die Ukrainer hat der Bund im Budget 2023 über zwei Milliarden Franken eingeplant. Besonders kostenintensiv sind die Zuwanderer aus Afrika. Gemäss Bundesrat bezieht jeder dritte Afrikaner in der Schweiz Sozialhilfe – Tendenz steigend. Diese Kosten bezahlen in der Regel die Kantone und die Gemeinden. Doch dies ist nur ein Bruchteil der tatsächlichen Kosten. Denn die illegal Anwesenden verursachen natürlich auch Kosten für spezielle Bildung, Übersetzungen, Betreuungen und nicht zuletzt natürlich auch Kosten für Polizei, Justiz und Vollzug. Hilflöse Behörden Die zuständigen kantonalen Behörden sind heillos überfordert. Statt endlich bei der neuen Bundesrätin vorzusprechen und Einhalt zu gebieten, ordnet man Notrecht an und annektiert wie in Windisch und Seegräben Gebäude. Dies führt dazu, dass Einheimische ausziehen müssen, damit Asylschmarotzer einziehen können! Einmal ganz abgesehen von der Tatsache, dass auch die aus ihren Wohnungen Vertriebenen eine neue Bleibe haben müssen, schürt man so veritablen Hass auf die Zuwanderer. Dies wird über kurz oder lang zu massiven sozialen Spannungen mit entsprechenden Folgen führen. Sozialsystem und Bildung kollabieren Aufgrund der Tatsache, dass nebst der Ukraine neu Afghanistan, die Türkei und Eritrea die Hitländer auf der Asylschiene sind, kann man unschwer voraussagen, dass unser Sozialsystem, vor allem aber die Schulen in Bälde kollabieren. Die Leidtragenden sind unsere Kinder. Sie gelten als Verlierer des üblen Spiels. Ihnen wird jede faire Chance auf eine vernünftige Bildung genommen! Die Schweiz darf hier nicht mitmachen. Genug ist genug. Jetzt gilt es, eine Triage vorzunehmen und unberechtigte Gesuche abzulehnen – zu Gunsten derer, welche unsere Hilfe wirklich dringend benötigen. Wir können uns nebst der enormen «ordentlichen» Zuwanderung eine solche

Asylantenschwemme unter keinem Titel mehr leisten. Es kommen zu viele, und es kommen die Falschen. Diese Invasion müssen wir jetzt stoppen! Wir haben das Recht, uns zu wehren. Jetzt muss durchgegriffen werden. Das Asylrecht ist auch in der Schweiz auszusetzen; dafür sind umgehend Grenzkontrollen wieder einzuführen. Jegliche Abkommen und internationalen Verträge, welche diesem Ziel entgegenstehen, sind umgehend zu kündigen und mit dem Vorbehalt betreffend Asylmissbrauch wieder zu unterzeichnen. Lösungen torpediert Die SVP hat deshalb in der Staatspolitischen Kommission des Nationalrats einen Vorstoss eingebracht. In diesem wurde ein Paradigmenwechsel in der Asylpolitik gefordert. Konkret reichte Nationalrat Gregor Rutz einen Antrag ein, in welchem der Bundesrat beauftragt wird, dem Parlament ein Konzept vorzulegen, wie Asylverfahren künftig im Ausland durchgeführt sowie – allenfalls auch in Zusammenarbeit mit anderen Staaten – Hilfs- und Schutzzentren im Ausland errichtet werden können. Auch soll echte Hilfe vor Ort geleistet werden. Leider wurde dieser Vorstoss sang- und klanglos versenkt. Weil das Ergebnis eindeutig war, darf ich hier ohne Verletzung des Kommissionsgeheimnisses verkünden, dass auch die Vertreter der FDP geschlossen gegen den Vorstoss stimmten. Und dies, obwohl doch die FDP unlängst verkündet hatte, es müsse beim Asylmissbrauch härter durchgegriffen werden. Offensichtlich stehen Wahlen vor der Türe. Man gibt sich nach aussen als Hardliner und macht intern wieder auf Weichspüler – wohlweislich zum Schaden der Schweiz!

#### 9.12 ANDREAS GLARNERN, SVP «JETZT ENDLICH HANDELN»<sup>147</sup>

**Trotz Corona-Krise strömen nach wie vor Asylbewerber in unser Land – und wer nicht selbst kommt, wird vom Bundesrat gügig abgeholt und einquartiert. In den ersten elf Monaten des Jahres 2021 wurden in der Schweiz 13'367 neue Asylgesuche gestellt, worunter es 2'452 Geburten zu verzeichnen gab. Zudem kamen 1'059 neue Mitbewohner via Familiennachzug zu uns.**

Bedenkt man, dass im Schni jeder Asylbewerber direkte Kosten von mindestens 30'000 Franken pro Jahr verursacht, so rollen allein durch die Gesuchsteller bis und mit November über 400 Millionen Franken jährlich wiederkehrend auf die Schweiz zu. Dies wohlverstanden nebst den jährlich wiederkehrenden rund 1.7 Milliarden Franken, welche den Gemeinden allein durch die rund 67'000 «Flüchtlinge» der Hit-Jahre 2015 und 2016 beschert werden. Hierin unberücksichtigt sind die Kosten durch Kriminalität, für Sonderschulung, Gesundheitsversorgung, Altersversorgung usw. Dieser gigasche Missbrauch ist endlich zu stoppen. Und zwar sowohl der Missbrauch durch die angeblichen Flüchtlinge als auch jener der Hilfswerke, ihrer Helfershelfer, der Sozialindustrie und nicht zuletzt durch die Linken und Neen in der Polik, die diesen zulassen. Vor dem nächsten Ansturm sind Schutzmassnahmen zu treffen. Die Chinesen sagen zu Recht: Man muss den Brunnen graben, bevor man Durst hat!

**Geldüberweisungen an den Nagel hängen**

Sämtliche Geldüberweisungen von Asylbewerbern in deren Heimatländer, ja generell ins Ausland sind zu stoppen.

Dies wird einem umso klarer, wenn man weiss, welcher grossen Anteil solche Überweisungen am BIP der jeweiligen Länder haben – ein paar Beispiele\*: Ägypten zehn Prozent, Tunesien fünf Prozent, Senegal 9.2 Prozent, Ghana 5.5 Prozent, Nigeria 7.8 Prozent, Kongo 3.8 Prozent – also erkleckliche Anteile! Besonders krass ist es im Hitland aller Asylgesuchsteller, nämlich in Eritrea – hier sind zwar keine Zahlen bekannt. Aber man weiss, dass die Überweisungen die wesentlichste Devisen-Einnahme des Landes sind. Da ist es doch naheliegend, die Arakvität der Schweiz als Zielland durch ein Verbot solcher Überweisungen zu senken. Derweil wird konstatiert, es sei nicht möglich, solche Überweisungen zu kontrollieren, geschweige zu stoppen. Wir müssen es möglich machen!

Wenn es milerweile möglich ist, nur mit einem Zertifikat in ein Restaurant zu kommen, so ist es möglich zu machen, nur mit einem Zertifikat Geldüberweisungen vornehmen zu dürfen. Punkt. Und Umgehungsversuche sind rigoros zu bestrafen.

### **Transitzonen schaffen**

Als weitere, relativ rasch zu realisierende Massnahme müssen an den Grenzübergängen Transitzonen geschaffen werden. Hierfür können alte Hotels oder Fabrikgelände dienen. Wo solche nicht vorhanden sind, können Containersiedlungen erstellt werden. Asylgesuche können und dürfen dann nur noch in diesen Transitzonen gestellt werden. Der grosse Vorteil von Transitzonen ist, dass der Bewerber sich faktisch noch im Ausland befindet – ähnlich wie Transitzonen an den Flughäfen. Er hat sich also während der Prüfung seines Gesuchs in eben einer dieser Transitzonen aufzuhalten. Nach der Ablehnung des Gesuchs wird der Asylbewerber an den Staat überstellt, aus welchem er zu uns gekommen ist. Per Zwang solcher Gesuchstellung an der Grenze ist das Einreiseland zweifelsfrei nachweisbar. Solche Transitzonen dürfen durchaus komfortabel bis luxuriös ausgestaltet sein. Sogar ein Wellnessbereich würde drin liegen. Es ist nämlich alles – aber wirklich alles – billiger, als diese Wirtschaftsmigranten nach der Ablehnung ihres Gesuchs hier als «vorläufig Aufgenommene» beherbergen zu müssen. Ein Eritreer, welcher sich in die Hände eines Schleppers begibt, hat eine Chance von 87.6 Prozent, in der Schweiz verbleiben zu können. Denn auch wenn sein Gesuch abgelehnt wird, darf er als «vorläufig Aufgenommener» dableiben und sich an unserem Sozialsystem laben. Sollte er noch ein Kind – oder wie oftmals üblich mehrere Kinder – zeugen, so darf er auf ewige Zeiten bleiben. Koste es, was es wolle. Wer illegal einreist, auf dessen Gesuch wird nicht eingetreten. Solche Fälle müssen in geschlossenen Zentren untergebracht werden, bis eine Abschiebung möglich ist. Diese muss nicht zwingend ins Herkunftsland erfolgen, sondern kann in ein Lager im Ausland oder in einen aufnahmebereiten Drittstaat vonstattengehen.

### **Hilfe vor Ort statt Asyl**

Als langfristige Massnahme dürfen wir nur noch Asylgesuche von Bürgern aus direkten Nachbarstaaten akzeptieren. Dies war der ursprüngliche Sinn des Asylrechts: In ihrem Heimatland an Leib und Leben bedrohten Personen temporären Unterschlupf zu

gewähren. Dafür flüchtet man nicht in sein auf dem Globus ausgesuchtes Wunschland, sondern hält sich bis zur Besserung der Lage im erstbesten sicheren Driland auf – in der Regel ist dies ein Nachbarland. Darum muss das bisherige globale und pauschale Asylrecht der Schweiz abgeschafft werden. An die Stelle des bisherigen Asylrechts müsste ein neues Gesetz für den Krisenfall in der Nachbarschaft treten. Diese neue Gesetzgebung sieht vor, dass im Falle grosser Katastrophen (Umweltkatastrophen, kriegerische Ereignisse) in unseren angrenzenden Nachbarländern Asylbesimmungen durch das Parlament in Kraft gesetzt werden können. Echte Hilfe vor Ort wäre beispielsweise die Unterstützung von Schutzmassnahmen in der Region: Die Schweizer Entwicklungshilfe muss in den Dienst der Migrationspolitik gestellt werden. Die Schweiz muss sich finanziell und logisch am Betrieb von Lagern in Krisenregionen (etwa von solchen des UNHCR) beteiligen. Sie könnte solche Lager auch selbst mit Partnern oder allein betreiben. In solche Lager werden auch illegale Aufenthalter aus der Schweiz abgeschoben, welche nicht in ihr Herkunftsland oder einen Drittstaat abgeschoben werden können. Wenn, dass mit diesen drei Massnahmen der Zustrom von Wirtschaftsflüchtlingen versiegt wird?

### 9.13 THOMAS MATTER, SVP «MASSNAHMEN GEGEN DIE ILLEGALE MIGRATION»<sup>148</sup>

MATTER THOMAS

Fraktion der Schweizerischen Volkspartei (V)

**Matter** Thomas (V, ZH): Wir alle wissen, dass sich in unserem Land illegale Migranten in grosser Zahl aufhalten. Sie werden verharmlosend Sans-Papiers genannt. Es handelt sich in der Grössenordnung um etwa so viele Menschen, wie die Städte Lausanne oder Bern Einwohner haben. Die Behörden und viele Politiker nehmen diesen systematischen Gesetzesbruch im ganz grossen Stil mit einem Achselzucken hin, gewissermassen wie eine fünfte Jahreszeit – überflüssig beizufügen, dass unsere Betreuungsindustrie mit unzähligen Profiteuren keinerlei Interesse daran hat, diese desaströsen Zustände zu unterbinden. Wer genauer hinschaut, muss erkennen, wie unsystematisch bei der illegalen Migration der Datenaustausch zwischen Kantonen, Gemeinden, Sozialbehörden, Krankenkassen, AHV, IV und anderen Sozialversicherungen gehandhabt wird.

Die SVP-Fraktion verlangt mit ihrer Motion, dass sämtliche relevanten Daten von illegalen Migranten betreffend Aufenthaltsstatus, Wohnort, Versicherungsstatus, Prämienzahlungen, Prämienvergünstigungen, Versicherungsleistungen von Krankenkassen, AHV, IV und weiteren Sozialversicherungen ausgetauscht und abgeglichen werden. Solange wir den Status der Papierlosen bezüglich Sozialleistungen attraktiv halten, werden wir den Missstand auch nicht beheben und keine Ausschaffungen vornehmen können. Wir wissen aus dem bundesrätlichen Bericht von 2020, dass die Versicherungen und Krankenkassen nicht in der Lage sind, den Aufenthaltsstatus vieler Illegaler zu benennen. Ein systematischer Datenaustausch zwischen den Vollzugsorganen der Sozialversicherungen und den Migrationsbehörden existiert nicht. Es kann doch nicht sein, dass angesichts des Gesetzesbruches der illegalen Migration, für den die Steuerzahler aufkommen müssen, der Datenschutz über allem steht. Während Bund und Politik

überall die mangelnde Digitalisierung beklagen und Millionen um Millionen für Verbesserungen ausgeben, sollen wir bei den Sans-Papiers im digitalen Steinzeitalter steckenbleiben. Ich ersuche wenigstens die Bürgerlichen in diesem Ratssaal, speziell die FDP, der vorliegenden Motion zuzu stimmen.

#### 9.14 PIRMIN SCHWANDER, SVP «MASSNAHMEN GEGEN DIE ILLEGALE MIGRATION»<sup>149</sup>

**Schwander** Pirmin (V, SZ): Die parlamentarische Initiative 21.446 verlangt, dass die Gesetze so anzupassen sind, dass wesentliche Verträge nur noch dann abgeschlossen werden können, wenn eine Bestätigung der Wohnsitzgemeinde vorliegt. Was sind nach unseren Forderungen wesentliche Vertragsabschlüsse? Es geht hier um Arbeitsverträge, Mietverträge, Bankverbindungen, Krankenversicherungen, Unfallversicherungen, Hausrat- und Haftpflichtversicherungen, Fahrzeugversicherungen, Mobilfunkverträge, TV-Empfang, Internet- und Festnetzverträge. Es ist eigentlich klar, dass bei diesen Verträgen nachgewiesen werden muss, wer die Person ist, woher sie kommt und wo sie wohnt. Das ist eine Selbstverständlichkeit für Bürgerinnen und Bürger in diesem Land.

Die Mehrheit der Kommission meint, man müsse hier pragmatisch vorgehen, es sei eine schwierige Situation für die Sans-Papiers und rechtsstaatlich unbefriedigend. Ja, es ist unbefriedigend, darum müssen wir etwas machen. Es kann doch nicht sein, dass wir sagen, wir müssten pragmatisch vorgehen. Heute Morgen wollte ich für eine ältere Person einen Mietvertrag für eine Alterswohnung abschliessen. Es bestand die klare Forderung einer Wohnsitzbestätigung. Die Person hat sich als Schweizerbürgerin oder -bürger gefragt: Wieso muss ich eine Wohnsitzbestätigung bringen, wenn ich von meiner Mietwohnung in eine Alterswohnung gehen will? Und hier sagen wir, ja, das sei nicht so notwendig, man müsse pragmatisch vorgehen.

Vor zwei Monaten habe ich für einen 22-Jährigen, der in einer schwierigen Situation ist und in einem Heim wohnt, für den Arbeitsvertrag eine Wohnsitzbestätigung und einen Auszug aus dem Geburtsregister bringen müssen. Er ist in der Schweiz geboren, wohnt seit 22 Jahren hier, hat Schwierigkeiten beim Einstieg ins Berufsleben und muss jetzt, wenn er einen Arbeitsvertrag haben will, eine Wohnsitzbestätigung und einen Auszug aus dem Geburtsregister bringen! Hier aber sagt die Mehrheit der Kommission, ja, man müsse eine pragmatische Lösung finden. Was sage ich diesem 22-Jährigen? Pragmatisch? Wenn ich den Arbeitsvertrag ohne Auszug aus dem Geburtsregister und ohne Wohnsitzbestätigung nicht unterschreiben kann – soll das pragmatisch sein? Der versteht die Welt nicht mehr. Dasselbe geschah bei einer Hausrat- und Haftpflichtversicherung vor sechs Monaten: Für eine Person, die verbeiständet ist, wollte ich eine Hausratversicherung

abschliessen, weil es diese Person aus einer Unterstützungsinstitution geschafft hat, selbstständig in einer Wohnung zu leben. Was musste ich bringen? Eine Wohnsitzbestätigung!

Bei all diesen Verträgen müssen die Bürgerinnen und Bürger Wohnsitzbestätigungen und teilweise sogar Auszüge aus dem Geburtsregister bringen.

Die Mehrheit sagt einfach, man solle pragmatische Lösungen suchen. Was sind pragmatische Lösungen? Können wir denn nicht allgemein sagen, dass wir bei diesen wesentlichen Vertragsabschlüssen eine Wohnsitzbestätigung brauchen? Einfach für alle in diesem Land? Dann ist es klar für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land – und eben auch für die Sans-Papiers. Das ist eine faire und transparente Lösung, und alles andere ist einfach keine Lösung.

Ich bitte Sie daher, der parlamentarischen Initiative 21.446 Folge zu geben.

## 10. AUTHENTIZITÄTSERKLÄRUNG

Hiermit erkläre ich, Mauro Patricio Schärer, dass ich die hier vorgelegte Arbeit mit dem folgenden Titel *Vergleich sprachlicher Mittel von Rechtspopulisten in Deutschland und der Schweiz* selbstständig, ohne fremde Hilfe und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe. Alle Stellen, die wörtlich oder sinngemäß aus Veröffentlichungen oder anderen Quellen, insbesondere dem Internet, entnommen sind, sind als solche eindeutig und wiederauffindbar kenntlich gemacht. Alle diese Quellen sind vollständig und abschließend in einem Literaturverzeichnis angegeben. Die vorliegende Arbeit ist in gleicher oder ähnlicher Form noch nicht veröffentlicht.

Ort, Datum

Unterschrift

## 11. QUELLENANGABE

---

- <sup>1</sup> (Speck, 2018)
- <sup>2</sup> (Speck, 2018)
- <sup>3</sup> (Speck, 2018)
- <sup>4</sup> (Speck, 2018)
- <sup>5</sup> (Hartleb, 2011, S. 19)
- <sup>6</sup> (Hartleb, 2011, S. 19),
- <sup>7</sup> (Hartleb, 2011, S. 20)
- <sup>8</sup> (Hartleb, 2011, S. 20)
- <sup>9</sup> (Hartleb, 2011, S. 21)
- <sup>10</sup> (Hartleb, 2011, S. 21)
- <sup>11</sup> (Bundeszentrale für politische Bildung, 2017)
- <sup>12</sup> (Hartleb, 2011, S. 20)
- <sup>13</sup> (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2021)
- <sup>14</sup> (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2021)
- <sup>15</sup> (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2021)
- <sup>16</sup> (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2021)
- <sup>17</sup> (Statistisches Bundesamt, 2023)
- <sup>18</sup> (Bundeszentrale für politische Bildung, kein Datum)
- <sup>19</sup> (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2019)
- <sup>20</sup> (Schneider & Toyka-Seid, kein Datum)
- <sup>21</sup> (Decker, Bundeszentrale für politische Bildung, 2022)
- <sup>22</sup> (Decker, 2022)
- <sup>23</sup> (Der Spiegel, 2022)
- <sup>24</sup> (Decker, 2022)
- <sup>25</sup> (Decker, 2022)
- <sup>26</sup> (Decker, 2022)
- <sup>27</sup> (Decker, Bundeszentrale für politische Bildung, 2022)
- <sup>28</sup> (Hanewinkle, 2017)
- <sup>29</sup> (Gatrell, 2016)
- <sup>30</sup> (Hanewinkle, 2017)
- <sup>31</sup> (Hanewinkle, 2017)
- <sup>32</sup> (Hanewinkle, 2017)
- <sup>33</sup> (Parteienkompass, kein Datum)
- <sup>34</sup> (SVP, 2019)
- <sup>35</sup> (Staatssekretariat für Wirtschaft SECO, 2020)
- <sup>36</sup> (Parteienkompass, kein Datum)
- <sup>37</sup> (SVP, 2019)
- <sup>38</sup> (statista, 2023)
- <sup>39</sup> (SVP, 2019)
- <sup>40</sup> (Parteienkompass, kein Datum)
- <sup>41</sup> (Bachelor Print, 2019)
- <sup>42</sup> (Baumann, 2023)
- <sup>43</sup> (Baumann, 2023)
- <sup>44</sup> (Baumann, 2023)
- <sup>45</sup> (Baumann, 2023)
- <sup>46</sup> (Bachelor Print, 2019)
- <sup>47</sup> (Metzler, 1990, S. 301)
- <sup>48</sup> (Curio, 2022)
- <sup>49</sup> (Curio, 2022)

- 
- <sup>50</sup> (Bundesamt für Verfassungsschutz, kein Datum)  
<sup>51</sup> (Bundesamt für Verfassungsschutz, kein Datum)  
<sup>52</sup> (Curio, 2021)  
<sup>53</sup> (Curio, 2021)  
<sup>54</sup> (Hess, 2020)  
<sup>55</sup> (Hess, 2020)  
<sup>56</sup> (Hess, 2020)  
<sup>57</sup> (Hess, 2020)  
<sup>58</sup> (Hess, 2020)  
<sup>59</sup> (Hess, 2020)  
<sup>60</sup> (Hess, 2020)  
<sup>61</sup> (Hess, 2020)  
<sup>62</sup> (Hess, 2020)  
<sup>63</sup> (Sichert, 2019)  
<sup>64</sup> (Sichert, 2019)  
<sup>65</sup> (Sichert, 2019)  
<sup>66</sup> (Sichert, 2019)  
<sup>67</sup> (Bachelor Print, 2019)  
<sup>68</sup> (DUDEN, kein Datum)  
<sup>69</sup> (DUDEN Learnattack, kein Datum)  
<sup>70</sup> (DUDEN, kein Datum)  
<sup>71</sup> (Baumann, 2022)  
<sup>72</sup> (Baumann, 2022)  
<sup>73</sup> (Baumann, 2022)  
<sup>74</sup> (Baumann, 2022)  
<sup>75</sup> (Baumann, 2022)  
<sup>76</sup> (Deutsche Welle, 2022)  
<sup>77</sup> (Baumann, 2022)  
<sup>78</sup> (Curio, 2022)  
<sup>79</sup> (Curio, 2022)  
<sup>80</sup> (Gauland, 2018)  
<sup>81</sup> (Migrationsdatenportal, kein Datum)  
<sup>82</sup> (Gauland, 2018)  
<sup>83</sup> (Gauland, 2018)  
<sup>84</sup> (Gauland, 2018)  
<sup>85</sup> (Bircher, 2022)  
<sup>86</sup> (Der Bundesrat. Das Portal der Schweizer Regierung, 2022)  
<sup>87</sup> (Bircher, 2022)  
<sup>88</sup> (Glarner, Schweizerzeit, 2023)  
<sup>89</sup> (Glarner, Schweizerzeit, 2023)  
<sup>90</sup> (Glarner, Schweizerzeit, 2023)  
<sup>91</sup> (Glarner, Schweizerzeit, 2023)  
<sup>92</sup> (Glarner, Schweizerzeit, 2023)  
<sup>93</sup> (Matter, 2023)  
<sup>94</sup> (Matter, 2023)  
<sup>95</sup> (Matter, 2023)  
<sup>96</sup> (Matter, 2023)  
<sup>97</sup> (Glarner, Amtliches Bulletin, 2022)  
<sup>98</sup> (Glarner, Amtliches Bulletin, 2022)  
<sup>99</sup> (Glarner, 2022)  
<sup>100</sup> (Der Bundesrat. Das Portal der Schweizer Regierung, 2022)

- 
- <sup>101</sup> (Staatssekretariat für Migration SEM, 2023)  
<sup>102</sup> (Bircher, 2022)  
<sup>103</sup> (Bircher, 2022)  
<sup>104</sup> (Bircher, 2022)  
<sup>105</sup> (Pinto, 2023)  
<sup>106</sup> (de Courten, 2023)  
<sup>107</sup> (de Courten, 2023)  
<sup>108</sup> (de Courten, 2023)  
<sup>109</sup> (Niedermann, 2023)  
<sup>110</sup> (Niedermann, 2023)  
<sup>111</sup> (Niedermann, 2023)  
<sup>112</sup> (Glarner, 2021)  
<sup>113</sup> (Schweizerzeit, kein Datum)  
<sup>114</sup> (Statistisches Bundesamt, kein Datum)  
<sup>115</sup> (Glarner, Schweizerzeit, 2021)  
<sup>116</sup> (Glarner, Schweizerzeit, 2021)  
<sup>117</sup> (Glarner, Schweizerzeit, 2021)  
<sup>118</sup> (Glarner, Schweizerzeit, 2021)  
<sup>119</sup> (Glarner, Schweizerzeit, 2021)  
<sup>120</sup> (Schwander, 2022)  
<sup>121</sup> (Schwander, 2022)  
<sup>122</sup> (Schwander, 2022)  
<sup>123</sup> (Die Versicherer, kein Datum)  
<sup>124</sup> (Schwander, 2022)  
<sup>125</sup> (Glarner, Schweizerzeit, 2023)  
<sup>126</sup> (Glarner, Schweizerzeit, 2023)  
<sup>127</sup> (Baumann, 2022)  
<sup>128</sup> (de Courten, 2023)  
<sup>129</sup> (Baumann, 2022)  
<sup>130</sup> (Schwander, 2022)  
<sup>131</sup> (Baumann, 2022)  
<sup>132</sup> (Glarner, Schweizerzeit, 2023)  
<sup>133</sup> (Sichert, 2019)  
<sup>134</sup> (Matter, 2023)  
<sup>135</sup> (Glarner, Schweizerzeit, 2023)  
<sup>136</sup> (Baumann, 2023)  
<sup>137</sup> (Baumann, 2022)  
<sup>138</sup> (Curio, 2021)  
<sup>139</sup> (Curio, 2021)  
<sup>140</sup> (Gauland, 2018)  
<sup>141</sup> (Hess, 2020)  
<sup>142</sup> (Sichert, 2019)  
<sup>143</sup> (Bircher, 2022)  
<sup>144</sup> (de Courten, 2023)  
<sup>145</sup> (Glarner, Amtliches Bulletin, 2022)  
<sup>146</sup> (Glarner, Schweizerzeit, 2023)  
<sup>147</sup> (Glarner, Schweizerzeit, 2021)  
<sup>148</sup> (Matter, 2023)  
<sup>149</sup> (Schwander, 2022)